

kriens

Protokoll

Kriens, 21. Januar 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 21. Januar 2021

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:20 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2020/2021 Protokoll Nr. 5

Anwesend

Präsident

Tomas Kobi

Einwohnerrat

28 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Enrico Ercolani

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 229
2.	<u>Protokoll Nr. 3 vom 5. November 2020</u>		Seite 230
2a.	<u>Dringliche Interpellation Nyfeler:</u> Prioritäten bei der Schneeräumung	Nr. 019/21	Seite 231
3.	<u>Bericht Postulat Mathis:</u> Biodiversität auf stadteigenen Grundstücken	Nr. 242/19	Seite 233
4.	<u>Bericht Postulat P. Portmann:</u> Gratisentsorgung von Druckerkartuschen im Ökihof	Nr. 247/19	Seite 237
5.	<u>Bericht Postulat Ercolani:</u> Zeughausareal West Umnutzung	Nr. 248/19	Seite 238
6.	<u>Postulat Koch:</u> Blaues Gold – Support für das Krienser Leitungswasser <i>Begründung</i>	Nr. 313/20	Seite 240
7.	<u>Postulat Tanner:</u> 5 Wochen Sommerferien und 3 Wochen Herbstferien in der Volksschule Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 001/20	Seite 240
8.	<u>Postulat Lisibach:</u> Fahrradstreifen Kriens-Obernau <i>Begründung</i>	Nr. 002/20	Seite 240
9.	<u>Postulat Portmann:</u> Wie könnte die Haltestelle "Busschleife Kuonimatt" weiterhin im ÖV-Angebot der Stadt Kriens erhalten bleiben? <i>Begründung</i>	Nr. 004/20	Seite 243
10.	<u>Postulat Solari:</u> Verlängerung der Badesaison <i>Begründung</i>	Nr. 005/20	Seite 247
11.	<u>Postulat Niederberger:</u> Übergeordnete Planung in den stadträtlichen Vorlagen <i>Begründung</i>	Nr. 006/20	Seite 248
12.	<u>Motion Camenisch:</u> Ergänzung Art. 38 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates <i>Begründung</i>	Nr. 310/20	Seite 250
13.	<u>Bericht Postulat Vonesch:</u> Weitsichtige Planung - Nähwärmeverbund mittels Waldholzschnitzelheizung für das Gebiet Grossfeld/Hofmatt/Krauer und allenfalls Schlossliegenschaften	Nr. 262/20	Seite 252
14.	<u>Bericht Postulat M. Portmann:</u> Familien im Zentrum	Nr. 264/20	Seite 255

15.	<u>Bericht Postulat Schwarz</u> : Sprachliche Frühförderung in Kriens	Nr. 265/20	Seite 257
16.	<u>Bericht Postulat Rösch</u> : Förderung der E-Mobilität	Nr. 274/20	Seite 260
17.	<u>Bericht Postulat Tanner</u> : Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Obernau	Nr. 277/20	Seite 263
18.	<u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin</u> : 10 Jahre Hochwald Aufarbeitung	Nr. 300/20	Seite 267
19.	<u>Postulat Schwarz</u> : Alex-Wili-Platz vor dem Lindenpark <i>Begründung</i>	Nr. 007/20	Seite 270
20.	<u>Postulat Portmann</u> : Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Instruments in der Stadt Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 012/20	Seite 275
21.	<u>Beantwortung Interpellation Koch</u> : «Trockengelegter Dorfbrunnen» tröpfelt vor sich hin! <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 304/20	Seite 280
22.	<u>Postulat Koch</u> : Schlittelpiste Krienseregg-Kriens – Umsetzung der verbindlichen Zonenbestimmungen <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 016/20	Seite 280
23.	<u>Fragestunde</u> (max. 30 Min.) <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>		Seite 280

Neueingangsliste

Nr. 304/20	Beantwortung Interpellation Koch: «Trockengelegter Dorfbrunnen» tröpfelt vor sich hin!
Nr. 017/21	Interpellation Burkhardt: Weinhalde – wie weiter? <i>Eingang: 7. Januar 2021</i>
Nr. 018/21	Dringliches Postulat Gomer: Krienser Anerkennungspreis <i>Eingang: 13. Januar 2021</i>
Nr. 019/21	Dringliche Interpellation Nyfeler: Prioritäten bei der Schneeräumung <i>Eingang: 18. Januar 2021</i>
Nr. 020/21	Interpellation Ercolani: Weinhalde für alle! <i>Eingang: 18. Januar 2021</i>
Nr. 021/21	Postulat Niederberger: Separate Busspur Bauphase Bypass <i>Eingang: 18. Januar 2021</i>

Tomas Kobi begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Entschuldigt hat sich Enrico Ercolani. Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Bitte das Schutzkonzept beachten. Maskentragpflicht während der gesamten Sitzung inkl. Vertreter der Presse. Masken müssen auch am Platz getragen werden ausser am Rednerpult. In der Bio-Pause bitte die Abstände beachten, max. 5 Personen dürfen zusammenstehen und müssen Masken tragen. Die Gäste auf der Tribüne müssen dauernd Masken tragen. Sollte jemand mit der Maske Mühe haben, darf man jederzeit austreten und frische Luft schnappen gehen.

An der letzten Sitzung wurde bemerkt, dass die Einwohnerratsmitglieder die Anrede bei ihrem Votum unterschiedlich sagten. Dabei ist aufgefallen, dass einzelne Gäste persönlich begrüsst wurden oder fasnachtsbezogene Begrüssungen gemacht wurden oder gar die Anrede vergessen haben. Aus diesem Grund appelliert der Sprechende nochmals an das «Begrüssungsritual»: Folgendes Vorgehen ist seiner Meinung nach absolut in Ordnung: «Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, Werte Damen und Herren».

Seit der letzten Sitzung hatten diverse Personen Geburtstag. Marco Frauenknecht hatte am 29. Dezember 2020, Ursula Wendelspiess am 6. Januar 2021 und Erich Tschümperlin einen Tag später mit einem runden Geburtstag. Raphael Spörri hatte am 15. Januar 2021 Geburtstag und heute ist Daniel Rösch ein Geburtstagskind. Er gratuliert allen ganz herzlich.

Anita Burkhardt-Künzler darf auch noch gratulieren. Der Einwohnerratspräsident Tomas Kobi durfte am 27. Dezember 2020 seinen Geburtstag feiern.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Tomas Kobi kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen:

Am 13. Januar 2021 hat Bettina Gomer-Beacco das dringliche Postulat: Krienser Anerkennungspreis (Nr. 018/21) eingereicht.

Der Dringlichkeit wird opponiert.

Der Vorsitzende erteilt das Wort der Postulantin zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Gemäss Bettina Gomer-Beacco ist es in Anbetracht des Geschäfts Nr. 007/20 Postulat Schwarz: «Alex-Wili-Platz vor dem Lindenberg» ideal, auch ihr Postulat heute zu überweisen. Diese zwei Postulate hängen stark zusammen, bilden eine Art «Einheit der Materie». Bei beiden geht es um Ehrerbietung für herausragende Leistungen. Es ist sozusagen eine mögliche Alternative. Es ist darum sinnvoll, dieses Postulat gleichsam zu behandeln. Zu verlieren hat man nichts. Warum soll ihr Postulat dringlich sein? Weil sich die SP-Fraktion lösungsorientiert und konkordant einbringen will.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Gomer: Krienser Anerkennungspreis (Nr. 018/21)

Mit 16:10 Stimmen bei einer Enthaltung wird das Postulat nicht dringlich erklärt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Wendelspiess Ursula	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Am 18. Januar 2021 hat Nicole Nyfeler die dringliche Interpellation: Prioritäten bei der Schneeräumung (Nr. 019/21) eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 2a behandelt.

2. Protokoll Nr. 3 vom 5. November 2020

Tomas Kobi stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

2a. Beantwortung dringliche Interpellation Nyfeler: Prioritäten bei der Schneeräumung **Nr. 019/21**

Maurus Frey möchte darauf hinweisen, dass verschiedenste Fragestellungen zum Winterdienst und dessen Organisation dem Einwohnerrat im Rahmen der folgenden Geschäfte ausführlich erörtert wurden:

- Bericht Postulat Nyfeler - Optimierung des Winterdienstes zu Gunsten des Langsam-Verkehrs Nr. 028/2017
- Beantwortung Interpellation Stofer: Fussgänger- und velofreundlicher Winterdienst Nr. 215/2019

Die Antworten zu diesen Vorstössen widerspiegeln die aktuelle Praxis, wie der Winterdienst der Stadt Kriens gehandhabt wird.

1. Wie hat sich das vom Stadtrat im 2017 vorgeschlagene Winterkonzept bewährt?

Trotz anhaltendem Spardruck hat der Werkdienst wie im Bericht zu Postulat Nr. 028/2017 angekündigt, zwei Solegeräte für die Trottoirs und die Velowege angeschafft und setzt diese regelmässig ein. Mit diesen Geräten konnte schon oft Glatteis bekämpft und mancher Sturz vermieden werden. Die Anwendung der Sole verursacht beim Werkdienst aber auch einen grösseren personellen Aufwand.

Nach den bisherigen Erfahrungen hat sich diese Anschaffung für den Stadtrat als Mehrwert zu Gunsten eines effizienten und ökologischen Winterdienstes jedoch bewährt. Ebenso bewährt hat sich die Kombination von Splitt und Sole für Trottoirs und Velowege.

2. Welche Prioritäten hat der Werkdienst bei der Räumung des Stadtgebietes?

Die Prioritätenliste des Winterdienstes findet sich auf der Website der Stadt Kriens wieder:

1. Gemeindestrassen mit Busverkehr– Bushaltestellen inklusive
2. Übrige Gemeindestrassen und Trottoirs (Beispiel: Schachen-/Amlehnstrasse)
3. Privatstrassen, auf denen die Gemeinde einen Winterdienst-Auftrag hat
4. Winterdienst auf allen restlichen Strassen
5. Winterdienst in den Quartieren (Treppen, Verbindungswege, bei den Bushaltestellen des Ortsbusses und auf den Fussgängerstreifen)

Auf Grund des intensiven Schneefalls, insbesondere vom Donnerstag, 14. Januar 2021, mussten die ersten Prioritäten mehrere Male gepflegt werden. Dadurch hat sich der Winterdienst auf den Objekten der niedrigeren Prioritäten teilweise um mehrere Tage verzögert. Der Werkdienst ist auch zum heutigen Zeitpunkt mit der Eis- und Schneeräumung auf den Trottoirs beschäftigt. Zusätzlich werden die Salzeinsätze auf den Strassen fortgesetzt. Auf schmalen Gemeindestrassen mit Trottoir wird der Schnee aufgeladen und weggeführt. Dies alles effizient und situationsbedingt zu koordinieren und auszuführen ist sehr anspruchsvoll.

3. Wer ist wo für welche Räumung und in welchem Zeitraum zuständig? Gibt es dazu eine Prioritätenliste?

Jedes Fahrzeug mit Fahrer folgt einer festgelegten Fahrroute mit jeweils drei Prioritäten. Beim letzten Schneefall konnte dies so ausgeführt werden. Bei Personalausfällen oder wenn es die Einhaltung der Ruhezeiten es gebietet, sind keine weiteren Ressourcen vorhanden. Mobile Räumungstrupps für die Räumung der Gehwege im Zentrum waren von Beginn des einsetzenden Schneefalls unterwegs. Auf den im Bericht zu Postulat Nr. 028/2017 aufgeführten Einsatz von externen mobilen Räumungstrupps wird seit 2018 aus Spargründen verzichtet.

4. Wie viele Meldungen von Passanten sind in den letzten Tagen zum Thema Schneeräumung eingegangen?

Beim Bau- und Umweltdepartement gingen etwa zehn Rückmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern ein, nämlich vier per E-Mail und sechs telefonisch. Über telefonische Meldungen wird keine Liste geführt.

Tomas Kobi fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Nicole Nyfeler wünscht eine Diskussion.

Tomas Kobi stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Raphael Spörri vertritt Nicole Nyfeler. In der Beantwortung war mehrmals die Rede einer Prioritätenliste. Anscheinend hat der Stadtrat oder die Mitarbeitenden nicht gemerkt, worauf die Interpellantin hinauswollte. Ihr ist nämlich genau das ein Dorn im Auge, dass bei der Priorität zuerst immer von Strassen gesprochen wird. Man spricht von Privat- und Gemeindestrassen, aber die Trottoirs, auch sind diese in diesem Begriff inbegriffen, werden schlicht weg vergessen. Kann man sich nicht einmal überlegen, diese Priorität zu wechseln. ÖV kommt klar zuerst, aber dann sollten die Gemeinde- und Privatstrassen zurückgestellt werden, und zuerst die Trottoirs gemacht werden, auch wenn dies nur die Fussgängerstreifen sind, damit man gute Übergänge hat. Der Sprechende hat heute gesehen, dass zwar Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer problemlos fahren können, aber der Übergang bei den Fussgängerstreifen ist schlicht nicht machbar. Die SP-Fraktion möchte, dass die Priorität geändert wird. Nicht zuletzt schrieb auch die Interpellantin, dass vier Beine oder vier Räder sicherer sind, als zwei Beine, zwei Räder oder ein Rollstuhl.

Patrick Koch von der SVP-Fraktion ist weder handicapiert noch besonders alt. Aber am letzten Samstagmorgen lief er um ca. 9:00 Uhr ins Dorf um einzukaufen. Er versuchte auf dem Trottoir zu laufen und ging via Gallus-/Horwerstrasse zurück. Die Trottoirs waren völlig vereist. Der Weg dauerte 30 Minuten anstatt normalerweise 15 Minuten. Das ist absolut nicht zumutbar. Er sah niemanden vom Werkhof, der sich den Trottoirs annahm. Man wusste, dass der Schnee in der Nacht von Freitag auf Samstag gefrieren wird. Auch im Bereich der Bushaltestelle Horwerstrasse beim Alters- und Pflegeheim Zunacher war nur Glatteis. Die alten Leute getrauten sich nicht mehr nach draussen zu gehen. Er gibt Raphael Spörri absolut Recht. Das muss gemacht sein und darf nicht passieren. Allerdings hat dies einen Zusammenhang mit der Einsatzplanung der Werkhof-Mitarbeitenden. Aber dies war kein Zustand, welcher er letzten Samstag angetroffen hat.

Bettina Gomer-Beacco ist bei der Beantwortung nicht nachgekommen, wer nun für was zuständig ist. Wer ist für Privat- oder Halbprivatstrassen oder irgendwelche Zugänge zuständig? Für sie hat es so geklingt, dass für sämtliche Strassen der Werkdienst zuständig ist. Dies mag sein. Die Sprechende ging am Samstag und Sonntag an den Schattenberg schlitteln. Dort waren jegliche Strassen geräumt, aber bei ihrer Bushaltestelle zum Pilatusmarkt konnte sie nicht gehen, weil diese total vereist war. Der Pilatusmarkt selber hat geräumt. Man konnte von der Bushaltestelle zum Pilatusmarkt und retour gehen. Aber das gesamte Kuonimattgebiet konnte nicht dorthin gelangen. Die Sprechende muss zur Arbeit und macht dies mit dem Velo, weil dies die ökologieste und schnellste Alternative ist. Sie ist massiv gestürzt, nachdem sie von Horwerboden nach Kriens kam. Und das war am Montag. Es gingen vielleicht wenige Meldungen ein, aber sie weiss von Leuten, die sich gemeldet haben. Es hiess tatsächlich, dass Gehbehinderte wissen, dass es in dieser Zeit schwierig ist und sie halt zu Hause bleiben müssen und Familien können sicherlich kreativ mit diesen Schneemassen umgehen. Die Diskussionen über die Trottoirs auf der Facebook-Seite «Du bist von Kriens, wenn...» waren sehr heiss.

Peter Stofer denkt, dass es wichtig ist zu überlegen, um was es bei der Schneeräumungs-Frage tatsächlich geht. Es ist klar, dass der Werkdienst an diesen seltenen Ereignissen eine perfekte Strasse innerhalb von Stunden nicht hinzaubern kann. Das ist einfach nicht möglich. Vor einem Jahr, als er seine Anfrage zum Winterdienst eingab, zeigte er auf, dass man sich überlegen könnte, ob man die

Prioritäten vom Auto von der Strassenmitte Richtung Trottoir überdenken könnte. Es gibt verschiedene Städte, welche dies genau umgekehrt machen. Diese räumen nicht von der Strassenmitte aus, sondern vom Trottoir her. Sie räumen somit zuerst für die Schwächsten Verkehrsteilnehmer den Schnee weg in Richtung Strassenmitte. Von dort wird der Schnee dann entsorgt. Es ist allen klar, dass dies teurer ist und mehr Ressourcen braucht. Aber das würde dazu führen, dass die Schwächsten besser geschützt werden können, nach dem Motto «Blebschaden vor Knochenbrüchen». Bern ist eine Stadt, die das so macht. Auch im nördlichen Europa gibt es verschiedene Städte, welchen dieses Paradigmen-Wechsel bereits vollzogen haben.

Maurus Frey dankt für die Rückspiegelungen. Er hat aufgenommen, dass man die Prioritäten hinterfragt und gewünscht wird, dass diese verschoben werden. Der Sprechende möchte aber erwähnen, dass eine Interpellation nicht das richtige Instrument ist, um die Prioritätenliste zu verändern. Der Stadtrat nimmt es jedoch so zur Kenntnis und wird es bei den weiteren Diskussionen berücksichtigen. Es wurde das Modell Bern erwähnt. Die Krienser Fachleute sind sehr wohl über das Modell Bern orientiert. Maurus Frey hat sich erklären lassen, wie dieses Modell funktioniert. Das ist aber mit viel grösserem Aufwand und höherem Ressourcenbedarf an Fahrzeugen und Personal verbunden. Solange es intensiven Schneefall gibt, wird der Schnee von der Strasse aufs Trottoir oder umgekehrt verlagert. Er hat auch das Zitat «Das muss gemacht sein» mitgenommen. Das ist eine berechnete Erwartungshaltung. Er möchte aber auch mit auf den Weg geben, dass dies bezahlt sein muss. Das sind verschiedene Erwartungshaltungen, die auch sehr hoch sind. «*Du bist von Kriens, wenn du eine hohe Erwartungshaltung an deine Stadt hast*», kann er so bestätigen. Im Zuge der klimatischen Veränderungen von wenig intensiven Schneefällen hat man vielleicht etwas verlernt mit so einer Situation umzugehen. Es gibt halt einfach diese Wintereinbrüche, welche es zum Glück noch gibt. So kann man Skitouren von Kriens auf die Fräki machen oder neben der Weinhalde herunterschleppen etc. Man muss auch akzeptieren, dass die Strassen nicht innerhalb von wenigen paar Stunden bereitgemacht werden können, insbesondere wenn die Situation so ist, dass der Schneefall unmittelbar vor dem Wochenende eintrifft. Über das Wochenende waren Mitarbeitende des Werkdienstes im Einsatz. Es entspricht nicht der Wahrheit, dass keine Mitarbeitenden für den Winterdienst unterwegs waren. Sie waren jedoch nicht in der Anzahl unterwegs, wie dies unter der Woche der Fall ist. Es gibt eine Pikett-Organisation, welche genau aus diesem Grund besteht, dass man am Wochenende mit solchen Ereignissen umgehen kann, dies jedoch mit einem reduzierten Ressourceneinsatz. Auch hier ist es eine Frage der Kosten, die man für den Winterdienst aufwenden kann und will. Ein solcher Wintereinbruch ist eine Einschränkung und kann eine solche bedeuten. Es ist unglücklich, dass so die Mobilität von bereits eingeschränkten Personen noch weiter eingeschränkt wird. Das ist nicht gut. Dieses Gefühl muss man weiter entwickeln, dass man mit diesem Blick an die Pflege der Gehwege im Zentrum herangeht. Er sagt nochmals, es ist eine sehr aufwendige Arbeit bis in die peripheren Quartiere, beispielsweise das Kuonimatt, innert kurzer Zeit vorzudringen und jeden Weg bereitzumachen. Der Werkhof gibt sein Bestes. Der Stadtrat bedankt sich an dieser Stelle für diese Arbeit. Die Anliegen werden entgegengenommen. Die Frage der Prioritätensetzung wie «lieber Blebschaden, als Knochenbrüche» sind sicher gute Gedankenansätze, welche bei der Planung und Organisation des Winterdienstes miteinbezogen werden.

3. Bericht Postulat Mathis: Biodiversität auf stadteigenen Grundstücken

Nr. 242/19

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Ursula Wendelspiess vertritt Judith Mathis-Wicki. Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich bei der Postulantin für ihr Postulat und dem Stadtrat für seine Antwort. Sie unterstützt dieses Anliegen sehr und findet es schade, dass in der Beantwortung so viel Wert daraufgelegt wurde aufzuzeigen, was denn alles

schon gemacht worden ist. Zwar ist positiv, dass bereits 58 % der Flächen extensiv bewirtschaftet werden. Aber ein Postulat sollte auch als Chance gesehen werden. Gerade in der Biodiversität geht es um eine Grundhaltung für die Zukunft und nicht um Vergangenheit. Die grosse intensive Fläche an Boden-decker-Stauden könnte zu Gunsten von Ruderalflächen oder extensiven Blumenwiesen ersetzt werden. Erst im Mai wurde eine Beurteilung der ökologischen Qualität des Strassenbegleitgrüns erstellt. Aber was ist daraus die Folge? Nur eine Beurteilung alleine führt noch nicht zu mehr Biodiversität. Strassenrabatten sollten naturnah bepflanzt werden. Es wird die Schwierigkeit erwähnt, dass auf gewisse Projekte wegen Vandalismus verzichtet wird. Da kann die Sprechende nur sagen, dass man die Bevölkerung vielleicht besser mit auf den Weg nehmen müsste. Dies könnte mit Tafeln gemacht werden, die erklären, was dort passiert, so wie bereits im Gebiet Allmend. Auch ein Beitrag im KriensInfo kann hilfreich sein. Meist braucht die Bevölkerung auch eine bekannte Tierart, welche sie dann als Sympathieträger für ein Projekt sieht. So sind die Wertschätzung und das Verständnis grösser. Die Schaffung von Kleinstrukturen und zusätzliche Baumpflanzungen werden bis im Frühling 2021 umgesetzt. Das ist doch sehr gut und sollte der Bevölkerung auch kommuniziert werden. In der Antwort wird erwähnt, dass auf Schulanlagen Potenzial für die Extensivierung besteht. Gerne hätte die CVP/JCVP-Fraktion einen Bericht darüber, wann dies umgesetzt wird und wer dies macht. Denn auch entlang des Freigleises soll Potenzial für zusätzliche Ruderalfläche bestehen. Es sollte auch ohne grosse teure Klimaaanalyse zum besseren Stadtklima möglich sein, Massnahmen zu ergreifen, denn auch kleine Massnahmen können eine grosse Wirkung erzielen. Man braucht nur etwas Mut dazu. Naturflor, Wildpflanzen und Blumen sind schön und blühen. Sie können auch bei Intensiv-Flächen verwendet werden, ohne dass sie störend und ungepflegt wirken, wie das in der Antwort befürchtet wird. Auch hier braucht es noch eine Portion Mut und Begeisterung für einheimische Pflanzen, welche oft weniger Pflege benötigen. Dass eine Extensivierung von Flächen in den ersten Jahren aufwändig ist, liegt in der Natur der Sache. Dafür ist der Aufwand nach der Einspielung der Ökologie umso geringer.

Manuel Hunziker, Grüne/GLP-Fraktion, bedankt sich beim Stadtrat und der zuständigen Abteilung für diesen Bericht. Neben der Biodiversität zeigt dieser auch andere wichtige Themen auf. Sie geht grundsätzlich mit der CVP/JCVP-Fraktion einig, dass man Biodiversität durchaus mehr machen kann, auch mit relativ kleinem Aufwand. Es gibt in der Schweiz Gemeinden, wie beispielsweise Wädenswil, die das bereits versucht haben. Mittlerweile hat man die Begleitflora teilweise wieder zubetoniert, obwohl das niemand versteht. Es wurden explizit solche Ruderalflächen getestet. Mitunter sah dies sehr schön aus. Man muss sich in einer Stadt zuerst daran gewöhnen, aber man kann dies machen. Der Sprechende möchte noch kurz ausholen zum Thema Schnee. Er ging letzte und vorletzte Woche tatsächlich Biken. Da ist es mitunter ein Vorteil, wenn nicht viel geräumt wird. Es ist ein Erlebnis auf den Sonnenberg zu fahren. Als er von dort oben auf die Stadt hinuntersah, ist ihm etwas aufgefallen. Es gab von rosabeige zu hellcreme zu taupe-grau fast alle Töne. Manchmal so ganz frech und gewagt schimmern ein paar Fliedertöne durch. Es war tatsächlich ein monotoner Anblick. Das mag vielleicht daran liegen, dass die Bäume keine Blätter haben. Nichtsdestotrotz hat ihn dieser Anblick auf das Postulat an das Budget erinnert, welche diese Abteilung hat. Man hat dies angeschaut und es ist relativ leer, resp. grau. Mit diesem Hintergrund hat die Grüne/GLP-Fraktion Freude, dass sich diese Abteilung trotzdem für die Biodiversität einsetzt und ihm Rahmen des Möglichen etwas macht. Auch wenn es zu bedauern ist, können so keine grossen Sprünge gemacht oder Konzepte ausgearbeitet werden. Die Abteilung spricht ein unglaublich wichtiges Thema an, welches alle beschäftigen wird. Das ist das Thema des Stadtklimas. Hier geht der Sprechende mit seiner Vorrednerin einig. Es ist unglaublich wichtig, dass man etwas macht. Es wäre auch perfekt, wenn Kriens eine solche Klimaaanalyse hätte. Schlussendlich gilt das, was für die Nachbarstadt gilt, auch für Kriens. Es sind Prinzipien und Konzepte, welche verallgemeinert und mit kleinem Aufwand heruntergebrochen werden können. Darum hofft die Grüne/GLP-Fraktion, dass dies in die BZR-Revision einfliesst. Man soll planen und schauen, wie man damit umgeht, vor allem, wenn man sieht, was in LuzernSüd alles gebaut wird. In erster Linie wird beton hingehauen und grün ist eine Mangelware. Dort unten wird es sehr warm, vermutlich 6-8 Grad wärmer als in anderen Quartieren. Dieses Thema muss für künftige Generationen angegangen werden. Sie sprechen in diesem Zusammenhang das nächste wichtige Thema an, nämlich die Gebäudebegrünung. Der Sprechende fand die Aussage schade, dass es bei den Fachplanern an Expertise

mangelt. Wenn man die Alterssiedlung oder sonstige Bebauungspläne anschaut, darf man sich nicht hinter solchen Aussagen verstecken. Wenn man eine Gebäudebegrünung will, dann soll man diese auch fordern. Ein Fachplaner kann sich diese Expertise holen. Es ist nicht so, dass die Schweizer dies nicht bauen können. Die Schweiz ist kein Land, welches in dieser Hinsicht voraus prescht. Da sind die Italiener weiter, vielleicht sogar die Welschen. Man kennt sicher den Bosco Verticale in Mailand. So etwas soll auch in Lausanne entstehen. Turin hat eine solche Siedlung gebaut. Es ist durchaus ein Blick wert, so etwas anzuschauen. Es muss nicht genau so etwas sein, sondern können ganz einfach erdgebundene Systeme sein, bei der man eine Pflanze in den Boden pflanzt und ein paar Kabel an der Fassade nach oben zieht und dann ist es begrünt. Es geht in erster Linie darum, dass man so etwas einfordert. Nicht nur wegen dem Klima, sondern auch wegen dem Wohlbefinden. Grün fördert nachweislich die Aufenthaltsqualität und das Wohlbefinden der Leute. Auch dort hofft die Grüne/GLP-Fraktion, dass der Stadtrat am Ball bleibt und dies entsprechend in die Revision miteinfließen lässt.

Die SVP-Fraktion findet laut Patrick Koch den Ansatz der Postulantin sehr lobenswert, wonach die Stadt Kriens eine Vorbildfunktion im Themenbereich der Siedlungsökologie und Biodiversität einnehmen soll. Thuja Hecken und 2mm-Rasen sind nicht mehr zeitgemäss. Mopsfledermaus, Steinkauz, Kleiner Moorbläuling, Sand-Ferkelkraut, Kleiner Venusspiegel etc., dies ist nur eine kleine Auswahl von akut vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Es besteht dringend Handlungsbedarf die Artenvielfalt in der Schweiz zu erhalten. Ausgestorbene Arten sind für immer verloren. Die Stadt verfügt über sehr viele Kleinstflächen, die weder als Spielplätze, Sportplätze noch als Landwirtschaftsflächen genutzt werden. Wie die Postulantin richtig schreibt, sollen auf diesen Flächen naturnahe Elemente entstehen. Beispielsweise ein Naturrasen, der dann noch einmal im Jahr gemäht wird und die Menschen mit bunten Blumen erfreut. Beim Rebberg wurde auch eine Naturwiese gemacht und es war letzten Sommer immer schön zu sehen, wie die Leute die Blumen pflücken gingen. Die Stadt soll bei der Förderung der Biodiversität eine Vorbildfunktion übernehmen und auch private animieren sich für die Biodiversität zu engagieren. Wenn man beispielsweise die neuen Überbauungen Schweighof und Mattenhof betrachtet, so soll ihm noch einer sagen, wo es an diesen modernen Häusern noch Unterschlupfmöglichkeiten für Fledermäuse und Vögel gibt? Nicht einmal mehr Hausspatzen finden da eine Nistgelegenheit. Bei Bauprojekten können gesetzliche Vorgaben in Zukunft in diesem Bereich Sinn machen. Auch soll die Anlegung von Magerwiesen bei Neubauten zur Pflicht werden. Als Städter soll man aufhören die Landwirtschaft alleine für das katastrophale Artensterben verantwortlich zu machen. Vor unserer Haustüre offenbaren sich unzählige Möglichkeiten dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Stadt hat erste Gehversuche unternommen, aber viel zu wenig. Als Stadt misst man Kriens jetzt mit anderen Städten. Im Vergleich dazu hat Kriens noch sehr viel Potential. Der Sprechende möchte nicht wieder ein Gejammer über Kosten hören, sondern Taten sehen. Warum beteiligte sich Kriens beispielsweise nicht am erfolgreichen Projekt Mission B. «Mission B - für mehr Biodiversität» ist eine Aktion des Schweizer Fernsehens. Bisher wurden mit dem Projekt schweizweit 2 Quadratkilometer naturnahe Lebensräume geschaffen. Wie viel davon in Kriens? Gelder für solche populären Anliegen liegen auf der Strasse. Wird der Stadtrat nun einen Massnahmenplan ausarbeiten? Dies sollte eine rollende Planung sein, in welchem die zukünftigen Projekte verzeichnet sind. Patrick Koch bittet den Stadtrat bei der folgenden Stellungnahme aufzuzeigen, wie er dies mit dem geforderten Massnahmenplan genau handhaben will. Gibt es dazu ein Strategiepapier? Die Extensivierung von stadteigenen Grundstücken führt mittel- und längerfristig zu Kosteneinsparungen bei der Bewirtschaftung. Dies ist ganz im Sinne der SVP-Fraktion.

Kathrin Gut dankt im Namen der SP-Fraktion für den ausführlichen Bericht, was schon alles in Kriens gemacht wird. In der momentanen finanziellen Lage, sieht es für die grossflächige Umsetzung der Biodiversität wegen den Unterhaltskosten nicht sehr gut aus. Trotzdem ist es wichtig, diesen Weg weiter zu gehen und das Personal zukünftig zu schulen und ihr Bewusstsein weiter zu schärfen. Mit wenig Geld, aber der richtigen Bepflanzung kann die Biodiversität gewaltig gefördert werden. Zum Beispiel mit Magerwiesen, deren Pflege viel weniger Aufwand brauchen als die der Fettwiesen. Auch neue

Ideen wie Vertikalgärten können in Kriens Einzug nehmen. Flachdächer bieten ebenfalls grosse Flächen, welche begrünt werden können. Dazu muss auch die Vermieterschaft ins Boot geholt werden. Ein optimierter Austausch zwischen den verschiedenen Abteilungen soll weiterhin gefördert werden, um gemeinsam auch in kleinen Schritten voranzuschreiten. Wichtig ist, wie im Bericht erwähnt, ein Austausch über die Stadtgrenzen hinaus, damit für alle die Lebensqualität steigt. Und auch kleine Schritte führen zum Ziel. Alle wohnen lieber in einer grünen, als in einer grauen Stadt.

Mit Erstaunen hat Michael Portmann auf Seite 3 im Bericht gelesen, dass Kriens eine mögliche Klimanalyse inklusive Planungshinweiskarte in die Zukunft verschiebt, da sie etwas über Fr. 55'000.00 kostet. Ein solches Abwarten ist schon beinahe fahrlässig. Ein wichtiges Thema in der Klimanalyse sind die Kaltluftströme. Wer im Hitzesommer 2019 tagsüber von der Hitze erdrückt wurde, war abends und nachts froh, um die kühle Luft die aus dem Krienser Hochwald wohltuend in Richtung See hinunterfloss und das Stadtgebiet wieder abgekühlt hat. Sicher waren auch die Luzerner und Luzernerinnen froh, um diese nächtliche Abkühlung. Nun stellt man sich vor, wie dieser nächtliche Kaltluftstrom am neuen Südportal des Bypasses vorbeifliesst. Ja, wohl eher nicht. Vielleicht eher dann in Richtung Allmend, wobei man da ja die Stadtautobahn überdachen will und das eine oder andere Hochhaus soll da auch noch entstehen. So betrachtet müssen sich die Luzerner und Luzernerinnen schon sehr beeilen, wenn sie überhaupt noch etwas kühlende Nachtluft aus dem Krienser Hochwald zur Kühlung der Stadt Luzern brauchen wollen. Eigentlich müssten noch vor dem Bau all der Bauprojekte darüber nachdacht werden, wie und ob die Stadt Luzern weiterhin die Kaltluftströme aus dem Kriensertal nutzen kann. Auch in Kriens selbst stehen immer mehr Gebäude, so dass auch da darauf geachtet werden müsste, dass die kühlende Luft nachts in die Siedlung hineinströmen und sie abkühlen kann. Für den Sprechenden heisst mit der Klimanalyse abwarten, dass man sich die Zukunft verbaut. Wenn immer mehr Gebäude stehen und die kühlenden Kaltluftströme nicht mehr in die Siedlung hineinfließen können, dann wird es sehr schwierig und sehr teuer eine Siedlung zu kühlen. Zürich hat das bereits 2018 erkannt und im Mai 2020 eine Fachplanung Hitzeminderung verabschiedet. Dazu gehören einerseits regelmässige Messungen der Temperatur an ausgewählten Orten, eine Klimanalyse sowie eine verbindliche Planungshinweiskarte inklusive konkreten Vorschlägen für Bauherrschaften. Eigentlich kein Wunder bei über 20 nachgewiesenen hitzigen Tropennächten im Sommer 2019. Warum Kriens also angesichts der vielen Bauprojekte auf eine Klimanalyse verzichtet, ist dem Sprechenden ein riesiges Rätsel.

Räto Camenisch glaubt, er befindet sich wieder einmal im falschen Film. Kriens ist eine Gemeinde, welche um ihre Finanzen ringt. Sparen beginnt im Detail. Weitsichtig wurde gesagt, dass solche Nice-to-have-Projekte hinausgeschoben werden, was auch richtig ist. Kriens muss nicht die Kaltströme nach Luzern fördern. Das ist nicht die Aufgabe von Kriens. Mit Zürich vergleichen kann man sich schon gar nicht. Zürich ist eine Betonwüste und dort herrschen ganz andere Probleme als in Kriens, das immerhin noch einen leicht ländlichen Charakter hat. Der Sprechende findet die Biodiversität eine gute Sache und ist auch richtig. Aber dass dafür gleich ein Massnahmenkatalog ausgearbeitet werden soll, dem kann er nicht zustimmen. Seiner Meinung nach reicht es, sich dazu zu bekennen, dass man dies in Zukunft machen will und der Stadtrat es entgegennimmt und mehr auf die Biodiversitäts-Erhaltung schaut. Dafür aber ein Massnahmenkatalog und Kräfte zu binden, verursachen wieder Ausgaben. So kommt Kriens nicht weiter und wird die Finanzen niemals in Ordnung bringen, wenn man im Kleinen das Prinzip der Ökonomie verletzt.

Maurus Frey glaubt, dass sich alle einig sind, dass Grün- und Naturraum einen ganz neuen Stellenwert hat. Es wurde richtig erwähnt, dass es um eine Grundhaltung für die Zukunft geht. Das möchte der Stadtrat auch entgegennehmen und gemeinsam entwickeln. Es wurde angeregt die Bevölkerung besser miteinzubeziehen. Das ist etwas, dass sich der Stadtrat auf die Fahne geschrieben hat. Das wird er machen und wird alle damit überraschen, auf welche Art und Weise er die Krienser Bevölkerung in die Pflege des Natur- und Grünraums miteinbeziehen wird. Da wird man noch grosse Augen machen. Der

Sprechende freut sich darauf. Mut und Begeisterung braucht es. Dem stimmt er zu. Die Geschmäcker sind jedoch verschieden. Das gesamte Freigleis ist extensiv bewirtschaftet. Wenn man aber in den Schlossgarten geht, trifft man auf einen sauber gepflegten Rosengarten. Es gibt auch eine schöne Wiese, welche einlädt darauf zu liegen und ein Buch zu lesen oder den Himmel anzuschauen. Es ist so, dass die Geschmäcker verschieden sind und der Anspruch an den Grün- und Erholungsraum häufig im Widerspruch zur Biodiversität steht. Der Anspruch an den Grünraum auf einer Fussballwiese Sport zu machen, verträgt sich nicht damit, dass seltene Blumen aus dem Boden spriessen sollen. Solche Widersprüche soll man versuchen aufzulösen. Die Räume bestehen und sollen auch genutzt werden. Der Sprechende dankt im speziellen Räto Camenisch für sein Votum, weil so kann er auf das sogenannte «Gejammer» verzichten. Es wurde nach der Strategie gefragt. Dabei stellt sich die Frage, was die Strategie für den Grünraum und die Grünraumpflege ist und wie man dem Naturraum den Stellenwert geben kann, den er in einer Stadt braucht, in der es immer heisser wird. Aufgrund klimatischer Veränderungen wird es immer unangenehmer in einer solchen Stadt zu wohnen, insbesondere im Sommer. Aktuell hat der Stadtrat eine rollende Planung und lebt von der Hand in den Mund. Das ist allen bekannt. Es gibt Aufwände für die Pflege des Grünraums. Man kann schon bei der Mission B mitmachen, aber Nick Hartmann wird die Grünflächen der Stadt Kriens nicht über eine längere Dauer hinweg pflegen. Das macht Kriens, bzw. die Steuerzahler, welche den Unterhalt des Grünraums bezahlen. Aktuell ist die Strategie eine rollende Planung und mit dem AFR18 wurde ein Entlastungspaket Massnahmen 2021 ein Projekt aufgeführt, nämlich das Grünraum-Management. Man ist an Abklärungen, wie die Stadt Kriens den Grünraum optimal bewirtschaftet, wie dies kosteneffizient passiert und insbesondere wie man die Grünraumbewirtschaftung bzw. den Mut und Begeisterung hinbekommt, so wie es gefordert wird. Das ist der zweite Strategiepunkt. Der dritte Strategiepunkt ist die BZR-Revision. Es sollen Private in die Entwicklung des Grünraums miteinbezogen werden. Es sind nicht nur die Bauern, die für die Pflege oder Beschaffung des Grünraums verantwortlich sind. Es ist ganz klar Aufgabe der Investoren und der Krienserinnen und Krienser hier ihren Beitrag beizutragen. Der Sprechende freut sich auf die Diskussion im Einwohnerrat, wenn es bei der BZR-Revision um die einzelnen Artikel geht. Diese können die eine oder andere Zusatzpflicht eines Bauherrn fordern. Er freut sich auf die Statements zum Mut und der Begeisterung der Privaten. Die Punkte wie Kleinstflächen nutzen und vom Kleinen ins Grosse gehen, teilt der Stadtrat auch. Das eine oder andere Projekt wird noch gestartet. Der Stadtrat dankt für die positive Aufnahme von diesem Bericht. Mit den Aussagen wird dem Stadtrat der Rücken gestärkt, den Weg auf den genannten Strategiepunkten weiterzugehen. Schlussendlich gibt er mit auf den Weg, dass es im Grünraum, der Politik und auch der Weiterentwicklung der Stadt so ist, dass man in das Saatgut investieren muss, damit man nachher etwas Schönes ernten kann. Er hofft, dass der Einwohnerrat hilft dieses Saatgut aufzutreiben, also die Investitionen in das Saatgut zu tätigen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

4. Bericht Postulat P. Portmann: Gratisentsorgung von Druckerkartuschen im Ökihof

Nr. 247/19

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Michèle Binggeli vertritt Peter Portmann und bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulates und freut sich umso mehr, dass Druckerkartuschen nun kostenlos im Ökihof abgegeben werden können. Eine Frage stellt sich jedoch, da die Abklärungen von REAL ergeben haben, dass sie selbst die Druckerkartuschen kostenlos abgeben können, dennoch wurden – zumindest während einer gewissen Zeit - Gebühren einkassiert. Wahrscheinlich hält sich dies in engen Grenzen, es wäre aber idealer

gewesen, wenn REAL dies selbst bemerkt hätte und nicht erst aufgrund des Postulates. Dass die Entsorgung über einen anderen Anbieter eine Ausschreibung bedarf und dies daher zurzeit nicht in Betracht gezogen wird, ist nachvollziehbar und verständlich. Der Postulant ist damit einverstanden, dass dies zurzeit nicht stattfinden wird.

Daniel Rösch dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat für die Berichterstattung und die Abklärungen. Grundsätzlich findet sie es gut, dass man zukünftig auch Druckerpatronen kostenlos beim Ökiohof abgeben kann. Er muss aber ehrlich sagen, dass er auf der Website von REAL immer noch nicht sehen kann, ob man leere Toner- und Tintenpatronen gratis abgeben kann. Da besteht noch dringend Handlungsbedarf seitens REAL. Ein fahler Beigeschmack hinterlässt der FDP-Fraktion der Fakt, dass diese kostenlose Dienstleistung erst durch ein Postulat aufgezeigt werden konnte. Hier geht es ihr ähnlich wie der Vorrednerin. Es fragt sich einfach, ob es seitens REAL noch weitere kostenlose Dienstleistungen gibt, welche der Bevölkerung unterschlagen werden.

Laut Erich Tschümperlin ist dies einmal mehr eine Dienstleistung, an welcher Private durch den Verkauf verdienen und die Gemeinschaft die Kosten für die Entsorgung tragen muss. Es ist sicher praktisch, aber wenn gesagt wird, dass dies eine kostenlose Dienstleistung ist, stimmt das nicht ganz. Die Leute im Ökiohof arbeiten nicht kostenlos. Das wird über die Gebühren finanziert. Der Sprechende hat immer noch den Eindruck, dass mit den vorgezogenen Entsorgungsgebühren diese Geschäfte die Sachen zurücknehmen müssen, welche diese auch verkaufen. Wenn man alles REAL abgibt, werden Kosten entstehen, denn wenn noch mehr Dienstleistungen angeboten werden, müssen vielleicht noch weitere Personen eingestellt werden. Das kann nicht das Ziel sein. Diejenigen, welche Kosten verursachen, sollen dies auch beheben. Klar kann man dies in diesem Fall machen und wird kein grosser Betrag sein. So gesehen hat man auch nicht beschissen. Es wird Aufwand geben und braucht Platz. Der Ökiohof ist ja bereits schon zu klein. Es braucht Behältnisse, welche abgeführt werden müssen. Der Transport kostet auch. Es kann nicht der richtige Weg sein, alles in den Ökiohof zu bringen.

Maurus Frey dankt im Namen des Stadtrates für das Einreichen des Postulats. Es konnte tatsächlich ein Missverständnis geklärt werden. Dafür ist er sehr dankbar. Es ist aber immer so, dass die Rückgabe bei der Verkaufsstelle jederzeit möglich war und zwar auch kostenlos. Der Stadtrat wird bei REAL nochmals hinschauen, welche Dienstleistungen mit welchen Gebühren belegt sind. Grundsätzlich teilt er die wiedergespiegelte Haltung mit der vorgezogenen Recyclinggebühr, was in der Selbstorganisation des Verkaufs liegt. Diese muss in erster Linie spielen, nämlich dort, wo die Stoffe in den Verkauf gelangen, sollen sie auch wieder aus dem Kreislauf genommen werden. Die Allgemeinheit bzw. die öffentliche Hand soll nicht die einzig belastete sein, um die riesige Stoffmenge unter Kostenfolge zu entsorgen. Nochmals vielen Dank für den Vorstoss. Er wird nochmals bei REAL darauf einwirken, dass die Dienstleistungen korrekt aufgeführt werden.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

5. Bericht Postulat Ercolani: Zeughausareal West Umnutzung

Nr. 248/19

Gemäss Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, daher gibt es eine Abstimmung.

Beat Tanner vertritt Enrico Ercolani und dankt dem Stadtrat für den Bericht. Für den Postulanten ist mit dem Bericht alles gesagt und es ist alles klar. Es gibt nichts mehr anzufügen und das Postulat kann deshalb abgeschrieben werden.

Christine Kaufmann-Wolf meint auch, dass mit der Beantwortung eigentlich alles gesagt wurde. Der Postulant hat ein Grundstück angesprochen, was sehr gross und interessant für die Krienser ist. Das Areal gehört in den Kernbestand des VBS. Das Militär möchte dort auch weiterhin militärische Aus- und Weiterbildungen machen. Zudem gibt es in naher Zukunft keinen Strategiewechsel. Wenn dies in der Zukunft jemals kommt, muss darauf geschaut werden, was allenfalls gemacht werden kann. Die FDP scheint zufrieden zu sein. Der Stadtrat ist es auch.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Ercolani: Zeughausareal West Umnutzung (Nr. 248/19):

Das Postulat wird mit 28:0 Stimmen abgeschrieben.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6. Postulat Koch: Blaues Gold – Support für das Krienser Leitungswasser**Nr. 313/20**

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

7. Postulat Tanner: 5 Wochen Sommerferien und 3 Wochen Herbstferien in der Volksschule Kriens**Nr. 001/20**

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

8. Postulat Lisibach: Fahrradstreifen Kriens-Obernau**Nr. 002/20**

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Als Bewohner vom Obernau nimmt Armin Lisibach auch die Situationen im oberen Teil des Krienser Bereiches wahr. Der Knackpunkt Obernauerstrasse, alias Transitachse, ist stark befahren und obwohl Möglichkeiten bestehen den Fahrradweg bei der Langmatt zu nutzen, finden viele zweirädrige Zeitgenossen dies müssig, den Schwenker zu den vorgelegten Verkehrsmöglichkeiten zu nutzen. Gemäss den neu aufgelegten Plänen des Kantons verschwindet der Fahrradstreifen in den Bereichen ab dem Werkhof/Obernauerstrasse und ist ab da lückenhaft. Da weist es grosse Sicherheitslücken auf und ist mühsam für alle Verkehrsteilnehmer und ausbremsend. Genau an dem Punkt setzt er mit dem Postulat die nötige Gewichtung zu, dass genau diese Lücke im Sinne aller und deren Sicherheit erschlossen wird. Es ist so, dass die Pläne für die Erneuerung der Transitachse gewisse Elemente beinhalten, aber nicht vollumfänglich, dass es erschlossen wird. Er möchte nicht grosse Veränderungen bewirken, aber bestimmend anteaern, dass der Stadtrat, erstens beim Kanton diese Lücke moniert und zweitens der Fahrradverkehr zeitnah mit den Fussgängern den Trottoirbereich teilen darf, wie es bis und mit Feldmühle heute schon der Fall ist. Im oberen Teil hat es wesentlich weniger Fussgänger, als unterhalb der Feldmühle, ergo sollte dies schon mal kein Thema sein. Armin Lisibach dankt für die Aufmerksamkeit und freut sich auf die Mitwirkung.

Ist die Grüne/GLP-Fraktion nun auch gegen sichere Velorouten, möchte Peter Stofer wissen. Natürlich nicht! Er möchte in Erinnerung rufen, dass der Postulant die Umsetzung eines Teils der Massnahme VS-1 «Durchgehende Veloinfrastruktur entlang der Luzerner-/Obernauerstrasse in beiden Fahrtrichtungen, Schaffung attraktiver Querungsstellen» aus dem Gesamtverkehrskonzept Kriens fordert. Dies gilt auch für den Vorstoss von Enrico Ercolani bezüglich Tempo 30 und der Verbesserung der Verkehrssituation im Zentrum, wie auch die Schulwegsicherheit auf der Amlehnstrasse von Ursula Wendelspiess sind wichtige Anliegen, die Eingang in das Gesamtverkehrskonzept fanden und für die Lösungen entwickelt wurden. Der Einwohnerrat hat das GVKK am 8. November 2018 zustimmend zur Kenntnis genommen. Zustimmend darum, weil das Konzept nicht nur einzelne Teilaspekte bearbeitete, sondern

mit 70 aufeinander abgestimmte Massnahmen für Autofahrende, ÖV-Fahrgäste, Velofahrende sowie Fussgängerinnen und Fussgänger Verbesserungen bringen soll. Darum heisst es auch Gesamtverkehrskonzept. Es soll:

- den Verkehr insgesamt besser organisieren
- den Verkehr auf Hauptrouten effizient und attraktiv abwickeln
- den Verkehr im Zentrum neugestalten, so dass es seine Funktion als Begegnungsraum wieder besser wahrnehmen kann, dass die Verkaufsgeschäfte und das Gewerbe eine Zukunftsperspektive haben
- den Verkehr im Quartier verträglich machen

Zusammenfassend soll das GVKK sicherstellen, dass der Verkehr trotz Wachstum weiterfliesst. Es überzeugt, weil eben alle davon profitieren. Die Grüne/GLP-Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass er trotz der schwierigen finanziellen Situation mit der Umsetzung des GVKK vorwärts macht. Unverzüglich anzugehen und prioritär umzusetzen sind aus Sicht der Grüne/GLP-Fraktion folgende Massnahmen:

- die Massnahmen zur Neugestaltung des Zentrums (Massnahmen Z-1 bis Z-3)
- HS-1 und HS-2, Horwerstrasse: Umgestaltung des Strassenraumes, Verbesserung der Schulwegsicherheit
- AS-1: Umgestaltung der Schachen-/Amlehnstrasse zur Veloschnellroute
- VS-1: Durchgehende Veloinfrastruktur entlang der Luzerner-/Obernauerstrasse
- sowie sämtliche Massnahmen mit der Priorität hoch

Weiter erwartet die Grüne/GLP-Fraktion eine periodische Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des GVKK.

Räto Camenisch meint, dass es nicht richtig ist, das GVKK auszuhebeln. Hier handelt es sich um ein lokales Problem, welches schon lange besteht. Das Problem wird akuter, je grösser die Stadt wird und auch im Obernau weiter ausgebaut wird. Irgendwann muss man den Wollknäuel öffnen und das Ganze auf den Tisch legen. So wie es der Postulant sieht, ist es nicht möglich, weil dem kantonale Vorschriften und Praktiken entgegenstehen. Ein bekannter Velohändler in Kriens hat dem Sprechenden geraten bei der Langmatt einfach den Motor abzustellen.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Ursula Wendelspiess beim Postulant für seinen Vorstoss und kann dies unterstützen. Sie wurde schon von Freunden, welche in der Langmatt wohnhaft sind, auf die schwierige Situation aufmerksam gemacht, wenn man oft mit dem Velo dort unterwegs ist. Auch die Sprechende fährt ab und zu ins Obernau. Der Abschnitt bzw. die Lücke muss geschlossen werden. Die Sicherheit muss dort gewährleistet sein. Gerade im Abschnitt zwischen dem Spielplatz bis zum Restaurant, welche für die e-Bikes verboten ist, ist es noch schwieriger. So hofft die Sprechende, dass das Postulat eine Verbesserung der Gesamtsituation bringt und die Lücke geschlossen werden kann.

Raphael Spörri, SP-Fraktion, gibt all diesen Argumenten Recht und die Opposition wurde vielleicht falsch verstanden. Die SP-Fraktion möchte auf 2-3 Sachen hinweisen, welche ihr wichtig erscheinen. Peter Stofer hat es erwähnt. Das GVKK ist sicher wichtig. Man muss es gesamtheitlich anschauen und vernetzt dran herangehen. Wenn man nun aber eine Entflechtung macht und die Velofahrer an der Hauptstrasse aufs Trottoir ausweichen dürfen, macht man genau das, was der VCS überhaupt nicht empfiehlt. Der Postulant fordert, dass Velofahrer auf der Obernauerstrasse auf das Trottoir ausweichen dürfen. Wie gesagt, im Grundsatz löblich. Doch betrachtet man die Sache etwas genauer. Für wen ist das Trottoir primär gedacht? Richtig, für den Fussgänger. Wenn man nun dem Fussgänger den Platz streitig macht, schafft man automatisch Konflikte.

Dazu ein Auszug aus dem VCS Positionspapier «Mehr Sicherheit für zu Fuss Gehende und Velofahrende im Mischverkehr». In diesem wird mittels 4 Leitsätzen folgendes empfohlen:

1. Im Grundsatz gilt: – Das Trottoir bleibt den Fussgängerinnen und Fussgängern vorbehalten. – Der Veloverkehr wird auf der Fahrbahn mit Velostreifen, auf verkehrsberuhigten Strassen oder auf Velowegen geführt.
2. Eine velo- und fussgängergerechte Verkehrsplanung minimiert den Bedarf nach gemeinsam genutzten Verkehrsflächen und somit die Konflikte zwischen Velo- und Fussverkehr.
3. Durchgängige, für alle zugängliche und sichere Wegnetze für den Veloverkehr sollen primär (...) das Ziel sein (...)
4. Wenn eine Trennung zwischen Velowegnetz und Fusswegnetz nicht möglich ist, und wenn bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sind, können Mischflächen zweckmässig sein. (...) Bevor neue Mischzonen errichtet werden, bedarf es immer einer situativen Betrachtung, um Alternativen zu prüfen, Konflikte zu minimieren und mittels geeigneter Massnahmen eine Koexistenz zwischen Fuss- und Veloverkehr zu ermöglichen. Diese sind an strenge Anforderungen gekoppelt

Zusammengefasst ist ein gemeinsames Benutzen eines Gehweges durch Velofahrende und Fussgänger nur in Ausnahmefällen geeignet. Ob die Obernauerstrasse eine solche Ausnahme ist, weiss der Sprechende nicht. Es ist aber zu bedenken, dass man auf der Langmattseite bereits einen Veloweg hat. Zugegeben ist genau dort dieser Mischverkehr zwischen Velofahrer und Fussgänger. Denn für einen gemeinsamen Fahr- bzw. Gehweg ist dieser Abschnitt schlichtweg ungeeignet. Es sei denn, bei der schon lange anstehenden Sanierung würde sich eine komplett andere Situation ergeben. Hier ist der Kanton im Lead. Wie in der vom VCS erwähnten Broschüre zum Beispiel durch Tempo 30, Velostreifen oder baulichen Abtrennungen, wäre ein solcher Mischverkehr machbar. Dann richtet der Sprechende seinen Blick noch zu Nicole Nyfeler. Wenn man sie fragt, was sie davon hält, ist ihre Antwort wohl klar. Rollstuhlfahrende stimmen einem solchen Vorstoss nie zu. Gerade die Situation an der Obernauerstrasse zeigt klar. Es ist zu eng für Beide und eine getrennte Fahr-, Gehbahn ist nicht möglich und gefährdet vor allem Rollstuhlfahrer. Aus diesem Grund ist die SP-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulats oder ist für eine Überweisung, wenn der Stadtrat in seinem Prüfauftrag die VCS-Vorlagen auch hinzuzieht.

Gemäss Maurus Frey ist der Stadtrat bereit das Anliegen zu prüfen, vor allem auch im Kontext zum GVKK und dem aufliegenden K4-Projekt vom Neubau der Obernauerstrasse von der Busschleife bis über das Renggloch. Es wurde gesagt, es handelt sich um einen Wollknäuel und man diesen einmal auf den Tisch legen, auseinandernehmen und anschauen soll, wie man diesen wieder gescheit aufwickeln kann. Das ist der richtige Ansatz, wofür es aber einen genug grossen Tisch braucht. Dafür braucht es einen Überblick über das GVKK, aber auch über die Planungen des Kantons. Das muss man miteinander in Vereinbarung bringen. Es ist auch zu sagen, dass bei der kompletten Renovation der K4 durch den Kanton eine Verkehrsführung der Velofahrer auf das Trottoir gemacht wird, ist hier undenkbar. Dafür würde der Kanton niemals Hand bieten. Es gilt aber trotzdem eine gute Lösung zu finden. Man hat dort eine herausfordernde Situation mit einer leichten Steigung, immer anspruchsvollere Verkehrsteilnehmer für die es immer herausfordernder wird. Auch beim Langmattspielplatz sind die Platzverhältnisse zu eng. Es ist schwierig mit einem schnellen e-Bike, einem Kinderwagen oder einem skatenden Kind aneinander vorbeizukommen. Das stellt Ansprüche an die Verkehrsplanung. Hier hat man die richtigen Mittel und Massnahmen im GVKK vorgesehen. Der Stadtrat versucht diese mit der Forderung des Postulats in Einklang zu bringen. Im Postulat wurde gefordert und wurde auch mehrmals gesagt, dass es Toleranz und Rücksichtnahme braucht eine Verkehrsfläche miteinander zu teilen und zu gebrauchen. Egal ob dies ein Teilen zwischen Autofahrenden, Velofahrenden oder Fussgängern ist. Es braucht Rücksicht, Toleranz und klare Regeln mit Signalisationen. Die will man prüfen und an die Hand nehmen. Deshalb beantragt der Stadtrat die Überweisung.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Lisibach: Fahrradstreifen Kriens-Obernau (Nr. 002/20)Das Postulat wird mit 24:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Räto	Enthaltung
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Enthaltung
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

9. Postulat Portmann: Wie könnte die Haltestelle «Busschleife Kuonimatt» weiterhin im ÖV-Angebot der Stadt Kriens erhalten bleiben? Nr. 004/20

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Michael Portmann findet die Vernehmlassung rund um die Bushaltestellen in der Stadt Kriens sehr unglücklich. Da wurde mit dem Argument, dass die Buslinien in den Krienser Quartieren zu wenig stark frequentiert werden, von den Verkehrsbetrieben Luzern (VBL) die Buslinien 15 und 16 so verändert, dass gleich haufenweise Bushaltestellen wegfallen. Eine solche Angebotsstraffung macht aus Sicht des Betreibers ja auch Sinn. Nur welche Rolle spielte dabei die Stadt Kriens? Als erstes muss hier

deutlich darauf hingewiesen werden, dass die Stadt Kriens in zwei Punkten vor allem finanziell vom Streichen von Bushaltestellen profitiert. Bis 2023 müsste die Stadt Kriens alle Haltestellen so umbauen, damit Hindernisfreiheit gewährt ist. Je nach Länge des Busses könnten Kosten von bis zu Fr. 500'000.00 pro Haltestelle entstehen. Da ist es ganz nützlich, wenn die VBL über die Frequentierung der Busse Bushaltestellen streicht. Schliesslich ist Hindernisfreiheit Bundesgesetz und so ist es doch ganz gut, wenn andere die Bushaltestellen reduzieren, welche die Stadt Kriens gar nicht bezahlen könnte. Gleichzeitig bezahlt die Stadt Kriens den Betrieb des kommunalen Busangebots ein Betrag von jährlich 2,6 Mio. Franken an die VBL. Da die Kostenberechnung wohl auch die Zahl der Bushaltestellen eingeht, wird auch hier mit einer Reduktion der Bushaltestellen weniger Geld ausgegeben. Dieser schleichende Leistungsabbau hat in Kriens beinahe schon Tradition. So wurde vor langer Zeit das Busangebot am Abend und an den Wochenenden hinauf in die Quartiere deutlich reduziert. Deshalb spazieren auf dem Krienser Sonnenberg am Wochenende oft mehr Luzerner und Luzernerinnen als Krienser und Krienserinnen, weil in Luzern der Bus auch am Wochenende noch alle 15 Minuten hinauf ins Quartier Obergütsch fährt. Was aber ist mit der Umsetzung der Verkehrskonzepte im Zentrum von Kriens und im Entwicklungsgebiet rund um den Mattenhof? Müsste da das ÖV-Angebot nicht attraktiver werden, damit trotz zunehmender Zahl von Bewohner und Bewohnerinnen der Verkehr auf den Strassen gleich bleibt? Mit diesen Fragen wird sichtbar, dass Kriens eine Grundvoraussetzung ÖV sicherstellen muss. Sonst wäre alles nur ein Papiertiger. Jetzt schaut man zur Kuonimatt und wendet den Grundsatz der ÖV-Grundversorgung der VBL an. Die Haltestellen sollen so angeordnet sein, dass niemand weiter als 500 Meter bis zur nächsten Haltestelle laufen muss. Dieser Grundsatz ist fürs Quartier Kuonimatt schon mal nicht mehr erfüllt, wenn alle drei Haltestellen der Buslinie 16 gestrichen werden. Der Grundsatz ist nur dann erfüllt, wenn die Bushaltestelle Busschleife Kuonimatt erhalten bleibt, weil sie exakt in der Mitte des Quartiers liegt. So kann die Distanz von 500 Metern eingehalten werden. Auch gut ist, dass genau diese Bushaltestelle der Stadt Kriens gehört und also keine gravierenden Probleme entstehen, wenn sie auf hindernisfrei umgebaut wird. Übrigens würde auch die Schule profitieren, da regelmässig Klassen hinauf zum Krauer für den Schwimmunterricht fahren. Auch die Musikschule profitiert, da auch viele Jugendliche regelmässig mit dem Bus zum Schappe Kulturquadrat hinauf und wieder hinunterfahren. Da wäre noch offen, wer den Umbau der Haltestelle Busschleife Kuonimatt bezahlen soll. Weil sich das ÖV-Angebot am Mattenhof als Folge der hohen Verdichtung der Siedlung stark verändert hat, muss auch darauf geachtet werden, dass die ÖV-Grundversorgung im Quartier Kuonimatt erhalten bleibt. Für Michael Portmann wäre also der Umbau der Bushaltestelle ein klarer Fall für den Fond mit der Mehrwertabgabe mit dem Zweck, die Folgen der Verdichtung nach innen zu dämpfen. Er dankt für die Unterstützung beim Überweisen.

Für Hans Fluder, SVP-Fraktion, gibt es noch einige ungeklärte Fragen, die zuerst abgeklärt werden müssen, bevor man Schlüsse zieht. Zum Beispiel: Was sagt die Strassengenossenschaft, welcher die Bushaltestellen Kreuz – und Rosenstrasse gehört? Ist diese Genossenschaft bereit Fr. 800'000.00 für die Erhöhung der Haltekannten von 22 cm zu bezahlen? Wie der Postulant beschreibt, käme für die Stadt Kriens nur noch die Busschleife Kuonimatt für den Umbau der Haltestelle und dessen Finanzierung in Frage. Wie im KriensInfo in der November-Ausgabe zu lesen war, verkehrt die Buslinie 14 von Kriens Nidfeld an den Bahnhof Luzern ab dem Fahrplanwechsel vom 13. Dezember 2020 bereits auch schon frühmorgens häufiger. Auch die Buslinien 16 und 21 von der Krienser Busschleife fahren bereits einige Wochen direkt zum neuen Bahnhof Kriens Mattenhof. Wäre es nicht besser abzuwarten, bis die Pilatus-Arena gebaut ist? Der Sprechende kann sich gut vorstellen, dass die Busfahrpläne in dem sehr bewohnten Gebiet noch einige Male angepasst werden müssen.

Die FDP-Fraktion opponiert laut Daniel Rösch der Überweisung des Postulates. Sie kann nachvollziehen, dass das Kuonimatt Quartier mit den Massnahmen des ÖV Konzepts «AggloMobil4» bedingt zufrieden ist. Nichtsdestotrotz kann sie auch die Haltung des VVL nachvollziehen. Es ist nicht so, dass das Kuonimatt-Quartier durch den Wegfall der dortigen Bushaltestellen, komplett vom ÖV abgeschnitten wird. Denn das Quartier ist mit mehreren gut erreichbaren ÖV-Haltestellen umschlossen und kann auch vom Bahnhof Mattenhof profitieren, welcher sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe befindet. Diesen

Luxus haben die meisten anderen Quartiere in der Stadt Kriens nicht. Darüber hinaus fragt sich die FDP-Fraktion, ob es aus Sicht der Verkehrssicherheit und Verkehrslärmlinderung noch weiterhin verantwortlich ist, grosse und schwere Verkehrsmittel wie Busse durch die Rosenstrasse zu führen. Denn die Platzverhältnisse dieser Strasse sind sehr eng, so gibt es beispielsweise nicht einmal ein Trottoir. Auch das Kreuzen von entgegenkommenden Fahrzeugen, geschweige wenn einem ein Bus entgegenkommt, gestaltet sich auf den engen Platzverhältnissen der Rosenstrasse eher suboptimal. Vielleicht müsste man in Kriens auch auf innovative Alternativen setzen. So wird beispielsweise aktuell in der Stadt Zürich ein digitaler Rufbus getestet. Damit ist es möglich den Bus bzw. ein Kleinbus über eine App auf Abruf bzw. «On-Demand» zu bestellen. So wurden in Zürich zusätzliche Haltestellen ohne bauliche Massnahmen definiert. Daniel Rösch denkt, dass dies ein Modell ist, welches sich auch in Kriens, insbesondere im Kuonimatt-Quartier, etablieren könnte.

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist die CVP/JCVP-Fraktion ebenfalls für eine Überweisung des Postulats. So bekommt der Stadtrat die Möglichkeit aufzuzeigen, ob bei der Busschleife Kuonimatt eine Chance besteht, diese zu erhalten. Sollte der Bericht aufzeigen, dass dem nicht so ist, so besteht damit immerhin die Chance der Erklärung. Sie ist gespannt auf diesen Bericht.

Michael Portmann, SP-Fraktion, möchte zusätzlich darauf hinweisen, dass dieses Anliegen von sehr vielen Menschen im Quartier kommt und nicht von ihm alleine. Im Quartierverein und mit weiteren Gruppen hat man intensiv über die Buslinie diskutiert, welche eventuell einmal fehlen könnte. Es wurden mehrmals Unterschriften gesammelt und mindestens eine Umfrage zeigt, dass alle Befragten froh um den Erhalt der Buslinie im Quartier sind. Es gibt schon ein kleines Problem, wie es Hans Fluder angesprochen hat. Die Haltestellen an der Rosen- und Kreuzstrasse gehören zwei Strassengenossenschaften, welche den Umbau für die Hindernisfreiheit selber berappen müssten. Ob diese Strassengenossenschaften dies wirklich wollen, weiss er nicht. Er glaubt nicht, dass dies erhoben wurde. Gleichzeitig muss man aber auch feststellen, dass an allen vier Standorten dieser Haltestellen bei den Strassengenossenschaften der Platz für eine Erhöhung des Trottoirs auf 21 cm viel zu knapp bemessen ist und zum Teil auch fehlt. Denn momentan wird bei der Einfahrt zu einem Haus ausgestiegen. Dort wird man keine Kante erstellen, denn sonst kann man mit dem Auto nicht mehr zum Parkplatz fahren. Es ist einzig bei der Bushaltestelle Kuonimatt überhaupt genügend Platz vorhanden, um den Umbau auf Hindernisfreiheit zu machen. Michael Portmann findet es richtig, man müsste endlich auch mit den Strassengenossenschaften sprechen, weil über deren Strassen fahren die Busse. Trotzdem findet er es wichtig, dass eine Haltestelle in der Mitte des Quartiers erhalten bleibt. Die Schule von Kriens ist selbst darauf angewiesen, damit die Kinder den obligatorischen Schwimmunterricht im Krauer besuchen können. Diese Grundversorgung muss angeboten werden können. Im Moment müssten die Schulkinder relativ weit laufen, bis zum nächsten Bus. In Richtung Ringstrasse fehlen die Wege. Es ist ein Industriequartier rund um den Media Markt. Dort sind sehr wenige Trottoirs und deshalb ist es nicht sicher. Wenn man zum Mattenhof läuft, sind es 800-900 Meter. Das sind deutlich mehr, als die Grundversorgung eigentlich sein müsste. Für den Sprechenden zeigt sich deutlich, dass man auch mehr mit den Menschen im Quartier und den Quartiervereinen sprechen muss, statt sie erst in der Vernehmlassung der VBL darauf hinzuweisen, dass man noch etwas hätte sagen können. Er dankt für die Unterstützung der Überweisung.

Maurus Frey möchte eines vorwegnehmen. Der Stadtrat möchte nicht profitieren. Er erzielt auch keinen nachhaltigen Gewinn oder Zuwachs der Reserven dadurch, dass weniger Bushaltestellen finanziert bzw. weniger Leistungen erbracht werden müssen. Agglo-Mobil-4 ist eine der Grundursachen. Seit seinem Amtsantritt hat er sich mit dieser Agglo-Mobil-4-Frage auseinandergesetzt. Er sah, welche Verhandlungen stattfand. Der Stadtrat hat sich schon immer für eine leistungsstarke und gute ÖV-Anbindung auch vom Kuonimatt-Quartier eingesetzt. Man darf auch nicht Agglo-Mobil-4 verteufeln. Man hat eben auch Angebotssteigerungen, gerade auch am Sonntag für auf den Sonnenberg. Die Linie

vom Bahnhof her über den Sonnenberg wird man erweitern können und gibt eine Attraktivitätssteigerung für den ÖV. Auf der anderen Seite gibt es auch Nachteile, nämlich die Umlegung der Verkehrslinie im Kuonimatt, welche früher durchs Herz des Quartiers ging und nun neu aussen herumgehen soll. Das ist sicher bitter und nicht im Sinne derjenigen Personen, welche dieses ÖV-Angebot tagtäglich nutzen oder darauf angewiesen sind. Der Stadtrat beantragt das Postulat zu überweisen. Er möchte an diese Fragestellung nochmals herangehen und sicherte den betroffenen Bewohnern zu, dass man darum bemüht ist, sei es durch die Bushaltestellenslösung der Pilatus-Arena oder mit der Option der Wendung der ehemaligen Kuonimatt-Bushaltestelle. Der Stadtrat möchte dies entgegennehmen und die Fragestellung prüfen unter Rücksichtnahme aller Planungen und Faktoren. Dazu gehört auch eine Immobilienstrategie, welche am Laufen ist, die aussagen soll, wie mit welchen Ländereien zu verfahren gilt. Der Sprechende findet es ausgefuchst die Regel des VVL direkt noch einmal anzuwenden. Das ist sicher keine schlechte Ausgangslage für Verhandlungen mit dem Betreiber des ÖV's. Der Blick dahin, dass wenn man wieder eine Kuonimatt-Busschleife hat, dann wäre man wieder 15 Jahre zurück, wie es der Sprechende als kleiner Schüler kennt. Wenn dies die beste Lösung für eine effiziente und gute ÖV-Anbindung für dieses Quartier ist, dann möchte er das versuchen zu realisieren. In diesem Sinne beantragt der Stadtrat die Überweisung des Postulats.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Portmann: Wie könnte die Haltestelle «Buschleife Kuonimatt» weiterhin im ÖV-Angebot der Stadt Kriens erhalten bleiben? (Nr. 004/20)

Das Postulat wird mit 17:10 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja

Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

10. Postulat Solari: Verlängerung der Badesaison

Nr. 005/20

Gemäss Tomas Kobi opponiert der Stadtrat der Überweisung dieses Postulats.

Simon Solari dankt dem Stadtrat für die Begründung seines Postulats und den mitgelieferten Zahlen der Eintritte im Corona-Jahr 2020. Die Antwort hat ihn gelinde gesagt, erstaunt. Er zitiert den ersten Satz der Begründung: «*Das Parkbad Kriens ist grundsätzlich jeweils bis zum eidgenössischen Buss- und Betttag geöffnet.*» Wenn dies die letzten vier Jahre wirklich so gewesen wäre, hätte er doch den Vorstoss gar nicht eingereicht. Er ist sich sicher und hat sich das zusätzlich durch regelmässige Badebesucherinnen und Badebesucher mit Saisonkarte der vergangenen Jahre bestätigen lassen, dass mind. die letzten vier Jahre die Badi immer eine Woche vor dem Betttag geschlossen wurde. Auch wenn in der darauffolgenden Woche noch Badewetter herrschte. Auch von den in der Antwort aufgeführten Vorbereitungen, die in den letzten Jahren getroffen wurden, damit die Badesaison um eine Woche verlängert werden kann, wurde nichts bemerkt. Im Gegenteil, die Badi wurde routinemässig eine Woche vor Betttag geschlossen, egal was für Wetter herrschte. Auf die in der Beantwortung gemachten Einnahmen, die belegen sollen, dass die Diskrepanz zwischen Aufwand und Ertrag zu hoch war, möchte er nicht näher eingehen. Einzig ist es ihm schleierhaft, dass 55 Eintritte bzw. 90 Eintritte lediglich Fr. 69.95 bzw. Fr. 185.35 generierten, auch wenn noch ein paar Eintritte auf das Konto der Beach-Volleyballer gehen. Der Sprechende hofft doch sehr, dass an anderen Tagen die Badegäste ein bisschen mehr als den durchschnittlichen Preis von Fr. 1.76/pro Eintritt bezahlt haben. Waren doch am letzten Tag vor der Schliessung 584 Eintritte zu verzeichnen, was dem zweitbesten dreistelligen Resultat in den Monaten August und September entspricht. Auch wenn das Postulat vom Stadtrat abgelehnt wurde, freut er sich, dass er seinem Anliegen, die Badi bis am Betttag geöffnet zu haben, schon lange entsprochen hat. Mehr hat er im Postulat nicht gefordert. Simon Solari freut sich deshalb, dass die Krienserinnen und Krienser bei entsprechendem Wetter nächstes Jahr bis am 19. September baden können. Wäre dies die letzten mind. vier Jahre möglich gewesen, wie dies in der Antwort des Stadtrates ausgeführt wurde, hätte es gar keinen Vorstoss gebraucht.

Michèle Binggeli bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulates und das zu Verfügung stellen der genauen Eintrittszahlen. Anhand dieser und den detaillierten Ausführungen, ob die Badesaison verlängert wird bzw. aus welchen Gründen dies nicht der Fall ist, ist für sie gut nachvollziehbar. Sie hat aber nicht überprüft, ob in den letzten vier Jahren die Öffnung tatsächlich so stattgefunden hat. Scheinbar war das aber nicht der Fall, was sie irritiert. Sie hofft, dass es zukünftig tatsächlich so ausgeführt wird, wie es in der Beantwortung auch geschrieben ist. Schliesslich soll eine Verlängerung der Badesaison bzw. künftig der Entscheid über eine Verkürzung dieser, aufgrund von betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgen. Der im Jahre 2020 getroffene Entscheid, die Badesaison nicht zu verlängern, war anhand der Eintrittszahlen sicher richtig. Von diesen 55 resp. 90 Eintritten haben die Beachvolleyballer sicherlich viel ausgemacht. Damit sind vielleicht auch die geringen Einnahmen zu erklären. Diese Flexibilität beim Entscheid sollte die Badi auch in Zukunft haben. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die Ablehnung des Postulates bzw. die bereits erfolgte Erledigung.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Michèle Albrecht beim Postulant für den Vorstoss. Auch sie erachtet das Begehren grundsätzlich als prüfenswert, aber nicht als berichtswürdig. Es gilt dabei schlicht Kosten und Aufwand zu klären. Mit den nun vorliegenden Ausführungen des Stadtrates ist in

ihren Augen alles geklärt und betriebswirtschaftlich belegt. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt also den Antrag des Stadtrates zur Ablehnung des Postulats und betrachtet das Anliegen auch als erfüllt.

Kathrin Gut, SP-Fraktion, findet dies auf den ersten Blick eine gute Idee. Jedoch steht in der Beantwortung des Stadtrats, dass eine gewisse Flexibilität schon gegeben ist. Das Verhältnis Kosten und Eintritt sind bei einer Verlängerung jedoch in einer Schieflage und machen betriebswirtschaftlich keinen Sinn. Somit ist die SP-Fraktion für Ablehnung.

Simon Solari hat nicht mehr viel zu ergänzen, denn es wurde alles gesagt. Er freut sich am 19. September 2021 mit dem Stadtrat Roger Erni in der Badi etwas zu Trinken. Er zieht somit sein Postulat zurück

Räto Camenisch findet es schon sehr unüblich, dass man einen parlamentarischen Vorstoss laufen lässt und diesen vor der Abstimmung zurückgezogen wird. Aus seiner Sicht ist dies nicht korrekt. Er ist ein alter parlamentarischer Hase und hat dies noch nie erlebt. Es ist möglich Vorstösse in einer Frühphase zurückzuziehen. Er möchte gerne vom Stadtschreiber hören, was er dazu meint.

Laut Raoul Niederberger mag dies durchaus unüblich sein. Er hat dies auch noch nie erlebt. Solange es nicht gegen die Geschäftsordnung des Einwohnerrates verstösst, sieht er darin kein Problem. Vielleicht kann der Stadtschreiber kurz darüber aufklären.

Guido Solari führt aus, dass es genau so ist, wie Raoul Niederberger gesagt hat. In der Geschäftsordnung des Einwohnerrates ist dies nicht geregelt. Ergo ist es zulässig, dass man einen solchen Vorstoss zurückziehen kann.

11. Postulat Niederberger: Übergeordnete Planung in den stadträtlichen Vorlagen Nr. 006/20

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Raoul Niederberger hat seine Begründung für die Einreichung dieses Postulats bereits im Vorstoss hinterlegt. Es macht Sinn, dass der Einwohnerrat weiss, auf welchen übergeordneten Vorlagen sich die Bericht und Anträge abstützen. Man kann dann auch einfach nachschauen, ob dies den übergeordneten Zielen entspricht, wie beispielsweise dem Legislaturprogramm. Das ist auch gar nichts unübliches. Wenn man sich die Bericht und Anträge des Kantonsrates zu Gemüte führt, ist das auch immer enthalten. Das Gleiche gilt in der Stadt Luzern. Das vereinfacht den Parlamentsbetrieb. Es kam ab und an zu Diskussionen, als gesagt wurde, dass man es besser machen muss. Dann musste der Stadtrat lange aufklären, warum er das so gemacht hat bzw. in welchem Strategiepapier oder Konzept dies festgehalten ist. Solche Missverständnisse und Diskussionen können in Zukunft vermieden werden.

Martin Zellweger von der SVP-Fraktion, muss ganz ehrlich sagen, der Inhalt des Vorstosses findet er hervorragend. Ja, er war sogar begeistert von der Idee. Das Postulat fordert eigentlich was selbstverständlich ist. Er würde sogar noch weitergehen und es könnte sich ja mal ein Lehrling die Mühe nehmen auf einem A3 Blatt sämtliche Konzepte der Stadt aufzuzeichnen und deren Abhängigkeiten darzustellen. Aber braucht man dazu einen politischen Vorstoss eines Volksvertreters? Und man erwartet dazu noch in einem Bericht die Ausführungen des Stadtrats. Und der gesamte Einwohnerrat hat darüber zu diskutieren und zu befinden. Seine Meinung ist klar Nein. Da muss es doch andere Wege geben. Bitte bringt solche Anliegen doch in den Kommissionen auf den Tisch. Dazu sind sie da. Dieser Weg ist viel effizienter und es geht viel schneller. Das Postulat ist doch der falsche Weg. Damit muss der Stadtrat nur prüfen, man möchte aber, dass er es «macht». Aus diesem Grund plädiert der Sprechende für eine Ablehnung des Vorstosses. Er ist gerne bereit dies in der KFG zu traktandieren. Oder Raoul Niederberger kann dies in seiner Kommission aufnehmen. Wie gesagt ist es inhaltlich top, aber aus seiner Sicht nicht auf diesem Weg.

Die FDP-Fraktion findet laut Beat Tanner das Anliegen richtig und wichtig. So wird bei den Vorlagen besser ersichtlich, um welche Legislaturziele und Massnahmen es sich handelt. Das heisst aber nicht, dass bei Grundaufträgen ohne Legislaturprogramm oder Massnahmen Vorlagen an das Parlament nicht eingereicht werden dürfen. Ob es dafür einen Bericht braucht, bezweifelt die FDP-Fraktion. Vielleicht kann man auch sagen, dass wenn alle damit einverstanden sind, der Postulant dies zurückzieht und es trotzdem eingeführt wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion wird gemäss Andreas Vonesch den Vorstoss unterstützen. Sie hat keine Mühe mit diesem Vorstoss, denn manchmal braucht es Anschubhilfe. Raoul Niederberger hat diesen legitimen Weg gewählt. Wie der Postulant begründet, ist es für die Einwohnerratsmitglieder, aber auch für den Stadtrat eine sinnvolle Verbesserung, wenn man zukünftig stadträtliche Vorlagen mit übergeordneten Zielen und Vorgaben verlinken kann. Und wenn der Stadtrat schon bereit ist, dies zu tun, umso besser.

Laut Bettina Gomer-Beacco war es für die SP-Fraktion nicht einmal ganz klar, warum es dies bis anhin nicht gab. Wenn man weiss, auf welchen Konzepten solche Vorlagen beruhen, weiss man auch, welche Geschäfte nie oder zu wenig Beachtung finden und bei welchen ein Vorwärtskommen sichtbar ist. So wird sichtbar, welche Legislaturziele erreicht werden oder eben nicht. Es bringt Ordnung und Struktur und somit weniger Diskussionen und wäre eine Erleichterung für alle im Rat. Ob es besser gewesen wäre, dies in die Kommission einzubringen, vielleicht. Die SP-Fraktion unterstützt jedoch das Anliegen auf dem gewählten Weg von Raoul Niederberger.

Raoul Niederberger wird sein Postulat nicht zurückziehen. Er dankt für die wohlwollenden Worte. Er kann verstehen, dass man über das ergriffene Mittel streiten kann. Vielleicht hat er mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Es ist ein wichtiges Anliegen, weshalb er daran festhalten möchte. Vielleicht gibt es dann auch nur einen kurzen Bericht, dass der Stadtrat dies nun so macht. Sei es darum, aber dann ist es deponiert. Ein anderes Mittel kam ihm nicht in den Sinn. Man hätte es vielleicht über die Kommission machen können. In Zukunft wird er sich das im Hinterkopf behalten.

Christine Kaufmann-Wolf meint, dass der Stadtrat dies selbstverständlich sehr gerne entgegennimmt. Für den Stadtrat ist logisch, dass wenn zukünftig Berichte unterbreitet werden, dass er darauf hinweist, auf welchen Konzepten oder welcher Basis diese kommen. Dies hat mit Transparenz zu tun. Aber so kann sich der Stadtrat auch an etwas orientieren und aufzeigen, woran er sich orientiert. Der Bericht wird vielleicht etwas kurz ausfallen, aber es wird aufgezeigt, wie dies umgesetzt wird. Daher ist der Stadtrat bereit dies entgegenzunehmen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Niederberger: Übergeordnete Planung in den stadträtlichen Vorlagen (Nr. 006/20)

Das Postulat wird mit 24:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Enthaltung
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Enthaltung
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Enthaltung
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

12. Motion Camenisch: Ergänzung Art. 38 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates**Nr. 310/20**

Gemäss Tomas Kobi opponiert die Geschäftsleitung des Einwohnerrates der Überweisung dieser Motion.

Rätö Camenisch stellt fest, dass leider schon ein Zwang mit dem Regime des Rednerpults besteht. Man hat sich mittlerweile schon etwas daran gewöhnt. Doch muss man sich Gedanken darübermachen, wie man es nach der leidigen Corona-Situation machen will. Will man das alte Regime wieder-

einführen oder so belassen. Die Geschäftsleitung hat dies offenbar im August auf die Schnelle beschlossen und gesagt, dass dies bis im Juni so durchgeführt wird. Immerhin ist es richtig, dass der Einwohnerrat darüber spricht. Es hat beides Vor- und Nachteile. Seiner Meinung überwiegen die Nachteile. Man muss nach vorne laufen, die Leute klammern sich mehr an ihre Zettel, es wird mehr statisch geredet, vorbereitet und deshalb auch doppelt gesprochen. Die Spontanität eines kleinen Parlaments ging verloren. Früher wurde diskutiert, man echauffierte sich und konnte sich gleich am Platz zu Wort melden. Dies war auch im Kantonsrat so, aber aufgrund von Corona wurde auch ein Rednerpult eingeführt. Wie es dort weitergeht, weiss der Sprechende nicht. Aber in Kriens kann man dies einmal entscheiden. Was hat der Sprechende eigentlich gefordert? Er möchte eigentlich nur, dass in Zukunft das alte System wiedereingeführt wird, aber man Ausnahmen für solche Situationen wie jetzt gestalten kann. Die Geschäftsleitung darf dies nicht einfach fixieren. Irgendwann haben die Generationen in diesem Rat so gewechselt, dass dies einfach selbstverständlich ist. Dann bleibt es einfach so. Es ist richtig, dass der Einwohnerrat darüber reflektiert und überdenkt, was das Parlament machen muss. Denn man muss zusammen reden, möglichst kurz und einfach, damit man sich austauschen kann, um gute Lösungen zu erarbeiten. Im Grund genommen ist es gar nicht so wichtig, in welcher Art man mit dem Mikrofon umgeht. Man musste es nun einfach so machen. Vorher war es Jahrzehnte lang anders. Immerhin ist es richtig, darüber zu reden.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Raoul Niederberger gegen eine Überweisung der Motion. Nicht weil sie generell gegen das Anliegen des Motionärs ist. Indes ist es für sie nicht der richtige Zeitpunkt, um bereits wieder über den Einsatz des Rednerpults zu diskutieren. Abgesehen von den momentan geltenden Hygienevorschriften, möchte die Grüne/GLP-Fraktion mehr Erfahrung mit dem Einsatz des Rednerpults sammeln. Die Gefühle sind noch gemischt. Bis anhin ist der Einsatz des Rednerpults in der Grüne/GLP-Fraktion durchaus positiv zur Kenntnis genommen worden. Die Diskussionen wirken strukturierter und der Ratsbetrieb erscheint effizienter. Die Grüne/GLP-Fraktion steht für eine lebendige Diskussionskultur ein und hatte deshalb u.a. auch die Motion Graf, Nr.188/19 zur Redezeitbeschränkung abgelehnt. Sie ist gerne bereit zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal über das Ansinnen des Motionärs zu diskutieren.

Gemäss Beat Tanner unterstützt die FDP-Fraktion die Meinung der Geschäftsleitung. In der momentanen Situation ist das Rednerpult sowieso gegeben und man kann weitere Erfahrung sammeln. Zum anderen wird die Geschäftsleitung im Sommer noch einmal darüber diskutieren. Alle Fraktionen sind jeweils durch ein Mitglied in der Geschäftsleitung vertreten. So können dann auch die Meinungen mitgegeben werden, damit die Geschäftsleitung beschliessen kann.

Die CVP/JCVP-Fraktion folgt laut Andreas Vonesch dem Antrag der Geschäftsleitung auf Ablehnung der Motion. In der Zeit mit Corona hat sie sich nach anfänglicher Skepsis gut an das neue Format der Einwohnerratssitzung mit dem Rednerpult gewöhnt. Sie kann daraus keine grossen Nachteile erkennen. Der Argumentation des Motionärs bezüglich vorbereiteter und statischer Vorträge kann die CVP/JCVP-Fraktion nicht folgen, denn bereits vorher wurden die Voten meistens abgelesen. Auch dass der Zeitbedarf wegen den Verschiebungen zunimmt, sieht sie nicht so. Die CVP/JCVP-Fraktion stellt eher fest, dass diese Zeit durch weniger Einzelsprecher kompensiert wird. Momentan ist zudem eine Rückkehr zum alten Format sowieso nicht umsetzbar. Dass nun die Geschäftsordnung des Einwohnerrates ergänzt werden soll, obwohl man sich noch in einer Testphase befindet, erachtet sie als übereilt. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst aber den Vorschlag, dass im Sommer 2021 eine Auswertung stattfindet und erst dann ein Entscheid getroffen wird.

Erich Tschümperlin ist ein Verfechter der Mikrofone am Tisch. Die Diskussion war zwar lebendiger, aber nicht effizient. Der Einwohnerrat ist ein Parlament und es ist wichtig, dass man seine Meinung loswird. Das ist heute etwas schwieriger. In der momentanen Situation ist das überhaupt kein Thema.

Die Regel gilt bis am 22. Juni 2021 und danach ist diese wieder hinfällig. Danach sollte es einen Entschluss des Einwohnerrates geben. Er glaubt nicht, dass die Geschäftsleitung einfach so entscheiden kann. Die Geschäftsleitung bildet nicht die Mehrheit des Einwohnerrates ab. Darum muss der Gesamteinwohnerrat entscheiden. Er denkt, dass dies auch so vorgesehen ist. Bevor man zu diesem Regime übergeht, braucht es vermutlich nochmals einen Vorstoss. Heute darüber abzustimmen, um die Geschäftsordnung zu ändern, ist nicht zielführend und auch nicht der richtige Zeitpunkt. Dass dies im Einwohnerrat diskutiert werden muss, ist seiner Meinung nach klar. Dann wird man sehen, was herauskommt.

Raphael Spörri verzichtet darauf den Wortlaut der Geschäftsleitung nochmals wiederzugeben. Er nimmt entgegen, dass die Geschäftsleitung dies nach der genannten Frist nochmals diskutiert. Es soll ein Vorschlag ausarbeitet werden, welcher dem Einwohnerrat vorgelegt wird, damit das mit allen diskutiert werden kann.

Räto Camenisch sieht nach den Erklärungen der Geschäftsleitung sein Anliegen als erfüllt, denn die Geschäftsleitung will im Juni einen Vorschlag vorbereiten und dieser wird danach im Einwohnerrat diskutiert. Deshalb zieht er seine Motion jetzt zurück.

13. Bericht Postulat Vonesch: Weitsichtige Planung - Nähwärmeverbund mittels Waldholzschnitzelheizung für das Gebiet Grossfeld/Hofmatt/Krauer und allenfalls Schlossliegenschaften

Nr. 262/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt. Im Bericht steht jedoch irrtümlicherweise, dass es eine Abstimmung gibt.

Andreas Vonesch dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seines Postulats. Detailliert wird im Bericht die momentane Situation rund um die angeschlossenen Gebäulichkeiten, der Versorgungsart und dem Energieverbrauch dargestellt. Diese Zahlen sind sehr hilfreich, geben sie doch einen Überblick über das Potenzial, das eine neue Heizanlage für das Gebiet hat. Sein Postulat zielte eigentlich auf zwei Punkte. Der erste war das Bewusstsein, dass Einzellösungen möglicherweise nicht mehr den heutigen energetischen und technischen Standards für die Abdeckung des Wärmebedarfs für mehrere Gebäudekomplexe entsprechen. Wärmeverbünde bieten dazu einige Vorteile, die er in seinem Postulat bereits erwähnt hat. Zu diesem Punkt gibt der Bericht plausible Antworten. Dass in der heutigen Phase der Planung noch keine konkreten Aussagen gemacht werden können und verschiedene Varianten zuerst geprüft werden, ist verständlich. Andreas Vonesch möchte hier aber an den Zeitfaktor appellieren. Denn schon einmal, Stichwort Schulhaus Obernau, musste eine Heizung subito ersetzt werden, ohne dass vertiefte Abklärungen über einen möglichen Wärmeverbund möglich waren. Der zweite Punkt aus seinem Postulat betrifft die ökologische und ökonomische Seite eines Wärmeverbundes durch Waldholzschnitzelheizungen. Auch dazu gibt es überzeugende Argumente, die er im Postulat aufgeführt hat und der Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt anlässlich einer Weiterbildung einleuchtend aufgezeigt wurden. Hierzu möchte der Sprechende anmerken, dass der Kanton Luzern das Förderprogramm von Holzfeuerungen von Fr. 800'000.00 auf 2 Mio. Franken aufgestockt hat. In der Luzerner Zeitung vom 18. Dezember 2020 konnte man zudem lesen, dass ein Grossteil der Gemeinde Malters bis etwa 2025/2026 durch ein Wärmenetz versorgt werden soll. Und wen erstaunt es, der Brennstoff soll aus den eigenen Wäldern stammen. Dazu wurde die breitabgestützte Genossenschaft Wärmeverbund Malters mit acht Firmen und Körperschaften gegründet. Auch wenn sich sein Postulat auf das Gebiet Grossfeld/Hofmatt beschränkt, dies aus der aktuellen Situation heraus, sieht er es nicht als Solitäre Lösung, sondern als Ansporn, sich intensiv mit der Schaffung von Wärmeverbunden auseinanderzusetzen.

zen und welche Rolle die Stadt dabei übernehmen kann. Insofern begrüsst Andreas Vonesch das Postulat von Beat Tanner sehr und dankt dem Stadtrat für das Bekenntnis, alternative Energien und auch die Erstellung von Wärmeverbunden zu fördern.

Die Grüne/GLP-Fraktion bedankt sich laut Manuel Hunziker beim Stadtrat und der zuständigen Abteilung für den aus ihrer Sicht guten und weitsichtigen Bericht. Sie dankt auch dem Postulanten für das Aufbringen dieser wichtigen Frage. Besonders gefallen hat ihr die aktive Zusammenarbeit über die Departemente hinaus. Einerseits sind die Immobilien drin und auf der anderen Seite ist eine gewisse Energieplanung dahinter, was aus einem anderen Departement kommt. Das ist in diesem Bereich unglaublich wichtig. Auch schön zu lesen ist, dass man beginnt ganz andere Sachen zu berücksichtigen, wie der künftige Gebäudestandard. Man baut nicht einfach eine Heizung ein, sondern beginnt sich zu überlegen, was das Haus morgen braucht. Man schaut, was vor Ort zur Verfügung steht und was am meisten Sinn macht. Im Moment geht es unglaublich schnell vorwärts und wenn man ein solches Haus nach modernem Standard baut, kann diese Heizung erstaunlich klein sein. In einem solchen Haus gibt es viele Abwärmequellen, welche genutzt werden können. Beispielsweise ist es die Küchenabluft, welche man nutzen kann. Wichtig ist, dass man sich solche Sachen überlegt, bevor man vor dem Ersatz einer Heizung steht. Beim vorliegenden Postulat ging es um Holzschnitzel, was in letzter Zeit viele Vorstösse dazu gab. Man muss jedoch differenzierter schauen, wie es die Verwaltung macht. Der Fächer soll offengehalten und alles angeschaut werden, was vorhanden ist. Warum ist der Grüne/GLP-Fraktion dies wichtig. Im Moment ist Holz in Mode gekommen und wird von vielen Seiten gehypt. Je nach Einsatzgebiet auch vom Sprechenden selbst. Holz ist aber nicht das eine Ding. Es ist ein unglaublich gutes Marketing, welches für Holz läuft, denn es ist ein lokaler Rohstoff und ist absolut berechtigt. Holz ist aber nicht das Wundermittel, genau so wenig wie es Wärmepumpen sind. Alle heutigen Technologien sind nicht CO₂ neutral, was sie aber auch gar nicht sein können. Die Energie muss ja irgendwie bereitgestellt werden. Erneuerbare Energien müssen irgendwie produziert werden. Das Holz muss mit der Motorsäge gesägt, aus dem Wald geholt und transportiert, gehäckselt und gestampft werden etc. Bei kleinen Häusern darf man hineinstellen und rauslassen, was man will. Allerdings ist es vor allem bei grossen Feuerungen das Problem, dass es Vorschriften bezüglich Abluft gibt. Dann wird eine solche Heizung schnell einmal teuer, wenn man dann noch den Feinstaub rausholen muss, weil die polzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe krebserregend sind. Weiter sind da noch Methan und Lachgas. Das sind sehr grosse Apparate, wie eine grosse Holzfeuerung. Diese muss unterhalten und betrieben werden, was man nicht unterschätzen darf. Der dritte Punkt ist die lokale Wertschöpfung, was auch gut ist. Diese wird in Zukunft zwangsläufig kommen, weil die Industrie wird erneuerbar heizen müssen, was sie auch will. Da kommen Fabriken, welche so viel Wärme brauchen, wie die Stadt Kriens. Dort gibt es leider keine Alternative zu Holz oder Biogas. Wenn so grosse Player kommen und das Holz kaufen, wird der Preis irgendwann auch steigen. Dann ist die Frage, wie günstig so etwas ist. Manuel Hunziker ist überhaupt kein Gegner von Holz, wie es das letzte Mal vielleicht rüberkam. Es kommt aber darauf an, für was man das Holz einsetzt. Holz ist wie Erdöl oder Erdgas, nämlich ein hochwertiger Energieträger. Dieser wird in Zukunft auch seinen Stellenwert haben, der auch gross sein wird. Jeder der Wald hat, wird darüber glücklich sein. Nichtsdestotrotz geht es nun darum Wärme herzustellen, um ein Haus zu beheizen. Das ist einfach keine wertige Wärme. In einem Neubau werden vielleicht noch 30 Grad gebraucht und dafür gibt es eine ganze Reihe anderer Technologien, welche in Betracht kommen. Diese sind vor allem im Unterhalt wesentlich günstiger. Darum begrüsst es die Grüne/GLP-Fraktion sehr, dass man dies ganz differenzierter anschaut, anscheinend ein Plan vorhanden ist und ein Konzept in den Köpfen der Leute mitschwebt. Es ist ihr besonders wichtig, was sie auch unterstützt, dass man sich diese Gedanken macht. Weil wenn man sich diese macht, kommt es am Schluss nicht so darauf an, welche Heizung dort drin ist. Ob dies dann monovalent mit einer Heizung ist oder mit 2-4 verschiedenen Typen ist und ob man fünf Gebäude daran hängt oder nur eines. Dies ist schlussendlich nicht so wichtig, sondern, dass man es anschaut und begründet. Dann trifft man meistens eine gute Wahl, auch wenn diese vielleicht nicht perfekt ist. Das ist schön, dass man lesen konnte, dass Überlegungen gemacht werden.

Gemäss Hans Fluder, SVP-Fraktion, werden die Anlagen Grossfeld, Hofmatt und Krauer zurzeit mit einer Gasheizung betrieben. Diese Heizung ist zwanzig Jahre alt und muss in den nächsten Jahren ersetzt werden. Wie der Postulant beschreibt, ist eine Schnitzelheizung eine gute Alternative für umweltfreundliches heizen. Auf dem Markt preisen diverse Anbieter sehr gute Schnitzelheizungen an. Die Stadt Kriens hat eigenen Wald und aus diesem könnte man die Schnitzel herausholen und damit für warme Räume sorgen. Auch in den Prospekten beschreibt der Hersteller die umweltfreundlichen Anlagen, die aus dem Kamin saubere Luft steigen lassen. Der Baum kann vom Stamm bis zum Ast verwertet werden. Hackschnitzel ist auch günstiger als die Pellets. Der Transport mit den Holzschnitzeln aus dem eigenen Wald ist günstiger und umweltfreundlicher als die Pellets, die mehr kosten und bei welchen die Lastwagen grössere Strecken zurücklegen müssen, bis sie am Ort sind. Holz gibt es genug in unseren Wäldern, da es jährlich in den Wäldern einen Holzzuwachs von neun bis zehn Kubikmetern gibt, das nie verbrannt wird. Die Stadt Kriens könnte so einen Beitrag leisten, die Wälder aufzuräumen und für den Waldbesucher zugänglicher und attraktiver machen.

Raphael Spörri dankt für die SP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Sie findet es wichtig und richtig, dass der Stadtrat bereits Überlegungen angestellt hat, wie er in Zukunft eine Heizstrategie angehen soll. Sie findet es wichtig, dass bei einem Neubau, Sanierung oder Projekten jeweils evaluiert wird, was die beste Möglichkeit situativ ist. Weiter ist es wichtig, nicht nur eine Heizung zu ersetzen, sondern eine energetische Gesamtanierung in Betracht zu ziehen. Was man braucht, ist eine Gesamtbetrachtung über alle Gebäude mit einer entsprechenden Etappierung. Diese Etappierung betrifft nicht nur die Finanzen, sondern auch die jeweiligen richtigen Heizarten. Es scheint, dass man gerade beim Neubau Grossfeld die Chance erhält, etwas neu anzudenken. Dabei darf einem aber nicht ein Heizsystem blenden. Es muss jeweils geprüft werden, welches System an welchem Ort am meisten Sinn macht. Und das ist ein bisschen die Krux an diesem Vorstoss. Er favorisiert bereits ein System ohne genau geklärt zu haben, ob es noch Alternativen gibt. Das Fazit lautet: Wärmeverbunde Ja, wo sie Sinn machen. Anhand des Standorts soll das «richtige» Heizsystem nach Art und Preis geprüft werden. Die beste Variante soll siegen. Zu guter Letzt möchte der Sprechende den Rat darauf hinweisen, dass die KBVU sich der Sache angenommen hat und in 3 Schritten das Thema «Heizen/Kühlen» angehen wird:

- 1. Schritt: Info zu Heizarten und Wärmeverbunde (Dies ist bereits an der Sitzung vom 12. Januar 2021 geschehen.)
- 2. Schritt: politische Diskussion zur Haltung und Meinung
- 3. Schritt: Stadtrat unterstützen seine Heizstrategie gezielt umzusetzen

In diesem Sinne ist von der KBVU noch einiges zu hören. Wie es Martin Zellweger vorgeschlagen hat, soll mehr politische Arbeit in den Kommissionen stattfinden.

Roger Erni bittet darum zu akzeptieren, dass im Vorstoss eine Waldholzschnitzel-Heisanlage gefordert wurde. Man wollte noch keine grosse Planung machen und hat deshalb das Pferd von hinten aufgerollt. Die Wenigsten haben über die Schlossliegenschaft gesprochen, welche auch zu prüfen ist. Dort ist momentan eine separate Heizung in Planung. Übers Schlössli hat man bereits ja schon zwei Mal gesprochen. Der Stadtrat dankt dem Postulanten, dass er dieses Bewusstsein geschaffen hat. Der Stadtrat wird departementsübergreifend dafür sorgen, dass die Wärmeverbunde ein Thema bleiben, gerade auch im Grossfeld. Er dankt der Grüne/GLP-Fraktion für das Votum, dass die Zusammenarbeit gespürt wird. Beim Traktandum zum Vorstoss von Beat Tanner Nr. 277/20 wird Maurus Frey sprechen, und sie versuchen aus einem Guss zu sprechen. In Bezug auf die ökologische Seite wurde das Beispiel Malers genannt. Der Sprechende möchte hier Horw bzw. See-Energie nennen. Die Röhren werden bis in den Mattenhof oder noch weiter nach oben geführt. So kann mit Seewasser ökologisch geheizt werden. Vermutlich kann dies nicht viel weiter nach oben gezogen werden, sonst braucht es wieder Pumpkraftwerke. Es wurde bereits eine Anfrage lanciert, welche der Stadtrat im Hinterkopf hat. Wenn in der Kuonimatt das Schulhaus umgebaut werden sollte, kann man dort eine Station hinstellen

und schauen, ob dies mit den privaten Häusern zusammengetan werden kann. Der Stadtrat ist gespannt und freut sich auf die KBVU-Inputs zur Heizstrategie, Umsetzung und Unterstützung des Stadtrates. So weiss er dann, was er bauen kann und muss. Der Sprechende hatte Freude an Manuel Hunziker, welcher heute das Holz nicht so gehypt hat, aber trotzdem nicht komplett dagegen ist. Beim letzten Mal dachte Roger Erni, dass Manuel Hunziker gegen Holz ist. Vielleicht sagt ihm Viktor Bienz auch noch danke. Kriens hat eigenen Wald und wenn man es einigermaßen lokal beschaffen kann, wird man dies sicher miteinbeziehen. Vielleicht gibt es einmal eine Checkliste, aber irgendwann muss man ja auch entscheiden. Jetzt ist man noch weit entfernt. Zu Beginn der Antwort steht, dass ein Ersatz ab ca. 2025 geplant ist. Für die Planung der Sanierung und den Umbau Hofmatt wurden Fr. 500'000.00 eingesetzt. Es wird geschaut, dass man ab 2026-2028 zusammen mit der Hofmatt im Zusammenspiel mit dem Grossfeld in diesem Thema etwas machen kann.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

14. Bericht Postulat M. Portmann: Familien im Zentrum

Nr. 265/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Michael Portmann wurde bei der Diskussion ums Bauprojekt des Grossfelds gesagt, dass die Nähe von Schule und Pflegeheim sehr schön ist, weil sich dort Alt und Jung begegnen können. So ist es doch auch gut, wenn eine KITA oder ein Hort im Pflegeheim selber angegliedert werden kann und so die Synergien zwischen Jung und Alt genutzt werden können. Als die Spitex vom Gebäude neben dem Schulhaus ausgezogen ist, war für ihn der ideale Standort für ein Familienzentrum klar. Dort kann eine KITA oder ein Hort untergebracht werden. Es ist alles im Zentrum vorhanden mit Parkplätzen, ausreichend Raum für Bewegung und gute Anschlüsse an den ÖV. Ideal für ein Familienzentrum, wie sie auch in anderen Städten in der Schweiz vorhanden sind. Leider hat sich rasch herausgestellt, dass das Gebäude gar nicht der Stadt Kriens gehört und die Räumlichkeiten bereits weitervermietet werden. Trotzdem fragte er sich, wie gut passt die Idee eines Familienzentrums zur Stadt Kriens. Ihn freut es sehr, dass er eine Bedarfsabklärung für die familienergänzende Kinderbetreuung anstossen konnte. Sein Fazit aus den Überlegungen des Raumbedarfs und den teilweise langen Wegen ins Zentrum ist, dass in den Quartieren sinnvollerweise ausreichend Raum für die familienergänzende Kinderbetreuung bereitgestellt wird. Schliesslich wollte der Stadtrat ja schon immer die Quartiere stärken, indem er die Schulhäuser auch als Quartiertreffpunkt sieht. So passt das Angebot von Spielgruppen dann auch nahtlos zum Angebot der Kindergärten, der Primarschule und der familienergänzenden Tagesstrukturen. Auch die Angebote zur frühen Sprachförderung fügen sich nebst dem Schulbetrieb nahtlos ein. Für kombinierte Angebote, bei welchen nicht nur die Sprachförderung der Kinder das Ziel ist, sondern auch die Eltern mitbeteiligt sind, wären Angebote im Zentrum besser geeignet. Dort ist allerdings das Angebot der Räume wirklich ein Problem, weil nur sehr wenig Raum zur Verfügung steht. Die Stadt Kriens hat sich auferlegt, dass keine Räume subventioniert werden dürfen. Dem Sprechenden missfällt diese Betonung ein wenig, dass alle Räume der Stadt Kriens kostendeckend sein sollen. Er versteht natürlich den Zusammenhang zu HRM2. Die Ausgaben müssen sehr genau angeschaut werden. Da ist er sicher auf dieser Seite. Er stellt aber umgekehrt auch die Frage, im Sinne von, dass man nicht nur sparsam mit den Ausgaben sein muss, sondern sich auch einen Überblick verschafft, wo es hingeht. Lohnt es sich vielleicht nicht auch solchen familienergänzenden Angeboten Raum zu geben? Dadurch kommen viel weniger Kinder ohne Sprachkenntnisse in den Kindergarten. Der Nutzen daraus könnte sein, dass die Kinder vergleichbar starten und dies eine Entlastung für die Lehrpersonen bedeutet. Es

äussert sich darin, dass es vielleicht weniger Burn-Outs und Ausfälle gibt. Dann braucht es auch weniger Stellvertretungen. Dies könnte ein Rattenschwanz sein und führt dann natürlich auch dazu, dass weniger Kosten entstehen. Michael Portmann ist schon klar, dass sich daraus keine Kostendeckung konstruieren lässt. Andererseits zeigen viele Studien der frühen Förderung von Kindern, dass in dieser frühen Phase die Förderung mit deutlich weniger Mitteln viel mehr bewirken kann, als wenn in der Sek. C eine Lehrstelle gesucht werden muss und gleichzeitig die Sprache und andere Sachen riesige Probleme darstellen. Der Sprechende findet den Vorschlag des Stadtrates grossartig, wenn die familienergänzende Kinderbetreuung in Kriens ein Gesicht in Form einer Anlauf- und Informationsstelle erhält. Das sich solche Stellen zur Steuerung des Angebots bewähren, sieht man auch bei der Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG). Dies ist die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund ums Alter und Gesundheit. Übrigens wäre dann auch ganz klar, dass sich alle Verantwortlichen aus allen Angeboten regelmässig zum Austausch treffen, um ihre Angebote aufeinander abzustimmen und Lücken im Angebot zu schliessen. Auch damit können Kosten gespart werden und man erhält so ein Angebot, welches effizient ist. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für den Bericht zum Postulat an die Verantwortlichen aus der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Verwaltung.

Die Grüne/GLP-Fraktion möchte sich laut Raoul Niederberger an dieser Stelle noch einmal beim Postulanten für seinen Vorstoss bedanken. Bedanken möchte sie sich auch beim Stadtrat für seinen sehr ausführlichen Bericht. Der Postulant hat bereits vieles gesagt. Ihr ist aufgefallen, dass die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Analyse einige interessante Ergebnisse zu Tage gefördert hat. Anscheinend ist der Postulant mit seinem Anliegen auf ein echtes Bedürfnis gestossen, nämlich eine zentrale Anlaufstelle für Familien. Welches Angebot eine solche Anlaufstelle bieten soll, ist eine schwierige Frage. Klar scheint aber, dass nicht sämtliche Angebote für Familien auf das Zentrum konzentriert werden sollen. Gewisse Bedürfnisse müssen in den Quartieren erfüllt werden. Ein zentraler Standort kann zu einer spontanen Nutzung eines Angebots führen, wie sich bei der Mütter- und Väterberatung gezeigt hat. Da es bereits viele Angebote gibt und eine gänzliche Zentralisierung schwierig erscheint, soll die Anlaufstelle als eine Art Triage-Stelle funktionieren. Eine solche Triage-Stelle kennt man in Kriens bereits: Die Krienser Infostelle Gesundheit (KIG). Mit dieser hat man durchwegs positive Erfahrungen gemacht. Sie hilft dabei, dass richtige Angebot an die richtige Person zu bringen. Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt deshalb das weitere Vorgehen des Stadtrates, eine solche Anlaufstelle für den Bereich Familie zu schaffen. Auf diese Weise kann auch ohne grossen finanziellen Aufwand eine grosse Wirkung erzeugt werden. Die Grüne/GLP-Fraktion ist überzeugt, dass auch die passenden Räumlichkeiten gefunden werden und freut sich auf die baldige Eröffnung der KIF, Krienser Infostelle Familie.

Gemäss Jing Vollmar, SVP-Fraktion, mag die Idee eines Familienzentrums auf den ersten Blick wünschenswert sein. Sie stimmt dem Bericht des Stadtrates jedoch zu, die Vor- und Nachteile müssen genau abgewogen werden. Das Angebot ist bereits vorhanden. Alles was kostet, aber keinen merklichen Mehrwert bietet, ist in der aktuellen Situation abzulehnen. Wenn punktuell und kostenneutral mit einem Zusammenschluss Verbesserungen erreicht werden können, ist dies klar zu bevorzugen. Ein Flyer, welcher die Familien auf die verschiedenen Angebote aufmerksam macht, könnte kosteneffizient das Gleiche bewirken.

Laut Michèle Albrecht, CVP/JCVP-Fraktion, notabene aus der Familienpartei, bedankt sich beim zuständigen Departement für den umfassenden Bericht. Es freut sie, dass bereits eine Bedarfsabklärung anhand von Fragebogen bei den rund 10 Playern der frühen Förderung durchgeführt wurde. Aufgefallen ist ihr dabei, dass die Nutzniesser, nämlich die Familien nicht berücksichtigt wurden. Die Grobanaalyse kann die CVP/JCVP-Fraktion nachvollziehen und entspricht ihren Erwartungen. Hierbei gilt es besonders zu betonen, dass die Quartierarbeit weiterhin auch unterstützt werden soll. Auch das Fazit, wobei eine Zentralisierung räumliche und finanzielle Hindernisse mit sich bringen soll, entspricht wohl oder übel der gegenwärtigen politischen Situation. Im weiteren Vorgehen begrüsst die CVP/JCVP-

Fraktion selbstverständlich die Schaffung einer Anlaufstelle zur Vernetzung der verschiedenen Institutionen. Darüber hinaus wünscht sie sich aber zusätzliche, zeitgerechte und kreative Ansätze. Neben der räumlichen Bündelung bieten sich doch digitale Räume an. Die Website bietet eine erste niederschwellige Informations-Plattform, welche übrigens schon sehr benutzerfreundlich und umfassend ist. Nur wie erreicht man die jungen Familien? Weitere digitale Instrumente eignen sich hervorragend für diese selbstbestimmte, jüngere Zielgruppe der Familien. Nach einer kurzen Recherche drängen sich dafür beispielsweise folgende Apps auf:

1. Parentu - Der Info-Push für Eltern:
Die App informiert Eltern in 13 Sprachen, damit alle Kinder in einem förderlichen und gesunden Umfeld aufwachsen können. Die App schickt alle wichtigen Informationen zur kindlichen Entwicklung via Push-Nachrichten direkt auf das Smartphone der Eltern.
2. Crossiety - Die interaktive App für Gemeinden, Städte und Regionen:
Auf dem digitalen Dorfplatz können Verwaltungen ihre Bevölkerung erreichen sowie ihren Einwohnerinnen und Einwohnern einen Ort des Austausches bieten, für ein aktives lokales Zusammenleben.

Gespannt blickt die CVP/JCVP-Fraktion also der räumlichen Anlaufstelle innert nützlicher Frist und weiteren möglichen digitalen Instrumenten für ein gelingendes und zeitgerechtes Vernetzen der Familienangebote entgegen.

Marco Frauenknecht bedankt sich im Namen des Stadtrates für das Postulat und hat dies wohlwollend entgegengenommen. Er schliesst sich bei Michael Portmann in Bezug auf die Alt- und Jung-Synergie im Zentrum an. Das ist dem Stadtrat bewusst und er möchte dies auch fördern. Man ist bereits in Zusammenarbeit mit der Immobilienstrategie daran. In Zukunft möchte man etwas anbieten können, in naher Zukunft, im Zentrum. Weiter hat sich der Stadtrat auf die Fahne geschrieben, dass er die Quartiere stärken möchte. Die Quartiere sollen die Angebote so nutzen können. Wenn man sieht, dass Kriens zehn Schulkreise und zwölf Schulhäuser hat, sieht man, dass die Familienzentren bereits existieren. Aber auf diesen Zentren muss ganz klar aufgebaut werden. Der Stadtrat kann eine Anlaufstelle unterstützen. In der Abteilung Familien und Kulturdienste wurden Strukturanpassungen vorgenommen. Man sieht, dass Familien, Kultur, Sport, Jugend und Freizeit in einem Departement zusammengeschlossen werden. So können ganz klar Synergien genutzt, die Thematik Familien im Zentrum und auch die Nutzniesser sauber abgeholt werden. Der Stadtrat sieht damit Chancen. Mit dem Postulat allein ist es natürlich nicht gemacht. Man schaut in die Zukunft, dass die Quartiere mit den vorhandenen Mitteln gestärkt werden können. Das Familienzentrum und die Anlaufstelle sollen gestärkt, sprich genutzt werden. Das ist mit der bestehenden Abteilung bereits möglich.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

15. Bericht Postulat Schwarz: Sprachliche Frühförderung in Kriens

Nr. 265/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Erwin Schwarz sind Ausgaben für Bildung oft umstritten. Die einen finden sie bringen sowieso nichts, andere meinen es wurde in den letzten Jahren bereits genug in die Bildung investiert. Aber sprachliche Frühförderung macht Sinn. Sie fördert ganz sicher die Integration der Kinder, was sich auch für ihr soziales Umfeld positiv auswirkt. Aber auch bezüglich Kosten für die Bildung erwartet er

positive Auswirkungen, wenn beispielsweise dann Deutsch als Zweitsprache nicht mehr angeboten werden muss. Einige Zahlen im Bericht des Stadtrates haben den Sprechenden aber erstaunt. Gemäss letzter LUSTAT-Auswertung hat Kriens im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich viele Ausländer und leider auch in der sozialen Unterstützung. Da müssten doch eigentlich auch überdurchschnittlich viele Kinder eine sprachliche Frühförderung in Kriens absolvieren. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Wieso man eine Warteliste von nur 3 Kindern hat, ist Erwin Schwarz auch unerklärlich. Er denkt, diese 3 Kinder hätten doch irgendwo Platz. Grundsätzlich ist er aber mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und hofft, dass die kantonale Gesetzgebung, wie im Bericht erwähnt, per August 2022 in Kraft treten wird. Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats.

Raoul Niederberger führt aus, dass die Grüne/GLP-Fraktion sich beim Postulanten für seinen Vorstoss und beim Stadtrat für die Beantwortung desselbigen bedanken möchte. Die sprachliche Frühförderung ist ein wichtiges Mittel, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu fördern und verhilft diesen zu einer grösseren Chancengleichheit, verglichen mit Kindern ohne Migrationshintergrund. Sie glaubt jedoch nicht, dass man dann auf den DAZ-Unterricht verzichten kann, weil es ja auch Kinder gibt, welche erst im schulpflichtigen Alter in die Schweiz kommen. Diese sind weiterhin auf diesen Unterricht angewiesen. Die Grüne/GLP-Fraktion begrüsst deshalb, wie die Stadt Kriens und die Volksschule Kriens den Plan des Kantons verfolgt, die sprachliche Frühförderung verbindlich zu machen. Sie ist überzeugt, dass jeder Franken, der hier investiert wird, sich später wieder auszahlt und hofft, dass die gesetzliche Anpassung tatsächlich auf den 1. August 2022 vorgenommen werden kann.

Michèle Binggeli, SVP-Fraktion, bedankt sich beim Postulanten für den Vorstoss und beim Stadtrat für die Beantwortung. Sie begrüsst es sehr, dass die sprachliche Frühförderung verbindlich im Volksschulgesetz festgelegt werden soll. Das Volksschulgesetz befindet sich zurzeit noch in der Vernehmlassung beim Kanton. Die Ergebnisse der Vernehmlassung sind deshalb abzuwarten, da sich diese wohl noch auf die Ausgestaltung der sprachlichen Frühförderung und insbesondere deren Kosten, sprich Kostenverteilung auswirken wird. Die Ergebnisse der Vernehmlassung sollen deshalb abgewartet werden. In positiver Weise stellt die SVP-Fraktion jedoch bereits jetzt fest, dass die Kosten für die Stadt Kriens mit der Gesetzesanpassung grundsätzlich sinken müssten, obwohl die Leistungen nicht abgebaut werden. Die sprachliche Frühförderung befindet sich damit ihres Erachtens auf einem guten Weg.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt laut Ursula Wendelspiess die Frühförderung klar, zumal es ja ursprünglich auch von ihr damals in den Rat gebracht wurde. Damals in ihrem Eintretensvotum sagte sie, dass die Sprache das Tor zur Welt ist. An dem hält sie heute auch noch fest. Verwundert stellt die CVP/JCVP-Fraktion fest, dass in Kriens mit einem doch sehr hohen Ausländeranteil nur 31 Kinder in der Spielgruppen Papagei sind. Ist da nicht eine grössere Nachfrage vorhanden? Wenn ja, was bedeutet dies? Auch unterstützt sie ein integratives Modell und nicht nur ein Separatives. Sie wünscht sich weiterhin grosses Engagement für dieses Thema, denn die Kosten investiert man in eine Zukunft für die Jüngsten, um denen eine Chancengleichheit zu ermöglichen und erfolgreich die Welt erobern zu können. Auch geht es nicht nur um Frühförderung für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache. Es gibt auch andere Ursachen, um mit der deutschen Sprache Probleme zu haben. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gespannt, wie in Kriens dieses Thema weiterverfolgt wird und bedankt sich jetzt schon für ein umsichtiges und engagiertes Handeln diesbezüglich.

Laut Kathrin Gut, SP-Fraktion, ist sprachliche Frühförderung zentral für Chancengleichheit. In der Stadt Kriens sind 34 Kinder auf dem Radar. Da kommt die Frage auf, ob hier alle Familien erreicht werden. Und was ist mit den Kindern auf der Warteliste? Fallen die durch die Maschen? Ab 2022 muss die Stadt Kriens den wahren Bedarf erfassen und ein passendes Angebot anbieten. Im ganzen Kanton Luzern besuchen 363 Kinder auf 409'000 Einwohner und Einwohnerinnen ein Angebot der frühen Sprachförderung. In Kriens mit 27'000 Einwohner und Einwohnerinnen müssten somit mindestens 60

Kinder in die Frühförderung. Zu berücksichtigen ist, dass Kriens einen höheren Bedarf hat, als der Durchschnitt des Kantons Luzern. Die Spielgruppe Papagei zusammen mit dem freiwilligen Angebot «Wortschatz» im Feldmühle und Amlehn für Kinder von 0 bis 5 Jahren wird von zirka 30 Kindern besucht. Somit ist der Bedarf an Frühförderung doppelt so hoch. Die Wortschatzkinder ersetzen eine Spielgruppe Papagei nicht, sind jedoch ein gutes Einstiegsangebot. In der Stadt Luzern wird die frühe Sprachförderung ab 2020 gezielt gefördert. Sie versendet den Eltern einen Fragebogen, um die Deutschkenntnisse der Kinder zu beurteilen. Diesen gibt es in 12 Sprachen. Zeigt die Erhebung einen Bedarf, erhalten die Eltern eine Empfehlung, die Kinder in eine deutschsprachige Kita oder Spielgruppe zu schicken. Die Stadt rechnet damit 95 % der Kinder so zu erreichen. In Uster klären Botschafter und Botschafterinnen für die Schulen die Sprachkompetenzen bei den Vorschulkindern ab. Hier könnte das riesige Know-How von Kriens integriert genutzt werden und evtl. so etwas eingeführt werden. Um alle Kinder zu integrieren und zu erreichen braucht es einen Mehraufwand. Wichtig ist auch, dass Kinder aus finanzschwachen Familien an der Frühförderung teilnehmen können und durch die Stadt Kriens unterstützt werden. Die Investition zahlt sich in der Zukunft mehrfach aus. Sie hilft den Kindern einen Platz in der Gesellschaft zu finden, da sie sprachlich mithalten können. Auch sind die Lehrpersonen sehr entlastet, wenn die Kinder beim Kindergarteneintritt Deutsch verstehen und die Lehrpersonen sich ihrem Kerngeschäft widmen können. Die SP-Fraktion befürwortet klar weitere Investitionen in die frühe Sprachförderung und deren Ausbau. Der Bedarf ist deutlich höher als in der Spielgruppe Papagei angeboten. Es braucht eine systematische Erhebung, wie gross der effektive Bedarf ist und welche Wirkung die bestehenden Angebote erzielen.

Bettina Gomer-Beacco fand den damaligen Input von Ursula Wendelspiess toll. Sie hielt dazu ein Votum, woraus das Postulat von Erwin Schwarz entstand. Er hat nachgefragt, wie viel dies kosten würde. Die Sprechende sieht es jedoch immer noch nicht und fragt sich, wie viel es tatsächlich kostet, wenn man alle Kinder mit Bedarf frühfördern muss und dies nicht erst in der Schule. Möchte man dies dann einfach abschaffen, wenn es einmal in der Schule angegliedert sein muss. Sie hofft nicht. Jetzt sind es 31 Kinder und drei auf der Warteliste. Kathrin Gut sprach von weiteren 30 an anderen Orten. Vielleicht ist das teilweise ja übergreifend. Fact ist, dass die Sprechende ganz viele Leute kennt, die ihre Kinder nicht in die Frühförderung schicken, weil dies ganz viel Geld kostet. Für viele sind vielleicht Fr. 300.00 nicht viel, aber für eine Familie am Existenzminimum ist das wahnsinnig viel Geld. Diese kommen nie aus dem Bildungsfernen heraus, wenn man nicht von Anfang an die Sprache kann. Denn die Sprache ist das Tor zur Welt. Diese Frage ist nach wie vor nicht beantwortet. Was kostet es, wenn jeder mit Bedarf hingeschickt wird? Was sagen Kindergarten-Lehrpersonen, wenn diese erst zu einem späteren Zeitpunkt geschickt werden? Was würde es heissen, wenn man sagt, dass dies nicht mehr in der Vorschule gemacht wird, weil es in den Kindergärten angegliedert wird? So kommen diese ohne vorherige Frühförderung in den Kindergarten.

Marco Frauenknecht bedankt sich für die Fragen und das Postulat. Er knüpft an den vorherigen Vorstoss bezüglich Familien im Zentrum an. Wenn man Analysen und Erhebungen macht, müssen diese weitergeführt werden. Das geht bei der frühen Sprachförderung genau gleich weiter. Die Sprache ist das Tor zur Welt. Je früher man damit beginnt, ist es für ein Kind einfacher sich zu integrieren und den Anschluss zu finden. Dass man dadurch das DAZ einfach abschaffen kann, sieht der Stadtrat nicht. Die frühe Sprachförderung ist ein Punkt. Ziel werden muss, dass wenn die frühe Sprachförderung noch mehr gefördert wird, dass die Kosten bezüglich dem DAZ minimiert werden können. Diese wird man aber ganz bestimmt nicht auf null setzen können. Das Angebot vom Wortschatz wurde noch erwähnt. Es ist so, dass man bereits Versuche im Amlehn und Feldmühle macht, welche gut funktionieren. Der Sprechende durfte auch selbst schon mit dabei sein. Das ist ein super Angebot, welches die Volksschule mit ihren Mitteln zur Verfügung stellt, dass man ein Zusatzangebot in der Volksschule generieren kann. Das ist ein Projekt, welches gerade erst gestartet ist. Auch dort muss man sich ganz klar noch vergrössern, sprich erweitern. Kriens hat nicht nur zwei Schulhäuser, sondern einige mehr. Dafür braucht es aber auch geschultes Personal. Personal kostet, woran er es aber nicht abwägen möchte.

Aber man muss ganz klar analysieren, wie die frühe Sprachförderung verbessert werden kann. Bezüglich dem Gesetz, wenn es in die Volksschule aufgenommen wird, ist es damit alleine nicht getan. Mit der Spielgruppe Papagei hat man ein Element. Dieses Element kann, darf und muss erweitert werden. Hier ist man aber klar auf die verschiedenen Partner in Kriens abgewiesen, wie die KITA's, aber auch anderen Spielgruppen in den Quartieren. Er kommt wieder hin zur Stärkung des Quartiers. Es braucht eine Zusammenarbeit nicht nur von Seiten Stadt, sondern alle Komponente in Kriens. Das ist nicht nur die Volksschule und die Spielgruppe Papagei, sondern alle miteinander an einem Tisch. Hier kann der Sprechende bereits sagen, dass diese Gespräche am Laufen sind. Er hat bereits Winks von Spielgruppen im Obernau erhalten, welche bereits zuversichtlich und bereit sind mitzumachen. Hier kann Marco Frauenknecht versichern, dass man auf dem richtigen Weg ist. Er möchte nochmals erwähnen, dass es eine Analyse braucht und er dies mit dem Postulat «Familien im Zentrum» verbindet. In den Quartieren, die man stärken möchte, hat man Zentren, wo auch die frühe Sprachförderung hineingehört.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

16. Bericht Postulat Rösch: Förderung der E-Mobilität

Nr. 274/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt. Im Bericht steht jedoch irrtümlicherweise, dass es eine Abstimmung gibt.

Daniel Rösch dankt dem Stadtrat für den Bericht zu seinem Postulat. Er hält fest, dass auch der Stadtrat anerkennt, dass die Elektromobilität eine wichtige Rolle bei der Erreichung der schweizerischen Energie- und Klimaziele einnimmt. Auch bei den Autobauherstellern nimmt das Thema der Dekarbonisierung zunehmend eine wichtigere Rolle ein. Dementsprechend ist die aktuelle Entwicklung auch spannend zu verfolgen. So hat beispielsweise auch die träge deutsche Autoindustrie die Zeichen der Zeit langsam erkannt und wartet mit innovativen Elektrofahrzeugen auf. Will man den jüngsten Prognosen Glauben schenken, sollen im Jahr 2021 über 200 Modelle auf den europäischen Markt kommen. Man geht davon aus, dass in den nächsten ein bis zwei Jahren, die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer wahrscheinlich ein Elektroauto erwerben werden. Der Stadtrat hält korrekterweise fest, dass sich bei der Anzahl der öffentlich nutzbaren Elektroladestationen im letzten Jahr viel getan hat. Im Bericht sind diese, ähnlich wie in einer Inventarliste, entsprechend aufgeführt. Das findet er schön, nützt aber einem Grossteil der Bürger nicht viel, da diese wohl kaum den Bericht konsultieren, wenn sie wissen wollen, wo sich die Elektroladestationen befinden. Er erwartet, dass diese Informationen auch auf der Webseite der Stadt entsprechend aufgeschaltet werden. Der Stadtrat erwähnt, dass das Parkhaus im Lindenpark als Pilotprojekt dient und eine laufende Analyse aufzeigen soll, wie hoch die Nachfrage nach den Ladestationen ist. Mit diesem Vorgehen ist Daniel Rösch soweit einverstanden. Jedoch ist er der Meinung, dass die Kenntnisse dieser Analyse eigentlich in diesen Bericht gehört hätten. Denn konkrete Aussagen dazu, ob die Stadt Kriens die Schaffung von zusätzlichen öffentlichen Ladestationen auf kommunalen Parkplätzen fördern will, wie sie dies fördern will und wo sie dies genau fördern will, fehlen im Bericht komplett. Man soll ihn nicht falsch verstehen. Er erkennt im Bericht viele gute Ansätze. Jedoch hat Kriens, wie hier ja alle wissen, einen symbolischen Klimanotstand. Daher hätte für ihn in diesen Bericht konkretere Aussagen gehört. Der Bericht macht noch einen Schwenk zur bevorstehenden Revision des Bau- und Zonenreglements. Daher erlaubt Daniel Rösch sich dazu auch einen. So soll anscheinend thematisiert werden, ob die Erstellung von Ladestation bei Neu- und Umbauten für Private verpflichtend sein muss. Hinter solche Zwänge kann sich die FDP-Fraktion nicht stellen und ist daher der Meinung, dass dieser Geistesblitz verworfen werden soll. Viel eher gilt es entsprechende Anreize zu setzen.

Pascal Meyer, Grüne/GLP-Fraktion meint, dass Elektromobilität aus ökologischen Gründen immer wichtiger und sichtbarer wird. Es ist daher wichtig und richtig, dass die Stadt Kriens in dieser Thematik proaktiv denkt und arbeitet. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Stadt Kriens bereits erste gute Schritte macht. Zentral für den ökologischen Erfolg der Elektromobilität ist der Betrieb der Anlagen mit erneuerbaren Energien. Würde man mit Kohlestrom fahren, könnte man gleich auf die alten Dampfmaschinen umstellen. Denn es sind nicht die Ladestationen, die die Fahrzeuge ökologischer machen, sondern die Energiequelle. Das bedeutet, dass gerade von der Stadt betriebene öffentliche Ladestationen diesbezüglich eine wichtige Vorbildfunktion haben. Es muss Energie aus erneuerbaren Quellen sein und dies muss an den Ladestationen auch in einer klaren Form ersichtlich sein. Weiter werden auch bauliche Voraussetzungen erwähnt. Der erwähnte Weg zur verpflichtenden Erstellung der Grundinfrastruktur durch das zukünftige Bau- und Zonenreglement entspricht daher klar der richtigen Zielsetzung. Hier ist nach SIA 2060 die Ausbaustufe C1 oder C2 mit den passenden Anschlussleistungen vorzusehen. Das bedeutet, dass der Anschluss bis zur Garage oder bereits bis zum Parkplatz sichergestellt ist. Dies ermöglicht dem Mieter oder dem Stockwerkeigentümer eine einfache Installation und somit einen vereinfachten Zugang zur Elektromobilität. Schlussendlich möchte Pascal Meyer noch erwähnen, dass eine der passenden Energiequellen für die Elektromobilität uns jeden Tag beehrt. Man kann die Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren, in dem man in Kriens den Ausbau von Photovoltaik und weiteren erneuerbaren Energiesystemen gezielt vorwärtsbringt. Auch dies muss im zukünftigen Bau- und Zonenreglement klarer eingefordert werden.

Laut Martin Zellweger, SVP-Fraktion, ist der Vorstoss von Daniel Rösch zur Förderung zusätzlicher Ladestationen im Grundsatz eine sehr gute Forderung. Die Formulierung, dass die Schaffung von zusätzlichen Stationen durch Private zu fördern sei, ist genau richtig. Der Stadtrat bestätigt in seinem Bericht, dass die Stadt grundsätzlich gut dasteht, aber weiter die Entwicklung beobachtet und nach Möglichkeiten fördert. «Nach Möglichkeit» heisst ja in unserer Situation heute auch «im Rahmen der finanziellen Lage». Das ist in Ordnung. Was bei der Schaffung Parkgelegenheiten mit Ladestationen sicher beachtet werden muss, ist, dass diese Parkplätze zusätzlich geschaffen werden müssten, sollten sie, wie oft gesehen, exklusiv für Elektromobile zur Verfügung stehen. Die schon bisher begrenzten Parkmöglichkeiten dürfen keinesfalls weiter eingeschränkt werden. Eine Bemerkung im drittletzten Abschnitt des stadträtlichen Berichts hat dann aber schon zu grossen Fragezeichen geführt. Nämlich, dass bei der Überarbeitung des Bau- und Zonenreglements thematisiert werden soll, ob die Erstellung einer Grundinfrastruktur für eine Ladestation bei Neu- und Umbauten im Privaten verpflichtend sein muss. Das darf ja schon nicht wahr sein. Hat man schon wieder eine potentielle Auflage gefunden, welche Kosten erzeugt. Alle Mieter mit Velos und Vorliebe für ÖV, die kein Auto haben und auch kein Elektroauto wollen, werden den weiteren Druck auf die Mietkosten sicher mit Dank annehmen. Wie sollen vernünftige Mietpreise gefördert werden, wenn man bei jeder Gelegenheit wieder Kostentreiber im Gesetz verankern will. Abgesehen von diesem Exkurs bedankt sich die SVP-Fraktion für den Bericht.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion bei Daniel Rösch für sein Postulat. Es hat ihr aufgezeigt, dass in Kriens einiges unternommen wird, um die E-Mobilität zu fördern. Verschiedene Ladestationen und E-Tankstellen werden im Bericht aufgezeigt. Eine der innovativsten Stationen, sind sicher die beiden Lademöglichkeiten bei der AVIA Tankstelle, welche ihren Strom aus den Fahrleitungen der VBL beziehen. Auch stadteigene Parkplätze werden in die Überlegungen miteinbezogen und das Interesse daran ausgelotet. Der für sie wichtigste Punkt jedoch ist, dass die Nutzung der E-Mobilität zu Hause beginnt. Wenn in der eigenen Überbauung oder im Eigenheim eine Lademöglichkeit vorhanden ist, dann fällt auch die Anschaffung eines Elektroautos bei manchem Kaufwilligen plötzlich in den Bereich des Möglichen. Deshalb ist es ihres Erachtens äusserst wichtig, dass solche Ladestationen bei der kommenden Ortsplanungsrevision im Bau- und Zonenreglement thematisiert wird. Die CVP/JCVP-Fraktion ist wie im Bericht erwähnt, ebenfalls der Ansicht, dass die Grundinfrastruktur bei Neu- und Umbauten auch beim privaten Bauen mitberücksichtigt werden

darf. Sie denkt Kriens hat erkannt, welche Chance die E-Mobilität für unsere Zukunft bedeutet und deshalb wird sich der Stadtrat sicher auch weiterhin dahingehend einsetzen. Herzlichen Dank für diesen Bericht.

Bettina Gomer-Beacco, SP-Fraktion, dankt für die Beantwortung des Postulats. Trotz der momentanen Corona Krise ist die Bedrohung durch den Klimawandel nicht weniger real oder gar verschwunden. Es ist nur leider im Moment weniger präsent, obwohl die Folgen um ein Mehrfaches grösser und unser Leben oder das unserer Nachkommen um ein mehrfaches länger beeinträchtigen werden. In der Schweiz ist der Verkehr der grösste Klimasünder. Da er sein Energiebedarf zu 94 % mit Erdöl deckt, ist er auch für 40 % der CO₂-Emissionen der Schweiz verantwortlich und das ohne Flugverkehr. Trotz neuer Technologien, wie Motoren, die massiv weniger Benzin verbrauchen, ist der Gesamtschadstoffausstoss, statt abzunehmen, in den letzten 30 Jahren um 3 % gewachsen. Dies vor allem wegen der Zunahme des Verkehrs und der immer schwereren, PS-lastigeren Autos. Anreize allein scheinen zu wenig zu nutzen. Deshalb findet sie die Umverteilung von Parkplätzen schon richtig. Warum sollen Gewisse nicht nur für E-Autos gelten? Grundsätzlich muss sich in der Schweiz einiges ändern. Im Juli 2019 hat die SP Schweiz darum den Klima-«Marshallplan» für Solarenergie und Energieeffizienz vorgestellt. Das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Klima- und Energiekrise. Man ist sich einig, nur mit ausreichend Ladestationen kommen E-Autos und damit die Elektromobilität nicht wirklich voran. Darum muss der Ausbau von landesweiten Ladeinfrastruktur im öffentlichen Bereich ausgebaut werden, so wie das in Kriens gemacht wird. Aber wie im Bericht richtig erkannt wurde, muss man vor allem die Chance haben Zuhause sein Gefährt aufzuladen. Zum Beispiel sollen auch Mieter das Recht haben eine Ladestation zu installieren. In Deutschland kam es nämlich zu einer kuriosen Sache. Man begann Hybrid wahnsinnig zu subventionieren. Diese gehen nun in den Occasions-Verkauf und teilweise wurden die Ladekabel kein einziges Mal gebraucht. Sprich man hat einen Hybrid gekauft, aber Benzin gebraucht. Die Idee, die Möglichkeit zu prüfen, dass eine Ladestation bei Neu- und Umbauten im Privaten verpflichtend sein muss, findet die SP-Fraktion darum für ausserordentlich zielführend. Und eigentlich wäre dabei wichtig, dass solche Ladestationen nur erneuerbaren Strom liefern dürften. Und was die Sprechende noch anmerken möchte ist, dass Mobilität mehr als Autofahren ist. Gerade sollte auch das E-Bike respektive das Velo gefördert werden. Sie brauchen viel weniger Platz und sind definitiv ökologischer. Saubere Velofahrbahnen und Mitarbeiter-Benefits statt subventionierte Firmen-Parkplätze haben Signalwirkung. Was für eine Vision. E Mobilität, leise in einem Tempo 30 beruhigten aber belebten Zentrum. Die Menschen flanieren und die Geschäfte florieren. Eine Zukunft nach ihrem Geschmack, vielleicht nicht morgen, aber hoffentlich übermorgen.

Erich Tschümperlin möchte noch ein paar Worte zu den Vorleistungen loswerden, welche unter die Räder kamen. Er wohnt in einer 20 Jahre alten Siedlung mit einer Tiefgarage. Man ist sich am Überlegen, ein Ladegerät hinzustellen. Wenn man Vorleistungen gehabt hätte, wäre es einfacher. Die SIA-Norm fordert ja lediglich genug dicke Kabel im Keller. Es geht nicht darum ein Bürokratiemonster zu erstellen, sondern man muss nur die benötigte Leistung nach unten bringen. Es braucht lediglich ein dickeres Kabel und dickere Röhren. Mehr verlangt die Vorleistung nicht. Es muss kein Gerät auf Vorrat installiert werden. Wenn man sich überlegt, dass man mit 7 oder 22 kW ein Auto laden möchte, reichen die vorhandenen Leistungen nicht. Aus einer normalen Steckdose kommen ca. 2.3 kW. Es müsste lediglich ein Satz Kabel nach unten gezogen und am Hauptverteiler angeschlossen werden. In ihrer Tiefgarage dürfen sie dann vielleicht nachrüsten und frische Kabel ziehen, weil es durch die vorhandenen Röhren nicht passt. Es geht lediglich darum. Das ist weder ein Bürokratiemonster, noch eine Bevormundung der Leute. Dies schafft die Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt etwas zu machen und so sollte es nicht an den Kosten scheitern. Nicht jede Vorschrift ist des Teufels. Manchmal hilft es, weil man im ersten Moment nicht daran denkt. Wenn das BZR kommt, soll man es dann nicht einfach abwinken. Es hat vielleicht schon seine Berechtigung.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme des Berichts. Das war eine wichtige Anfrage zum richtigen Zeitpunkt. Man steht vor der sogenannten Verkehrswende, nämlich weg vom fossil-betriebenen Motor hin zur E-Mobilität. Es wurde moniert, dass die aktuellen Zahlen fehlen. Diese möchte der Sprechende nicht vorenthalten. Im Lindenpark stehen zwei Stationen, bei welcher zwischen August 2020 bis heute 26 Ladevorgänge stattgefunden haben. Es wurde eine Energie von 224 kW/h gebraucht. Das klingt nicht nach wahnsinnig viel. Wenn man aber die Entwicklungskurve anschaut, sieht man, dass es rasant zunimmt. Die letzten 7 Ladungen fanden im Januar statt. In der Prognose des Energieanbieters ewl geht man davon aus, dass es sich bald auf eine Ladung pro Tag entwickeln wird. Es besteht eine Nachfrage und langsam auch ein Angebot. Dieses Angebot soll gefördert werden. Es passiert ja auch schon sehr viel. Bei all den momentanen Bauprojekten sind bei jedem Elektroladestationen vorgesehen. Der Markt verlangt dies und er sorgt auch dafür, dass diese Ladestationen entstehen. Ob dann dies in der richtigen geografischen Verteilung und der richtigen Geschwindigkeit passiert, ist die Frage, bei welcher sich die Stadt einbringen kann und darf. Der Sprechende fand die Diskussion spannend, welche aber 2-3 Widersprüche wieder hochspielte. Diese sind für die heutigen Diskussionen typisch. Es wurde gesagt, dass die Stadt die Tankstellen fördern und selber erstellen soll, aber dafür darf es nicht zusätzlich Geld kosten. Hier muss man sich noch finden und diskutieren, wie man all die Ansprüche an Mobilität und Grünraum miteinander vereint und realisieren kann. Auch muss positiver Anreiz geschaffen werden, damit diese Chance gepackt wird. Die Exklusivität der E-Autos verneint der Stadtrat. Die Autoladestationen stehen auch fossil betriebenen Autos zur Verfügung. Die Diskussion wird übernächstes Jahr schon ganz anders geführt werden, weil der Anteil von E-Mobilität zunehmen wird. Der Sprechende geht mit dem Postulanten auch einig, dass man eine Karte machen soll. Die Recherchen haben aber ergeben, dass es bereits fünf Apps und 27 Karten gibt. Wenn die Stadt Kriens auch noch mit einem zusätzlichen Kartenangebot kommt, ist das unnötig. Trotzdem ist der Stadtrat daran die Angebote, Dienstleistungen und Fragestellungen im örtlichen Kontext in einer Art und Weise zu erfassen, dass man die Daten mit Leichtigkeit auf einer Website zur Ergänzung der bestehenden Angebote aufschalten kann, ohne dass daraus eine grosse Kostenfolge entsteht. Maurus Frey dankt für die Diskussion und das Postulat. Er ist gespannt, wie man mit dieser Frage weitergeht. Es wird eine spannende Teilfrage bei der Gesamtrevision der Zonenplanänderung werden.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

17. Bericht Postulat Tanner: Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Obernau

Nr. 277/20

Laut Tomas Kobi ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Beat Tanner bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht und die Bemühungen. Es geht in die richtige Richtung. Der FDP-Fraktion geht das Ganze aber viel zu langsam. Gerne würde sie in den Krienser Quartieren das Angebot forcieren, sich von der fossilen Energie zu verabschieden und Perspektiven für die Hausbesitzer zu schaffen, welche die Heizung auswechseln müssen. Für das Klima braucht es jetzt Taten. Er ist sehr gespannt, wie sich der grüne Baudirektor zu diesem Thema verhält und ob dies auf seiner Agenda oberste Priorität bekommt. Die FDP-Fraktion möchte schon bald greifbare Massnahmen für die Umwelt und die Bevölkerung sehen.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion bedankt sich laut Manuel Hunziker beim Stadtrat und der zuständigen Abteilung für den aus ihrer Sicht guten Bericht und dem Postulanten für das Postulat. Ein Wärmeverbund ist meist eine gute Sache. Es gibt, wie bei allem, leider auch hier Beispiele, bei denen die Nachfrage oder die Rohstoffverfügbarkeit überschätzt wurden. Die Folgen sind dann entweder für die Betreiber, die Lieferanten oder die Wärmebezüger, im schlimmsten Fall für alle, unschön. Weil niemand im Winter frieren möchte, heisst dies meist höhere Preise und viel Unmut. Das sind aber Ausnahmen. Es gibt so viele Wärmeverbünde, welche funktionieren. Diese haben alles eins gemein, nämlich, dass diese gut geplant wurden. Aus diesem Grund begrüsst und unterstützt sie auch hier das koordinierte und weitsichtige Vorgehen der Stadtverwaltung. Es ist nämlich unglaublich wichtig Potential und Risiken richtig zu identifizieren und zu quantifizieren. Je nachdem kann darauf reagiert oder etwas geändert werden. Es klingt immer so einfach einen Wärmeverbund zu machen, nämlich eine Heizung zu erstellen, Leitungen zu ziehen und Fühler anzuschliessen. So einfach ist es in der Realität leider nicht. Leitungen zu ziehen und Häuser anzuschliessen ist unglaublich aufwändig, braucht eine langfristige Planung und ist mit Kosten verbunden. Der Einwohnerrat wird nicht drum herumkommen in diesem Rat die Diskussionen darüber zu führen, wenn es darum geht, möglichst schnell und möglichst allen ein Angebot darlegen zu können. Dies wird zwangsläufig ein Preisschild haben. Je nachdem geht es um Vorleistungen, ob man diese erbringen möchte oder nicht. Wie bringt man die Leute dazu sich an ein Angebot anzuschliessen? Wenn niemand kommt, wird niemand ein Wärmenetz betreiben. Es braucht eine gewisse Anzahl Abnehmer, damit ein solches Vorhaben wirtschaftlich funktionieren kann. Das ist nicht so eine einfache Sache. Der Sprechende dankt der Stadt, dass sie das angeht. Ob man jemals einen solchen Verbund realisiert oder nicht, ist ein anderes Thema. Jetzt kann man natürlich auch hier, wie beim Stadtklima oder der Biodiversität, sagen *«Das ist nice to have – das müssen wir nicht jetzt machen, sondern dann, wenn wir wieder Geld haben»*. Klar kann man alles auf morgen verschieben, doch hat man, dann mehr Geld? Wohl kaum. Ist es in Zukunft billiger die Überhitzung vom Mattenhof oder der Kuonimatt zu verbessern, wenn noch ein paar Millionen Tonnen heisser Beton mehr zwischen Wald und Quartier stehen? Ist es billiger in 10 Jahren eine Strasse aufzureissen, um eine Wärmeleitung zu legen oder wäre es nicht besser, diese gleich bei einer geplanten Sanierung ins gemachte Bettchen zu legen? Logischerweise kostet das etwas. Aber jetzt wird es billiger sein als morgen. Und noch etwas zu Zürich. Auch hier kann man natürlich sagen *«wir müssen nicht nach Zürich schauen»*. Richtig, muss man nicht tun. Aber vielleicht lohnt es sich, wenn man mal einen Blick wagen würde. Warum? Weil sich die Zürcher Bevölkerung im 2009 zum Ziel gesetzt hat, Vorreiter im Bereich Biodiversität, Umweltschutz und Lebensraumgestaltung zu sein. Dass dies nicht ohne Pleiten und Pannen gehen wird, war damals bereits klar. Als Vorreiterin hat die Stadt Zürich einiges an Lehrgeld bezahlt. Das betrifft das Stadtklima, die Biodiversität und eben auch die Planung von Wärmenetzen und vielem mehr. Wieso also nicht mal schauen was sie für Probleme hatten und wie sie Herausforderungen angegangen sind? Das kostet nichts, könnte aber das Wiederholen von kostspieligen Fehlern vermeiden. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist es wichtig und richtig, wenn die Stadt Kriens mit Weit- und eben auch Umblick an Lösungen von künftigen Herausforderungen arbeitet, damit diese auch Herausforderungen bleiben und nicht zu Problemen werden.

Hans Fluder von der SVP-Fraktion hat sich zur Wasserenergie schlaug gemacht. Es heisst ja nicht, dass man das heute schon machen muss, sondern einfach daran denkt, dass es diese Möglichkeit gibt. Eine wichtige Wärme-Energie kommt auch aus den Seen. Die ewl fördert das ökologische heizen und kühlen mit erneuerbarer Energie und erschliesst mit einem Pionierprojekt die Gemeinden Horw und Kriens mit See-Energie. Die See-Energie-Zentrale mit Wasserfassung im Horwer Seebecken wird derzeit geplant. Der Netzausbau wird etappenweise umgesetzt. Die erste Wärmelieferung ist voraussichtlich in der Heizperiode 2020/2021 möglich. Am letzten Samstag war in einem Bericht in der Luzerner Zeitung zu lesen, dass See-Energie auch die Stadt Luzern heizen soll. Rund 6'800 Haushalte können mit Wärme und, wenn es gebraucht wird, auch mit Kälte versorgt werden. Es gibt bereits ein Projekt beim Inseli. Die See-Energie nun kurz erklärt: Bei der zentralen Wärmeproduktion wird Wasser für das Fernwärmenetz aufgeheizt. Das heisse Wasser wird über ein gut isoliertes Rohrleitungsnetz zu den Kundinnen und Kunden transportiert. Dort wird dem Wasser die Wärme entzogen und an das Heizungsnetz des Gebäudes übergeben. Das abgekühlte Wasser fliesst zur Wärmequelle zurück und wird

dort wieder aufgeheizt. Es ist einfach und bequem. Die Anschlussleitungen des Fernwärmenetzes werden bis ins Haus verlegt und an die platzsparende Wärmeübergabestation angeschlossen. Weiter ist es preiswert und fair. Tiefe Investitionskosten und lange Lebensdauer machen den Fernmeldeanschluss zu einer komfortablen und nachhaltigen Investition. Es gibt keine Wärmepreise ohne saisonale Schwankungen der Brennstoffkosten und man hat geringe Unterhaltskosten. Es gibt viele Angebote, die die Ölheizung ablösen und einen grossen Beitrag an unsere Umwelt liefern.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt laut Andreas Vonesch dem Stadtrat für die ausführliche Berichterstattung zum Postulat. Wie man bereits bei den anderen Postulaten zu dieser Thematik gehört hat, ist sich der Stadtrat bewusst, dass neue Heiztechnologien in naher Zukunft angedacht werden müssen. Interessant sind insbesondere die Ausführungen zum Potenzial der Energieplanung in den einzelnen Gebieten, obwohl dies erst aufgrund von Modellrechnungen ermittelt wurde. Und hier ist ersichtlich, dass eben nicht überall der gleiche Energieträger der Richtige ist. Also heizen mit Seewasser im Zentrum oder Obernau wird technisch kaum realisierbar sein. Im Postulat Tanner geht es weniger um eine spezielle Heizart. Vielmehr geht es um Wärmeverbunde im generellen und die Möglichkeit, solche in Kriens zu realisieren. Und man kann es im Bericht lesen, dass der Stadtrat dieser Entwicklung und Realisierung positiv gegenübersteht. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt hier eine führende Rolle einnehmen muss. Das nicht zwingend als Trägerin, sondern in einer anderen Rolle, z.B. als Koordinatorin, Initiantin oder Beteiligte. Mit Freude nimmt sie zur Kenntnis, dass die Stadt bereits Abklärungen und Vorbereitungen getroffen hat, um eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Der Sprechende hofft, dass der Stadtrat dazu aktuelle Informationen präsentieren kann. Sie ist sich bewusst, dass hier jetzt Grundlagen geschaffen werden müssen, um dann die richtigen Entscheidungen zu treffen. Man steht erst am Anfang von einem Prozess, der noch lange dauern wird. Bereits machen es viele Gemeinden oder auch Städte vor, wie es funktionieren kann. Erwähnenswert an dieser Stelle nochmals das Pionier-Projekt «Seenergy» der ewl, oder eben auch Malters. Und an solchen Projekten sollte sich Kriens orientieren. An der letzten Sitzung hat Andreas Vonesch gelernt, dass der Einwohnerrat nicht verlangen kann, ein Postulat nicht abzuschreiben, wenn es im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt. Man wird deshalb halt immer wieder nachfragen und genau hinsehen, wie und wie engagiert die Stadt Kriens im Bereich Wärmenetze unterwegs ist.

Gemäss Raphael Spörri, SP-Fraktion, hat man nun bereits schon viel über Wärmeverbunde gehört. Auch die SP-Fraktion findet den Vorstoss wichtig und bedankt sich beim Postulant. Wie bereits beim Geschäft Nr. 262/20 gilt es auch hier genau abzuwägen, was denn nun das Richtige System ist. Ein Wärmeverbund über grosse Distanzen macht nur wenig Sinn und ist meistens teuer. Richtig ist aber, dass private Anwohner überzeugt werden können an Verbunden teilzunehmen. Je mehr man an einen Wärmeverbund anschliessen kann, desto ökologischer und energiebewusster ist man unterwegs. Der Sprechende erlaubt sich gleich noch als Einzelsprecher fortzufahren. Man hat gehört, dass See-Energie ein Thema ist und es schnell gehen muss. Hier spricht ihm Beat Tanner aus dem Herzen. Heute wurde der Leserbrief des Sprechenden in der Zeitung abgebildet. Wieder der Kuonimatt steht das Wasser bis zum Hals. Die Heizungen werden alt und man darf keine Erdsonden bohren, Lufttauscher sind immer noch lärmbelastend und Pelletheizungen sowie Holzschnitzelheizungen benötigen einen Lagerplatz, was viele nicht haben. Was soll man dann an ökologischer Heizung machen, wenn man nichts kann? Die Kuonimatt wird ausgenommen, weil es dort nicht wirtschaftlich ist. Dies ist im Moment so im Bericht zu lesen. Dazu hat der Sprechende aber eine gute und eine schlechte Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass die Kuonimatt anscheinend nicht wirtschaftlich ist. Die gute Nachricht ist, dass sich der Stadtrat im persönlichen Kontakt dieser Sache bereits angenommen hat. Da wird man sicher noch vom Stadtrat etwas dazu hören. Die gehörten Argumente sind alle korrekt. Es pressiert, aber es ist auch eine Kostenfrage. Mit den Worten von Hans Fluder zu sagen, ist es eine tolle Sache.

Michael Portmann meint, dass man es vorher von Raphael Spörri gehört hat. In der Kuonimatt sind Wärmepumpen, welche das Grundwasser nutzen, verboten, weil das Grundwasser verdreckt wird. Dafür gibt es heute aber auch schon Lösungen. Das ist eine weitere Möglichkeit neben der See-Energie. Heute können Pfähle von Pfählungen, welche für ein Gebäude notwendig sind, mit einer Wärmepumpe also einem umgekehrten Kühltisch, zur Wärme- oder Kälteproduktion genutzt werden. Das heisst, das Wasser fliesst im Pfahl herunter und verschmutzt so nicht das Grundwasser, wird unten abgekühlt und fliesst wieder nach oben. Dieses Wasser kann mit der Wärmepumpe zur Wärmeproduktion verwendet werden. Man nutzt anstatt des Sees den Boden unter dem Gebäude mit den Pfählen direkt. Die Mobimo macht das so und heizt so die Gebäude. Diese müssen deshalb nicht an die See-Energie angeschlossen werden. Vorher hörte man, dass man bei der Ortsplanung die Vorleistungen für eine elektrische Ladestation einbringen kann. Man kann auch einbringen, dass zukünftige Überbauungen direkt mit Energiepfählen realisiert werden. Das ist kein so grosser Zusatzkosteneintrag. So können die Überkapazitäten solcher Überbauungen auch im Sinne eines Wärmeverbunds genutzt werden, weil diese deutlich mehr Wärme oder Kühlung produzieren, als sie selber brauchen, wenn solche Energiepfähle verbaut werden. Man hat eine Win-Win-Situation, das Haus wird getragen und produziert seine Wärme.

Laut Viktor Bienz sind Wärmeverbünde nichts Neues. Bereits in seinem Präsidialjahr 2010 besuchte man auf dem Einwohnerratsausflug die Landwirtschaftliche Schule. Dort hatte man bereits mehrere Jahre eine Holzschnitzelfeuerung installiert und einen Wärmeverbund für die gemeindeeigenen Gebäude, wie die Turnhallen, fabriziert. Es gibt viele Beispiele, wie dies funktioniert. Der Sprechende möchte noch etwas zu Holz sagen. Holz ist eine Energiequelle, welche Kriens selber besitzt. Wie Manuel Hunziker gesagt hat, wird die Industrie dieses Holz in Zukunft auch benutzen wollen. Die Frage ist, ob Kriens ihr Holz abgibt. Es ist die Krienser Energiequelle. Das Wort Quelle hat man bereits schon einmal vergeben und zwar nach Luzern. Er weiss nicht, ob es richtig ist, hier den gleichen Fehler nochmals zu machen. Die Energiequellen werden in Verträgen zu einem gewissen Preis gebunden. Wieso bindet sich dann Kriens dieses Holz vertraglich? Dazu ist das eigene Holz wichtig, aber auch das gesamte Holz der Region Pilatus. Seit Jahren gibt es den Verein «Region Pilatus: Waldregion», ein Verein von Waldeigentümern. Dieser hat die Gemeinden Kriens, Horw, Malters, Schwarzenberg, Schachen und Werthenstein zusammengeschlossen und fördert die Vermarktung des Industrie- und Energieholzes. Auch übernimmt sie die Bewirtschaftung und Schutzwaldpflege des Pilatus und beforscht. Dies ist ein Ansprechpartner, welcher Kriens vertraglich binden kann, wenn man Holz zu einem Preis braucht, welcher auch stimmt. Vorher hörte man, dass die E-Ladestationen Ökostrom brauchen. Ein Holzblockkraftwerk in Kriens würde diesen Strom auch liefern. Dann hat man auch eigenen Strom. Man muss sich solche Überlegungen in der Zukunft machen und diese Wege gehen. Seewasser klingt für Viktor Bienz auch gut. Aber geht die Fischpopulation nicht nach unten, wenn der See abgekühlt wird? Dies sind alles Fragen, woran man denken muss.

Maurus Frey fand es eine spannende Diskussion und einen spannenden Input von Beat Tanner. Was ist die Ausgangslage? Man steht vor dem Zwang die Energiewende zu schaffen. In der Stadt Kriens hat man einen hohen Bestand an Immobilien aus den 60er Jahren. Diese Immobilien sind diejenigen, welche am meisten Heizenergie konsumieren. Was kann man als Politik machen? Wann hat man einen guten Job gemacht? Einen guten Job gemacht hat man, wenn man den Hausbesitzer und Mietern einen attraktiven und kostengünstigen Umstieg ermöglicht. Man soll sie nicht zu höheren Kosten peitschen oder zu etwas zwingen. Es braucht gute Offerten, um den fossilen Energieträger aus dem Haus zu jagen und eine Alternativ-Energieform zu nutzen. Der Wärmeverbund ist die Chance dafür. Wenn dies gelingt, hat die Politik einen riesigen Dienst erbracht. Der Sprechende gibt sich Mühe, dass alles wie aus einem Guss kommt. Die beiden Departemente haben eng zusammengearbeitet. Die Ausgangslage ist jedoch nicht dieselbe. Nun folgt eine Jammer-Session. Wenn man nochmals in den AFP schaut, sieht man, dass bei den Umwelt- und Sicherheitsdiensten Fr. 600'000.00 für Altlasten-Sanierungen ausgegeben werden. Es wird also der Dreck aus dem Boden geholt, damit man etwas Neues darauf bauen kann. Dafür werden 7/8 der vorhandenen Mittel im Umweltschutz ausgegeben. Das ist

die Ausgangslage und Prioritätensetzung, wo man sich zurzeit befindet. Man ermöglicht Bauen, indem alter Dreck aus dem Boden geholt wird. Dies ist eine schwierige Ausgangslage, aber nicht hoffnungslos. Die Kreativität und der Wille sind gefordert. Es wurde gesagt, es geht zu langsam und man soll Taten statt Worte sprechen lassen. Der Stadtrat möchte die Energiewende als Chance für Kriens nutzen. Er braucht aber die Unterstützung des Parlaments. Der Einwohnerrat muss diese Bedingungen schaffen, damit alternative Energieträger für die Krienserinnen und Krienser attraktiv sind zu nutzen. Man steht erst am Anfang, muss aber schnell machen. Es gibt verschiedenste äussere Zwänge, welche uns antreiben und auch antreiben sollen. Zum einen ist es der Kampf gegen den Klimawandel, aber auch ganz technische Zwänge, wie eine Sanierung der Kantonsstrasse, welche einen gewissen Druck auferlegt, damit man vorwärts macht. Maurus Frey bittet darum die Flughöhe zu bewahren und man soll nicht in die technischen Details gehen. Der eine verbrennt lieber das, der andere wandelt lieber jenes um und der letzte pyrolysiert lieber anderes. Das ist eine schwierige Ausgangslage für Diskussionen im Parlament, wenn jeder seinen primären Energieträger verkaufen möchte. Man muss sich auf das Ziel des Wärmeverbunds konzentrieren. Jeder Energieträger hat seine Vorteile. Hier ist man bereits auf gutem Weg. Man konnte bereits herausspüren, wo welcher Energieträger möglich ist. Nun zur Grundwasser-Energieträger in der Kuonimatt. Es ist nicht so, dass man das Grundwasser nicht nutzen darf, weil man es verdrecken könnte. Die Grundwasser-Fassung in der Kuonimatt wurde schon lange geschlossen, weil man bauen wollte. Das Grundwasser darf nicht genutzt werden, weil es zwei verschiedene Grundwasser-Behälter übereinander hat. Es ist zu komplex eine Bohrung zu machen. Denn es muss verhindert werden, dass sich diese beiden Grundwasser vermischen. Das ist eine technische Limitierung, welche noch besteht und welche noch umgesetzt werden muss. See-Energie ist nicht nur eine Zukunftsvision, sondern findet momentan statt. Es wird aktuell intensiv auf der Nidfeldstrasse gebaut. Dort entsteht der Energieverbund. Man muss nun daran denken, den Wärmeverbund zu fördern. Jetzt muss man dafür sorgen, dass dieser Bereich der Kuonimatt, welcher nicht ausgeschlossen ist, auf diesen Zug aufspringen kann. Dafür braucht es ein Förderprogramm und Geld, um Anreize schaffen zu können. Was ist der aktuelle Stand. Das ist eine lustige Geschichte und eine der spannendsten Lektüren, welche der Sprechende lesen durfte, nämlich die Energieplanung der Stadt Kriens. Der Stadtrat macht diesen Druck und möchte auch vorwärts machen. Im letzten Jahr bestand das Problem, dass im September bereits die kantonalen Fördergelder für Alternativ-Energien ausgeschöpft waren. Das Projekt konnte also noch nicht finanziert werden. Dieses Jahr ist Kriens im budgetlosen Zustand, hoffentlich noch bis am Sonntag. Der Stadtrat hat die Hoffnung, dass er die nächsten Schritte wie Variantenanalyse und Möglichkeitsabklärung des Wärmeverbundes Zentrum auslösen kann. Wenn Kriens weiterhin kein Budget hat, ist auch dann noch nicht ganz Feierabend. Dann muss man noch ein wenig mehr erfinderischer und kreativer sein, um die Finanzierung festlegen zu können. Der Stadtrat wird für das nächste Budget 2022 diesen Fonds bzw. die Gelder für die Energiewende einplanen. Neben den Worten und Taten muss man auch noch Geld haben, um dies anpacken zu können. An dieser Stelle dankt der Sprechende der zuständigen Kommission. Dort wurde mit dem Energie-Dialog gestartet. Man schaute welche Rolle die Stadt Kriens hat und wie kann sie die Förderung von Wärmeverbunde vorantreiben kann. Das hat eine hohe Priorität, auch eine der höchsten im Bau- und Umweltschutzdepartement, damit man einen Schritt weitergehen und vorwärts machen kann. Maurus Frey dankt für die Diskussion und die positive Rezeption dieses Berichts. Er ist gespannt auf die nächsten Schritte.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

18. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: 10 Jahre Hochwald Aufarbeitung

Nr. 300/20

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Tomas Kobi fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Erich Tschümperlin wünscht eine Diskussion.

Tomas Kobi stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Erich Tschümperlin dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Es ist ihm klar, dass dies eine aufwändige Geschichte ist. Mit dieser kann man sich auch keine Lorbeeren verdienen, denn man verärgert die Leute. Es gibt fast nur Verlierer, mit Ausnahme der Natur. Die Natur kommt immer mehr unter die Räder und wird immer mehr zurückgedrängt. Gerade deshalb muss man zum national geschützten Hochmoor besonders Sorge tragen. Trotz der grossen Waldfläche in der Stadt Kriens gibt es nur noch wenig Flächen, die noch wirklich unberührt sind. Wenn der Sprechende im Jahr 2010 gesagt hätte, dass das Aufräumen im Hochwald mehr als 10 Jahre dauern wird, hätte man ihn als Schwarzmaler bezeichnet. Damals hat der Gemeinderat auf eine Interpellation von Bruno Bienz geantwortet, dass man in zwei bis drei Jahren aufgeräumt haben wird. Und nicht nur das, der Gemeinderat hat 2010 dem Baudepartement den Auftrag erteilt, den bestehenden Hüttenkataster zu digitalisieren und ins WEB-GIS aufzunehmen. Die Antwort auf Frage 7, wie der Stand ist, ist sehr ernüchternd. Acht Jahre später, also 2018, hatte man dafür eine Offerte auf dem Tisch. Das man dies nach dieser langen Zeit nicht ganz vergessen hat, ist für Erich Tschümperlin ein kleines Wunder. Man hat dann festgestellt, dass dies etwas kostet und damit war es dann erledigt. Das zeigt, wie gross der politische Wille zur Umsetzung war. Statt dies nach acht Jahren anzupacken und die nötigen Finanzen zu beantragen, hat man nichts mehr gemacht, weil es nicht gratis ist. Der Sprechende hat mal ein wenig zurückgeschaut, was im Baudepartement seit 2010 alles bearbeitet wurde. Es wurden z.B. Bebauungspläne für den Mattenhof, Eichhof West, Nidfeld, Zentrumszone, Bahnhof Horw erarbeitet. Dann folgten die Projektierung und Umsetzung der eigenen Bauten wie Hergiswaldbrücke, Feuerwehrdepot, Schappe Süd, Zentrum, Kleinfeld und die vielen grossen Schulraumsanierungen. Dann wurde die Strategie der räumlichen Entwicklung und die Ortsplanungsrevision und mehrere Teilrevisionen der Ortsplanung sowie Projekte für Wasserversorgung und Abwasser erarbeitet, usw. usw. Wenn man sieht, was in all den Jahren alles möglich war, dann muss man davon ausgehen, dass es am politischen Willen gefehlt hat, in absehbarer Zeit, nämlich 10 Jahren, Ordnung zu schaffen. Auch die Betroffenen haben ein Recht darauf, dass sie endlich Klarheit haben, wie es weiter geht mit ihrem Objekt. Die Ungewissheit kann für sie sehr belastend sein. Es ist Erich Tschümperlin klar, dass diese Aufarbeitung viel Arbeit erfordert. Doch darum kommt man nicht herum. Nachdem das Bauamt Jahrzehnte lang weggeschaut hat, muss diese Arbeit heute mit grossem Aufwand nachgeholt werden. Dass es dazu ein Bundesgerichtsurteil gebraucht hat, und die Gemeinde die Missstände nicht von sich aus angepackt hat, stellt ihr kein gutes Zeugnis aus. Und auch 10 Jahre später sind die vielfach illegalen Zustände nicht behoben. Es ist für ihn nicht verständlich, weshalb im Mai 2017 das Pensum von 100 % auf 20-30 % reduziert wurde, wie dies im Bericht steht. Die Durchsetzung des geltenden Rechts hat Priorität. Wenn der Eindruck entsteht, dass man damit durchkommt, dann hört das nicht auf. Die Antwort auf die Frage 9 zeigt, dass es noch immer Leute gibt, die illegal im Wald und Hochwald bauen. Auch die Zahl der Duldungen mit Rechtsnachfolge ist hoch. Diese wurde in 16 Fällen gewährt. Dies sind Objekte, die gemäss Gesetz nicht bewilligt werden können, jedoch geduldet werden und dies sogar mit Rechtsnachfolge. Weshalb man eine so grosse Zahl nicht bewilligungsfähiger, sprich illegaler Bauten, duldet, ist für den Sprechenden schwer verständlich. Vor allem die Duldung in Zonen, die direkt an die Moorschutzzzone angrenzen sind auch juristisch sehr umstritten. Hier ist in Zukunft mehr Sensibilität und Rücksicht nötig. Dies verhindert auch Einsprachen von Schutzverbänden. Dank der transparenten Berichterstattung ist der Sprechende zuversichtlich, dass jetzt der Wille da ist, dieses Kapitel abzuschliessen, wenn auch auf Sparflame. Dass die Projektorganisation überprüft wird, begrüsst er sehr und ist seiner Ansicht nach nötig. Das öffentliche Reporting hat er auf der Homepage von Kriens tatsächlich gefunden, es ist bereits aufgeschaltet. Das ist eine sehr gute Sache und schon fast revolutionär für Kriens, obwohl es recht rudimentär ausgefallen ist. Bisher brauchte es Vorstösse oder Anträge in den Kommissionen, um Informationen über den Fortschritt zu bekommen. Nun kann man sich online ein grobes Bild über den Stand der Dinge machen. Offen bleibt die Frage, wie es mit der Erfassung ins WEB-GIS weitergeht.

Seiner Ansicht nach müssen auch diese Objekte erfasst werden. Wie sieht dies rechtlich aus? Irgendwelche Kataster in irgendwelchen Schubladen sind kaum ein zeitgemässer Ansatz. Damit wird der Aufwand für die Bearbeitung grösser und die Qualität sicher nicht besser. Alles in allem ist der Sprechende leicht optimistisch, dass dieses Kapitel in den nächsten wenigen Jahren abgeschlossen werden kann und so ordentlich rechtliche Zustände da sind.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion dankt dem Interpellanten, dass er dieses Thema wieder aufgegriffen hat. Weiter dankt er dem Stadtrat für die genaue und schonungslose Darstellung. Nun wissen alle, wie weit diese Geschichte ist. Vor 10 Jahren hat der Einwohnerrat dies bereits schon einmal behandelt. Dort sah man, dass das Behandeln dieser Hochwald-Geschichte ein Streichen gegen das Fell ist. Erstens waren Leute davon betroffen, welche in dieser Gemeinde wichtig waren. Es waren Leute, die sehr streitbar sind, auch gerichtlich. Auch waren es Leute, die dachten, dass sie eine Bewilligung haben. Sie haben diese auch erhalten, aber nur mündlich oder nicht richtig schriftlich ausgebildet. Es war ein furchtbarer Salat. Hinzu kommt noch, dass die Gemeinde Kriens dazu gezwungen wurde hier einzuschreiten und Ordnung zu schaffen. Jetzt muss man sich vorstellen, dass die Verwaltung wenig Personal hat und eine Aufgabe Widerwillen erfüllt werden muss. Dann ist diese Aufgabe auch noch sehr harzig und schwierig. Vor 10 Jahren stellte man dies bereits fest und sagte, dass man sich weiterhin Mühe geben wird. Jetzt ist man 10 Jahre später und ein paar kleine Fortschritte wurden gemacht. Es läuft aber immer noch ganz zäh. Ist das so schlimm? Der Sprechende denkt, dass es richtig ist, wenn es läuft, weitergeht und dem Recht Nachhaltigkeit verschafft wird. Räto Camenisch ist froh, wenn es in 10 Jahren endlich fertig ist.

Viktor Bienz dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion dem Stadtrat für die sehr ausführliche Beantwortung der Interpellation. Aus den beantworteten Fragen des Interpellanten zu den illegalen Bauten im Hochwald kommt hervor, was dies für einen zeitlichen Aufwand braucht und wie viele Pensen dadurch in der Abteilung Planung und Baudienste gebunden und gebraucht wurden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Stadt Kriens war nicht einfach, da auf beiden Seiten die Ressourcen knapp waren oder sogar fehlten. Das zeichnet sich in der Behandlungsdauer von nun mehr als 20 Jahren ab. Personelle Probleme und das Einhalten von Fristen haben dazu beigetragen. Der Stadtrat schreibt, dass 14 Objekte zurückgebaut und renaturiert wurden. Der Sprechende möchte vom Stadtrat wissen, wie viele von den 14 Objekten zurückgebaut wurden, die keine Auflagen oder Aufforderung dazu hatten. Wie viele Bauten hat die Stadt Kriens auf ihren Parzellen zurückgebaut, die sie eigentlich gar nicht musste, sondern mit geringfügigen Korrekturen hätte retten können? Die CVP/JCVP-Fraktion ist mit den sonstigen Erklärungen des Stadtrates zu den sogenannten illegalen Bauten zufrieden. Sie wünscht ihm weiterhin gutes Gelingen bei den noch ausstehenden Objekten.

Nicole Nyfeler von der SP-Fraktion dankt für die Fragen von Erich Tschümperlin und die Antwort des Stadtrates. Die Hütten im Hochwald sind eine traurige Geschichte. Der Stadtrat muss unbedingt am Ball bleiben. Dafür braucht er aber personelle und finanzielle Ressourcen. Mit Sparen kommt man nicht ans Ziel.

Viktor Bienz meint, dass vieles seine Sonnen- und Schattenseiten hat. Der Bund unterstützt mit Beiträgen den Erhalt von Heu- und Weidescheunen. Er bezeichnet dies als Kulturgut von früher und gehört zur Vielfalt des ländlichen Lebensraumes. Das Verfahren der illegalen Bauten im Hochwald hat deshalb auch seine Schattenseiten. Es wurden solche Kulturgutbauten zurückgebaut, weil sich die Grundeigentümer gar nicht auf solche Verfahren einlassen wollten. Mit dem Wortlaut, dass sie sich das ganze Verfahren nicht zu leide tun. Dann reissen sie es lieber ab. Viktor Bienz findet dies schade. Kriens ist um diese Kulturgüter ärmer geworden.

Maurus Frey fand dies eine spannende Diskussion. Er ist froh, dass 10 Jahre Hochwald nicht mit Kerzen und Kuchen gefeiert wird. Es waren schwierige 10 Jahre. Der Sprechende kann aber versichern, dass es harziger wird. Nun kommen die schwierigeren Fälle mit dem zweiten Rekurs, nämlich der Bundesgerichtsurteile. Nebst dem, dass es eine mühselige Sache ist, ist es auch sehr teuer. Es kostet die Stadt Kriens viel dieses entstandene Rechtsdefizit wieder auszugleichen. Das darf man nicht vergessen. Es sind Kosten entstanden, welche man lieber in andere Kanäle und Projekte investiert hätte. Der Stadtrat befindet sich auf dem Weg. Ihm ist es wichtig, diese Situation zu regeln. Der Sprechende ging auch etwas mit Sturm und Drang heran und dachte, dass dies doch schneller gehen könnte. Das sind Rechtsgeschäfte, Verhandlungen und Urteilsprüche von verschiedensten Instanzen. Das braucht seine Zeit. Das rechtliche Gehör muss allen gewährt werden. Der Stadtrat möchte auch saubere und faire Verfahren. Er möchte nicht unter dem Deckmantel der Rechtsherstellung irgendeine überstürzte Hetzjagd gegen vermeintliche illegale Bauten machen. Man muss sich Zeit nehmen, welche sich der Stadtrat auch nimmt. Man geht Schritt für Schritt weiter. Es ist nicht so, dass wenn die doppelten Personalressourcen eingesetzt werden, dass man doppelt so schnell vorwärtskommt. Der Stadtrat kann noch an 2-3 Schrauben drehen, was er dann auch machen wird, aber man ist gut unterwegs. Es wurde gesagt, dass es wichtig ist, dass im Hochwald Recht entsteht. Das ist sehr wichtig. Ganz wichtig ist aber, dass jetzt kein Unrecht mehr entsteht. Das braucht eine Baukontrolle im Krienser Hochwald, welche auch seinen Namen verdient. Dies wird im Moment aufgegleist. Der eine oder andere schwierige Entscheid wird das mit sich bringen. Es wird auch Konsequenzen haben müssen, dass wenn man im Hochwald neues Kulturgut erschafft. Illegales Bauen im Hochwald ist kein Kavaliersdelikt. Das ist ein Verstoß gegen geltendes Recht und muss auch entsprechend geahndet werden. Maurus Frey bezieht sich nun auf die Diskussion der Kulturgüter. Im Museum im Bellpark gab es kurz vor dem Lockdown eine Ausstellung mit dem Namen: «Entdeckung der Gemütlichkeit». Der Sprechende ist froh, wenn man die Kulturobjekte der illegalen Bauten definitiv in das Bellpark Museum verbannen kann. Er hofft, dass der Abriss über die gesamte Erledigung dieser Geschichte nicht als Entdeckung der Gemütlichkeit der Stadt Kriens betitelt wird. Der Stadtrat nimmt es überhaupt nicht gemütlich und möchte es geregelt haben. Es wurden noch Fragen gestellt, wie viele Hütten im Besitz auf Parzellen der Stadt waren. Das waren drei Hütten. Diese wurden nicht von der Stadt errichtet und waren kein Teil des Finanzvermögens. Diese mussten abgebrochen werden. Maurus Frey weist darauf hin, dass die neueste Version der Beantwortung mit dem Link versehen ist, damit man direkt aufs Online-Reporting kommt. An der Eintragung im GIS ist man dran. Er ist froh, wenn dieser Begriff immer wieder erwähnt wird. Das gibt dem Stadtrat auch die Legitimation, dass man den Umgang mit Daten verbessert und die notwendigen Massnahmen ergreift. Prognosen sind schwierig. Der Stadtrat getraut sich nicht eine Zusicherung zu machen, wie lange es noch dauert. Man muss dieser Geschichte auch etwas Zeit geben. Der Stadtrat wird es nun prioritär angehen, dass keine solche neuen Fälle entstehen.

19. Postulat Schwarz: Alex-Wili-Platz vor dem Lindenpark

Nr. 007/20

Gemäss Tomas Kobi ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Gemäss Erwin Schwarz ist Alex Wili eine der grössten Persönlichkeiten von Kriens. Alle haben ihm unendlich viel zu verdanken. Allen voran der grüne Schlosshügel unter dem Schlössli, womit man sich immer brüstet. Es ist Alex Wili's Verdienst, dass es dort grün geblieben ist. Er hat aber auch unzählige Stiftungen gegründet, welche im Vorstoss aufgeführt sind. Alex Wili war auch der erste Präsident des Einwohnerrates Kriens. Zu den Stiftungen, welche er gegründet hat, gehört auch die Genossenschaft Wohnen im Alter Kriens GWAK. Er liess sich von Leuten sagen, welche an der ersten Sitzung teilnahmen, als die Ideen besprochen wurden, wie es sich abspielte. Alex Wili hat seine Idee vorgestellt und

Lothar Sidler hat etwas mitleidig gelacht und sagte, dass er es nie zustande bringt alle Baugenossenschaften von Kriens zusammenzubringen. Ein halbes Jahr später war diese Stiftung gegründet und alle Baugenossenschaften von Kriens waren dabei. Alex Wili hat dies in einem halben Jahr geschafft und eine pfannenfertige Stiftungsurkunde hingelegt. Ohne Alex Wili gäbe es keine GWAK und ohne GWAK kein Lindenpark. Dies ist eine Institution, wofür man sich einfach auf die Brust klopfen darf. Erwin Schwarz weiss, wie es dort aussieht. Seine Eltern wohnen dort. Es ist einfach nur sensationell. Ein weiteres Highlight, welches Kriens dank Alex Wili hat. Es wäre kein Novum, wenn man einen solchen Platz in Kriens gibt. In Kriens gibt es einen Melchior-Schnyder-Weg, Josef-Schryber-Strasse, Amstutzstrasse/-weg, Degenstrasse, Emanuel-Müllerstrasse, Gallusstrasse, Gottfried-Keller-Strasse, Hofstetterstrasse und Minolettistrasse. Hinter fast jeder Strasse könnte er nun aufzählen, warum es diese Strassen gibt und was diese Herrschaften gemacht haben, dass es zu einer Strasse kam. Einzig bei der Gottfried-Keller-Strasse kennt er den Hintergrund nicht. Alex Wili hat mehr geleistet, als einige, welche bereits eine Strasse bekommen haben. Ihm wäre ein Platz mehr als zu gönnen. Der Sprechende hat die GWAK angesprochen. Wo wäre ein besserer Platz, als vor dem Lindenpark? Man kann diskutieren, ob man lebende Persönlichkeiten ehren soll oder nicht, aber der Kanton hat Alex Wili auch geehrt. So würde die Stadt Kriens auch gut dastehen, ihn auch zu Lebzeiten zu ehren. Der Sprechende hat vorher Strassennamen erwähnt. Es handelt sich alles um Männer, aber es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis es in Kriens einen Chris-Kaufmann-Platz oder Anita-Burkhardt-Strasse gibt. Es dauert nun noch ein bisschen. Das war jetzt etwas CVP-lastig, aber diese beiden Damen hatte er gerade im Blickfeld. Erwin Schwarz hat auch schon gehört, dass man lebende Persönlichkeiten nicht ehren sollte. Das kann man diskutieren, aber Alex Wili hat dies nun verdient. Er ist bereits über 90 Jahre alt. Dass man dann in der Presse einen Leserbrief schreiben muss, dass er vor 30 Jahren harte Divisionsgerichtsurteile gefällt hat, ist für ihn unterste Schublade. Dies hat aber Alex Wili die Möglichkeit gegeben sich zu erklären, wie diese Urteile zu Stande kamen. Der Sprechende wusste es nicht. Er hat 700 Dienstage in seinem Dienstbüchlein und stand nie vor einem solchen Divisionsgericht. Das war ein 12er Gremium, zusammengesetzt aus Juristen, Laien, Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren. Alex Wili hat diese Urteil am Schluss lediglich heruntergelesen und nicht gefällt. Der Sprechende musste schmunzeln, als der Vorstoss von Bettina Gomer-Beacco eingereicht wurde, da dieser mit diesem Vorstoss zusammenhängt. Er kann diesen voll unterstützen, jedoch nicht die Dringlichkeit. Die Gallunf hat bereits im letzten Oktober die Idee im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums eine Stiftung ins Leben zu rufen, um die Freiwilligenarbeit in Kriens zu unterstützen. So kann jedes Jahr ein Freiwilligen-Preis gespendet werden, der privat finanziert wird und nicht durch die öffentliche Hand. Es ist richtig, dass man Leute braucht, die arbeiten. Diesen muss ein Denkmal gesetzt werden. Der Jugend soll aufgezeigt werden, dass es sich lohnt für die Allgemeinheit zu arbeiten, Freiwilligenarbeit zu leisten und in die Politik zu gehen. Alex Wili hat diesen Platz nun einfach verdient. Erwin Schwarz bittet das Postulat zu überweisen und dem Stadtrat die Chance zu geben, dazu einen Bericht zu schreiben.

Als Pascal Meyer, Grüne/GLP-Fraktion, das Postulat gelesen hat, dachte er: «Ja, Herr Willi hat offenbar gutes geleistet, Respekt!». Er hat sich aber auch gefragt, nach welchen Kriterien Plätze und Strassen grundsätzlich benannt werden und wie kann eine Stadt grosses Engagement von Personen gebührend würdigen. Die erste Frage hat sich für ihn schnell geklärt. Das Bundesamt für Statistik hat dazu eine Empfehlung erarbeitet. Diese trägt den klingenden Namen «Empfehlung Gebäudeadressierung und Schreibweise von Strassennamen.». Es steht unter anderem:

- Es sind möglichst Ort- und Flurnamen zu verwenden.
- Wenn Gedenknamen an Personen und Ereignisse erinnern, soll dies mit Vorsicht und Zurückhaltung geschehen.
- Benennung nach lebenden Personen sind zu vermeiden (frühestens 5 Jahre nach dem Ableben)
- In Anbetracht der historisch erklärbaren Asymmetrie von Benennung nach Männern und Frauen wird empfohlen, Frauen bei der Neubenennung in besonderer Weise in Betracht zu ziehen.

Diese Punkte kann Pascal Meyer nachvollziehen. Denn er persönlich empfindet die Platzbenennung nach Personen als historischen Personenkult. Er meint auch, dass gerade in Kriens viele Personen sich für die Öffentlichkeit engagieren und in passender Form von Kriens anerkannt werden könnten. Man hat weiter auch zu wenig Plätze, um all diese Personen im gleichen Sinne zu würdigen. Es reicht aus seiner Sicht also nicht, einen ihm bis dato fast unbekannten Namen auf ein Postulat zu schreiben und dann wird ein Platz unbenannt. Es braucht hier zwingend ein offenes und transparentes Vorgehen. Es braucht weiter auch ein klares Vorgehen der Stadt, wie Personen mit grossem öffentlichen Engagement in andern Fällen zu würdigen sind. Zusammenfassend ist es so. Die Grüne/GLP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulates ab, denn es braucht erstens das geeignete Mittel zur Würdigung von verdienten Personen. Dann braucht es zwingend ein offenes Verfahren, welches allen Personen zugänglich ist. Auch wenn Herr Willi unbestritten ein gutes Beispiel eines engagierten Mitbürgers ist, ist das erwähnte Vorgehen im Postulat nicht die würdigste Art der Anerkennung unserer Stadt, denn sie schliesst direkt alle anderen in Frage kommenden Personen aus.

Räto Camenisch meint, dass man nun gleich etwas Anderes hört. Die SVP-Fraktion dankt Erwin Schwarz für diesen Vorstoss. Er hat erst jetzt gemerkt, dass dies für ihn schon lange ein Bedürfnis ist, Alex Wili etwas Kleines zurückzugeben, für all das, was er für Kriens geleistet hat. Er wiederholt diese Aufzählung von Erwin Schwarz nicht. Man darf nicht vergessen, dass er die Wenger Familie beraten hat. Für Kriens ist das eine wichtige Geschichte. Wenn die Stadt einmal mit Hochhäusern bebaut ist, wird man im Zentrum einen Central Park haben. Dies hat man ein klein wenig auch Alex Wili zu verdanken. Er ist eine Persönlichkeit, welche weit über dem steht, was man als Durchschnitt bezeichnet. Er verkörpert Kriens. Dem Sprechenden tut es fast etwas weh, dass es Leute gibt, die dies bekämpfen. Diese wissen wahrscheinlich gar nicht, was das alles bedeutet. In vielen Krienser Herzen hat Alex Wili einen Platz. Er ist jemand, nämlich Mister Kriens. Das Schlössli ist ein wichtiger Punkt. Der Schlosshügel wäre heute völlig überbaut und das Schlössli wäre heute vielleicht verfallen oder in Fremdbesitz, wenn Alex Wili nicht gewesen wäre. Was muss man denn noch leisten, um eine solche Dankbarkeit einer Gemeinde, wie die Benennung eines Platzes, zu erhalten? Nun kommt er zum Argument, dass er noch lebt. Gott sei dank lebt er noch. Es würde dem Sprechenden erst Recht Freude machen, wenn man den Platz zu seinen Lebzeiten noch umbenennen kann. So weiss er, dass man ihm gegenüber dankbar ist.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Anita Burkhardt-Künzler ebenfalls für eine Überweisung des Postulates. Sie möchte hier eindringlich darauf hinweisen, dass man hier nicht die Arbeit des ehemaligen Militärrichters Alex Wili beurteilen sollte. Sondern man erhält mit diesem Postulat ein Instrument, das über grosse Herzblut des Kriensers Alex Wili für seine Gemeinde honorieren zu können. Wo wäre Kriens ohne die Innovationen eines Alex Wili? Die Sprechende zählt nun halt nochmals alles auf. Es gäbe eventuell noch keinen Einwohnerrat. Das geliebte Schlössli wäre wohl nicht mehr in Krienser Besitz, das Sonnenbergbähnli würde wahrscheinlich auch nicht mehr fahren. Selbst die dringend benötigten Alterswohnungen im Lindenpark, um dessen Vorplatz es in diesem Postulat geht, wären ohne diesen vorausschauenden Mann in dieser Form nicht existent. Auch diverse gemeinnützige Krienser Organisationen wie z.B. Pro Schauensee, Pro Sonnenberg, Pro Hergiswald, Kriens hilft Menschen in Not, um nur einige zu nennen, wurden von ihm ins Leben gerufen. Gerade will Alex Wili so unglaublich viel für seine Heimatgemeinde geleistet hat, würdigte ihn der Luzerner Regierungsrat 2020 mit dem Anerkennungspreis. Die Sprechende durfte selbst an der Gründung der Genossenschaft Bahnhöfli Kriens als Vorstandsmitglied seine unermüdliche und ausserordentliche Fähigkeit miterleben, Menschen zu begeistern, zu überzeugen und zu motivieren. Auch hier hat er mit seinen mittlerweile über 90 Jahren gezeigt, dass sich mit Leidenschaft auch im hohen Alter noch viel bewegen lässt. Sie weiss, dies ist bloss eine wiederholte Aufzählung der Leistungen von Alex Wili, doch die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, wenn jemand so viel Herausragendes für Kriens geleistet hat, dann darf dies auch gewürdigt werden. Und muss ein Alex Wili sterben, damit man einen Platz nach ihm benennen kann? Und wenn Pascal Meyer bis jetzt Alex Wili nicht gekannt hat, dann ist das eher eine Schwäche. Denn in Kriens kennt man Alex Wili.

Bettina Gomer-Beacco, SP-Fraktion, fand die Laudatio von Erwin Schwarz super. Sie wollte aufstehen und applaudieren. Sie bittet darum, dass er auch einmal für sie spricht, sei es auch erst, wenn sie einmal unter dem Boden liegt. Anita Burkhardt-Künzler's Votum war auch herausragend. Die Sprechende und die SP-Fraktion geben dem Postulanten teilweise recht, die Platzbenennung beim Lindenspark ist absolut unglücklich. Die SP-Fraktion ist sehr für Wertschätzung und es ist wichtig, dass sich Menschen in und für die Allgemeinheit engagieren; sozial und solidar. So wie Alex Wili. Er ist ein grossartiger Mensch. Solche Herren pflegt die Sprechende teilweise. Es ist absolut der Hammer. Diese Leute können etwas erzählen. Nur, ist die Namensgebung eines Platzes der richtige Weg, um sich zu bedanken? Nein, heutzutage nicht mehr, vielleicht früher. Wie viele Plätze hat man für das zur Verfügung? Es gäbe sicher noch mehr Leute. Ist das noch Ehrerbietung oder bereits Personenkult? Sind doch die Einwohnerratsmitglieder nicht wirklich die Richtigen, um dies zu entscheiden. Lag der Einwohnerrat doch in der nahen Vergangenheit nicht immer so richtig mit seinem Gefühl, was die Krienser wollen. Also wer schlussendlich soll entscheiden oder bewerten, wer als Namenspatron in Frage kommt? Verdient es der gut vernetzte, der bei Zünften bekannte und an manchen Stammtisch gern gesehene Altkrienser? Oder ist es die alte Frau, welche 12 Kinder aufzog, zu ihren Eltern und Schwiegereltern schaute und sich nebenbei noch ehrenamtlich in der Kirche engagierte, immer leise und bescheiden? Vielleicht hätten es beide in gleicher Weise verdient. Wer masst sich an, so etwas zu entscheiden? Wie bereits Pascal Meyer erwähnt hat hilft der Bund den Gemeinden und macht folgende Vorgaben in seiner «Empfehlung zur Gebäudeadressierung und Schreibweise von Strassennamen»:

- möglichst Orts- und Flurnamen verwenden
- Falls Gedenknamen, d.h. Namen, die an Personen und Ereignisse erinnern, verwendet werden, soll dies mit Vorsicht und Zurückhaltung geschehen.
- Die Benennungen nach noch lebenden Personen ist zu vermeiden. Darüber kann man sich streiten, aber es gibt einen Grund für diese Empfehlung.
- Frauen sollen bei der Neubenennung in besonderer Weise in Betracht gezogen werden.

Also falls die Mehrheit gerne den Platz nach einer Krienser Persönlichkeit benennen möchte, schlägt die SP-Fraktion eine Frau vor, welche vor ein paar Jahren verstorben ist. Zum Beispiel Frau Elsy Jacot. Sie ist mit der Einführung des Frauenstimmrechts anno 1971, 42-jährig, als 1. Frau ins Krienser Parlament eingezogen und hat auch als 1. Frau dieses 1977/1978 präsidiert. Als Abschluss ihrer „amtlichen Politik“ hat dann Elsy Jacot in der Villa Bleiche als nebenamtliche Richterin im Amtsgericht Luzern-Land gedient. Das alles in einer stark geprägten patriarchischen Zeit, in der Frauen fast immer die 2. Geige spielten. Auch im gesellschaftlichen Leben hat sich Frau Jacot bis ins hohe Alter eingebracht. So hat sie beispielsweise als „alte, weise“ Seniorin in Klassenzimmern die Generationen einander nähergebracht. Ihr offenes Verhältnis zur jungen und jüngsten Generation hat viel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen. Aber nochmal, die SP-Fraktion ist nicht gegen Alex Wili, aber bevorzugt einen neutralen Namen. Tauft man doch den Platz um, gerne auch kreativ. Wie wäre es beispielsweise mit «Generationen Platz»? Noch besser wäre aber, man würde einen Wettbewerb in Kriens ausschreiben. Das wäre gelebte Partizipation. So masst sich der Einwohnerrat nicht an zu wissen, was die Leute wollen. Eine andere Form von gerechtfertigter Anerkennung schlägt die SP-Fraktion, wie bereits erwähnt, mit einer Krienser Ehrung vor. Vielleicht wäre auch hier Alex Wili der Erste, der genannt wird und hat so einen Platz bei den Ersten. Beide Ideen, die Platz-Umbenennung als Wettbewerb und auch die Ehrung von engagierten Persönlichkeiten, sind auf diesem Postulat erwachsen. Wenn sie es auch so ablehnt, viele Teile davon befürwortet die SP-Fraktion.

Erwin Schwarz hält gerne einmal eine Laudatio für seine Vorrednerin. Sie muss ihm einfach den Anlass sagen. Es wird dann aber sicherlich auch ein kritisches Wort kommen. Bei Alex Wili ist kein kritisches Wort gekommen. Der Einwohnerrat muss sich anmassen zu wissen, was die Leute meinen. Schlussendlich sind die Mitglieder gewählte Volksvertreter. Deshalb muss man sich anmassen zu den-

ken, was die Leute denken und eine Mehrheit finden. Der Sprechende hat den Bericht von Stefan Dähler vom 5. Oktober 2020 zum Gegenlesen vor sich. Darin steht: *«Dereinst eine Frau mit einem Platz oder einem Weg zu ehren, ist auch für die FDP eine Option. Die SP kann gerne eine Frau vorschlagen, die ebenfalls so viel geleistet hat für Kriens»*. Dieser Satz wurde in der Zeitung leider nicht gedruckt. Er hat da an Elsy Jacot gedacht, weil er weiss, was sie geleistet hat. Etwas Wichtiges zu ihr hat Bettina Gomer-Beacco vergessen. Während 15 Jahren hat sie zusammen mit ihrem Mann an den Böggenrät-scheten Schnitzelbänke vorgetragen. Das ist auch eine gewaltige Persönlichkeit von Kriens. Es gibt auch Nachwuchs, der vielleicht auch irgendeinmal einen Platz bekommt. Das ist nicht so abwegig. In Zürich läuft ein Vorstoss der Alternativen Linken, dass endlich ein Rosa-Luxemburg-Platz erstellt wird. Das ist ja nach Gusto der Linken. Man muss in den heutigen Jungen mit so einer Widmung zeigen, dass diese Person jemand war. Weil auch Pascal Meyer hat gefragt: *«Who the fuck is Alex Wili?»*. Wenn die heutige Generation nicht mehr weiss, wer Alex Willi ist, weiss er nicht, was man noch machen muss. Man soll dem Stadtrat die Gelegenheit geben, uns mit einem Bericht zu berieseln.

Ursula Wendelspiess kann gerade bei Erwin Schwarz anknüpfen. Warum werden immer nur neutrale Namen für Plätze und Strassen gewählt? Mit einem Namen können sich heutige und kommende Generationen daran erinnern, wer dies war. Man kann Recherchen machen und nachlesen, wer diese Person war und warum der Platz so heisst. So können sich auch kommende Generationen daran erinnern, wer Alex Wili war. Die Sprechende ist nicht in Kriens aufgewachsen. Aber als sie sich etwas mit der Krienser Politik und ihrer Geschichte befasst hat, hat sie schon früh von Alex Wili gehört und gelesen. Warum kann man ihm nicht jetzt zu Lebzeiten einen Dank mit einem Platz ausrichten. Jetzt kann er sich noch darüber freuen. Warum muss man immer warten, bis jemand verstorben ist?

Auch Erich Tschümperlin findet dies einen Schnellschuss, auch wenn die Verdienste von Alex Wili unbestritten sind. Erwin Schwarz meinte, dass man nun noch 30 Jahre zurückschaut, sei dies unterste Schublade. Man muss aber alles anschauen, wenn man eine Person würdigt, auch die kritischen Sachen. Was der Sprechende nicht gut findet ist, wenn heute beschlossen wird, dass Alex Wili diesen Platz bekommt. Es gibt ja aber eben noch andere Leute. Deshalb geht es eher in die vorgeschlagene Richtung von Bettina Gomer-Beacco, dass man vor allem Freiwilligenarbeit würdigt. Das heisst, dem Stadtrat wird der Auftrag gegeben eine Kommission zu bilden. Diese entscheidet welche Kriterien es gibt und was man würdigen möchte. Diese schaut dann, wer alles in Frage kommt. Sonst hat man heute Alex Wili und dann ist es vorbei. Der Sprechende kannte Elsy Jacot auch noch. Sie war eine grossartige Frau. Dann kann man sich auch über die Form der Würdigung Gedanken machen. Ist es das, dass man jemandem einen Platz gibt? Das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Nach Alex Wili, wird man in Kriens nicht mehr viele Plätze finden, um andere Leute würdigen zu können. Man muss sich überlegen, was eine sinnvolle Form der Würdigung ist, welche diesen Leuten entgegenkommt. Wenn man so etwas auf den Weg schickt, ist Alex Wili sicher einer der Ersten, der diese Würdigung erhält. Die Meisten sind begeistert und fast schon geblendet vom Lebenswerk von Alex Wili. Das ist okay, aber dieser Schnellschuss soll man nicht machen. Wenn es dem Einwohnerrat Ernst ist Leute zu schätzen, die etwas geleistet haben, muss man es breiter aufstellen. Dann ist dies nicht der richtige Weg.

Erwin Schwarz muss trotzdem noch etwas erwähnen. Bevor er dieses Postulat einreichte, fragte er Alex Wili, ob er dies überhaupt möchte. Alex Wili sagte ihm, als er 80 Jahre alt wurde, wollte ihm der damalige Gemeinderat eine Strasse widmen. Dazumal hat er dies aber abgelehnt. Nun 11 Jahre später würde er dies annehmen wollen. Dies wollte der Sprechende noch mit auf den Weg geben.

Maurus Frey dankt für die wertschätzende Diskussion. Der Stadtrat ist gerne bereit dieses Anliegen entgegenzunehmen, zu prüfen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Er nimmt das Postulat gerne entgegen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Schwarz: Alex-Wili-Platz vor dem Lindenpark (Nr. 007/20)Das Postulat wird mit 16:12 Stimmen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

20. Postulat Portmann: Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Instruments in der Stadt Kriens
Nr. 012/20Gemäss Tomas Kobi opponiert der Stadtrat der Überweisung dieses Postulats.

Michael Portmann stellt fest, dass die Stadt Kriens 2012 mit der neu entwickelten 4-Säulen-Strategie einerseits ihre Steuern erhöht und andererseits aber auch Effizienzmassnahmen in der Stadtverwaltung durchgeführt hat. Gemäss LUSTAT haben diese Effizienzmassnahmen bewirkt, dass seither mindestens Fr. 90.00 weniger pro Einwohner und Einwohnerin für die Verwaltung ausgegeben wird. Statt Fr. 360.00 pro Einwohner und Einwohnerin 2011 wurden seither in allen neun Jahren bis 2019 immer

weniger als Fr. 270.00 pro Einwohner und Einwohnerin für die Verwaltung ausgegeben. Wie diese Effizienzmassnahmen damals umgesetzt wurden, ist ihm unbekannt, aber sie zeigten und zeigen bis heute Wirkung. Wie die Mengengerüste aktuell aussehen könnten, lassen die Messgrössen in Budget und Jahresrechnung seit der Einführung von HRM2 erahnen. So lassen sich praktisch alle Stellenveränderungen der letzten Jahre auf eine Veränderung in den Fall-Dossiers zurückführen. Ohne Änderungen werden oft weniger Dossiers fristgerecht erledigt. Die neue Rechnungslegung HRM2 erlaubt also einigermaßen transparent zu erkennen, wann die Arbeitslast in der Stadtverwaltung steigt, ob ein solcher Anstieg einmalig ist und ob die Arbeitslast zukünftig besser auf mehr Stellen verteilt werden muss, damit die Arbeitslast bewältigt werden kann. Oder ob die Arbeitslast evtl. auch weniger Stellen braucht. Was eine Stellenaufstockung am richtigen Ort bewirken könnte, zeigt die Stadt Luzern. Gemäss der Luzerner Zeitung stockt beispielsweise die Stadt Luzern ihre Stellen auf dem Bauamt auf, damit mehr Baugesuche fristgerecht behandelt werden können. Schliesslich macht es keinen Sinn, wenn eine Verwaltung nach aussen Fristen kommuniziert, aber zu wenig Ressourcen hat, um die Fristen tatsächlich zu erhalten. Hier hat die Stadt Luzern also angesetzt und erhofft sich gleichzeitig auch, dass die Qualität der schliesslich gebauten Gebäude deutlich steigt, weil nicht nur erledigt, sondern auch beratend gewirkt werden kann. Dies wäre vor allem im Bereich des Einsatzes von erneuerbarer Energie sehr wichtig. In Kriens selbst wird zwar davon gesprochen, dass durch Optimierungen die Einhaltung der Fristen verbessert wird, eine Erhöhung der Ressourcen als effizientestes Mittel ist aber nicht in Sicht. Die Fristen blieben praktisch gleich. Wenn man also effektiv Dienstleistungen erhalten oder sie effizient und sparsam verbessern möchte, so muss man irgendwann mal festlegen, was denn eigentlich die Norm ist und wie man mit Abweichungen von der Norm umgeht. Genau dies regelt ein Ressourcen- und Controlling-Instrument, respektive ein entsprechend angepasstes Mengengerüst. Dann, mit Verlaub, wird in seinem Postulat klar darauf hingewiesen, dass es wie an vielen anderen Orten in den Finanzen unserer Stadt Kriens darum geht, klar und transparent aufzuzeigen, wie mit der Arbeitslast der Stadtverwaltung umgegangen wird. Im Finanzhaushaltsgesetz der Gemeinden und der dazu gehörenden Verordnung wird klar darauf hingewiesen, dass ein Qualitätsmanagement heisst, dass auch entsprechende Instrumente vorhanden sind. So sind beispielsweise das endlich eingeführte Risikomanagement und das damit verbundene interne Kontrollsystem solche Instrumente, welche klar und transparent aufzeigen, wie die Stadt Kriens mit Risiken umgeht. Seiner Meinung nach würde es der Stadt Kriens sicher helfen, wenn in allen Abteilungen vergleichbare Normen verwendet werden und dies z.B. mit einem einheitlichen Ressourcen- und Controlling-Instrument sichergestellt werden. Und zu guter Letzt. Dank den Messgrössen wäre es schon heute möglich, dass der Einwohnerrat Stellenaufstockungen einbringen kann, wenn die Arbeitslast zu gross wird. Selbstverständlich ist sich Michael Portmann bewusst, dass ein Plus an Transparenz, dann auch dazu führt, dass echte Argumente vorhanden sein müssen, damit bei zu grosser Arbeitslast die Stellenaufstockungen abgelehnt werden können. So wäre es dann auch nicht möglich, jedes Jahr mit den zu knappen Finanzen zu argumentieren, weil dann offensichtlich wird, dass da etwas mit den Finanzen selbst nicht stimmt. Schliesslich gäbe es ja auch arbeitsrechtliche Argumente und aktuell hohe Fluktuationen, welche zeigen, dass man auch die Stadtverwaltung auf die Dauer so pflegen muss, dass sie ihre wertvolle Arbeit mit hoher Qualität erledigen kann. Für eine starke Stadtverwaltung dankt er fürs Überweisen.

Cyrill Zosso, Grüne/GLP-Fraktion, findet, dass die Antwort des Stadtrates einen leicht hysterischen Anflug hat und diese auch am Hauptanliegen des Postulanten vorbeigeht. In der Antwort spricht man von zwingenden Aufstockungen und Kompetenzzug, welche der Stadtrat offenbar befürchtet. Das wird vom Postulant aber in keiner Art und Weise gefordert. Das Ressourcen- und Controlling-Instrument wäre aber als Hilfestellung gedacht. Eine Hilfestellung nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für den Einwohnerrat, damit er die Situation in der Verwaltung besser einschätzen kann. Unter anderem kann es auch für die Abteilungsleitenden ein Tool sein, um die Arbeitslast besser einschätzen zu können. Durch den leicht hysterischen Anflug ist leider der Stadtrat gar nicht darauf eingegangen, was die Indikatoren sind, welche er bereits hat und wie er mit diesen arbeitet. Auch ist er nicht darauf eingegangen bei der Stadt Luzern nachzufragen, wie es dort gemacht wird. Darum ist die Grüne/GLP-Fraktion klar der Meinung, dass dieses Postulat überwiesen werden soll. So muss sich der Stadtrat noch etwas vertieft damit auseinandersetzen. Dieses Tool kann auch sicherstellen, dass unter dem Spardruck nicht

die personellen Ressourcen verheizt werden. Gerade deshalb ist so etwas sehr wichtig. Ein solches Tool kann auch aufzeigen, dass Kriens auf gar keinen Fall ein Fass ohne Boden ist oder, dass alles Geld einfach aus dem Fenster geworfen wird. Es kann aufzeigen, wo die Mehrkosten entstehen. Man soll nicht einfach die Schrauben bei den Mitarbeitenden immer enger anziehen, ohne wirkliche Grundlagen zu haben. Diese sind für das Funktionieren der Gemeinde immens wichtig. Darum empfiehlt der Sprechende das Postulat zu überweisen.

Martin Zellweger, SVP-Fraktion, meint, dass die Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Systems, wie es vom Postulant beschrieben wird, vielleicht für einen mathematisch denkenden Zeitgenossen interessant tönt. Das gewählte Beispiel macht aber die Welt etwas zu simple: Mehr Dossiers, mehr Stellen und weniger Dossiers bedeutet Stellenabbau. Dies vereinfacht allzu sehr die Abhängigkeit von Mengengerüsten und Stellenzahlen. Die Materie ist komplexer und bedarf noch den Zuzug vieler anderer Faktoren. Die Ausführungen des Stadtrats in seiner Begründung machen Sinn und sind durchaus nachvollziehbar. Allerdings nimmt der Sprechende jetzt mal auch nicht an, dass der Postulant von rein mathematischen Automatismen ausgegangen ist. Grundsätzlich machen natürlich Mengengerüste im Sinne von Messgrössen durchaus Sinn. Sie liefern aber eben nur einen Teilbeitrag zur Planung. Der Postulant weist in seiner Begründung zum Vorstoss richtigerweise auf die Gesetzlichen Grundlagen hin: *«Die kommunalen Tätigkeiten werden durch ein zweckmässiges Controlling gesteuert»*. Die SVP-Fraktion betont hier die Zweckmässigkeit. Auch die Kompetenz ist klar geregelt: *«Der Gemeinderat legt das operative Controlling-System der Gemeinde fest»*. Die Gemeinde hat also grundsätzlich für ein zweckmässiges operatives Controlling sowie für Qualitätsmanagement zu sorgen. Dies liegt aber in der Kompetenz des Stadtrats. Es wäre also nicht die Aufgabe des Einwohnerrats hier den Stadtrat einzuengen und ihm vorzuschreiben, wie und welches System er einzuführen hat. Dem Einwohnerrat stehen im AFP Messgrössen und Indikatoren zur Verfügung, welche aussagekräftig ausgestaltet wurden, mit grosser Einflussnahme durch den Einwohnerrat. Sicher kann dies auch weiterhin optimiert und strukturiert werden. Am besten macht man aber jetzt Erfahrungen über einen Zeitraum. Es ist nicht die Auffassung der SVP-Fraktion, dass der Einwohnerrat dem Stadtrat vorschreiben soll, wie er seine Arbeit operativ umzusetzen hat und welche Systeme resp. Tools angewandt werden sollten. Sie erachtet es als die Aufgabe des Einwohnerrats zu überwachen, dass ein zweckmässiges Controlling existiert und zu intervenieren, sollte dies nicht stattfinden. Dies ist etwas, was in der Kommissionsarbeit auch weiterhin gewichtet werden muss. Die SVP-Fraktion sieht es also nicht als Aufgabe des Einwohnerrates dem Stadtrat vorzuschreiben, welches Controlling System in welcher Form eingeführt werden soll. Sie unterstützt damit den Antrag des Stadtrats zur Ablehnung.

Die FDP-Fraktion unterstützt laut Daniel Rösch den Stadtrat in seiner Haltung und opponiert der Überweisung. Auch sie hält die Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Instruments in der geforderten Form des Postulanten als verfehlt. Ein zwingender Automatismus zur Aufstockung von Personalressourcen auf Basis eines Mengengerüsts hält die FDP-Fraktion als unangebracht. Denn die Fallzahlen verstecken ein Grossteil von ebenfalls relevanten Informationen. Wie der Stadtrat in seiner Begründung erwähnt, ist beispielsweise nicht jedes Dossier bzw. jeder Fall gleich komplex. Dementsprechend variiert auch der Aufwand je nach Dossier. Eine Zunahme der Fallzahlen muss somit nicht per se mit einer Zunahme der Arbeitslast einhergehen. Wenn man schon einen Automatismus verlangt oder anpeilt, müsste man auch ehrlich sein und definieren, was passiert, wenn die Fallzahlen wieder sinken. Wie schon eingangs gesagt, wehrt sich die FDP-Fraktion gegen jegliche Automatismen im Bereich der personellen Ressourcen. Wie es Martin Zellweger gesagt hat, soll primär der Stadtrat operativ bleiben. Zudem hat der Postulant selbst noch erwähnt, dass der Einwohnerrat heute schon die Möglichkeit hat entsprechende Personalaufstockungen zu verlangen, wenn er dies als nötig erachtet. Zudem führen die entsprechenden Kommissionen auch Abteilungsbesuche durch und das passiert ja nicht wegen lustig. Auch dort kann der Puls der Abteilungen gefühlt werden und in die Arbeit der einwohnerrätlichen Kommissionen einfließen.

Laut Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, begründet der Stadtrat ausführlich die Ablehnung des Postulats. Aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion sind die Argumente, die gegen eine Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Instruments sprechen schlüssig und plausibel. Aus diesem Grund wird sie diesem Anliegen nicht zustimmen. Wie der Stadtrat auch, sieht sie eigentlich keinen Mehrwert in einem solchen Instrument. Im Gegenteil, es wäre unflexibel, führt zu erschwerten Abläufen und bindet Ressourcen in der Verwaltung, bringt Automatismen mit, die den Gestaltungsspielraum des Stadtrates einschränken. Es wäre auch kontraproduktiv, denn das System würde vorwiegend mengenbasiert, also nach quantitativen Indikatoren funktionieren und würde einer qualitativen und effizienten Bearbeitung der Fälle und Dossiers nicht zwingend auch förderlich sein. Schwankungen bei der Arbeitsleistung über eine Periode gesehen, wird es immer geben. Würde man bei einer hohen Belastung und der daraus resultierenden Erhöhung der Personalressourcen im Umkehrschluss auch mit Entlassungen reagieren, wenn Fall- und Dossierzahlen sinken? Viel effektiver wirkt da aus ihrer Sicht die bereits angewendete Jahresarbeitszeit. Bereits heute steckt der Stadtrat in einem engen Korsett von Regularien und Kontrollsystemen. Will man ihn da also nochmals zusätzlich einschränken, wo bereits das Personalreglement oder auch die Personalverordnung den Umgang mit Mehr- und Minderzeiten vorgibt? Die CVP/JCVP-Fraktion meint nein. Sie attestiert dem Stadtrat, dass er, zusammen mit den Abteilungsleitungen, sehr sorgsam und verantwortungsvoll die Ressourcen plant und zugunsten von der Stadt und auch dem Verwaltungspersonal einsetzt.

Michael Portmann, SP-Fraktion, dankt Martin Zellweger für die Aussage betreffend mathematisch denkende Personen. Er hat sein Studium nicht wegen der Mathematik gewählt, sondern er ist experimenteller Physiker, der darauf spezialisiert ist, die Realität zu messen und zu beschreiben und zwar ohne Wertungen. Das darf man in den Naturwissenschaften nicht. Gemäss Pareto-Prinzip kann man zu Beginn einer Optimierung mit 20 % Aufwand ohne Problem bis zu 80 % Wirkung erreichen. Dieser Prozess hat man 2011 für die Verwaltung erledigt. Alle weiteren Optimierungen, die restlichen 20 %, sind mit unglaublich viel Aufwand verbunden. Es sind sehr viele Faktoren, welche die Finanzen beeinflussen. Es gilt alle Puzzleteile so zu gestalten, dass man am Schluss auch noch das FHGG und HRM2 erfüllt und transparent und klar sichtbar machen kann, welche Faktoren die Finanzen tatsächlich beeinflussen. Mit seinem Vorschlag kann mehr Transparenz in Sachen Arbeitsbelastung der Verwaltung entstehen. Das würde den Stadtrat effektiv dazu zwingen auch in diesem Bereich genau hinzuschauen. Das vorgeschlagene Instrument zeigt dann eben auch, wenn mehr Ressourcen vorhanden sein müssen. Verschiedentlich wurde angemotert, dass in dem Instrument ganz klar drin ist, dass wenn es weniger Ressourcen braucht, dann auch Stellen abgebaut werden dürfen. Man muss eben einfach zeigen können, dass so die Leistung erhalten wird. Dann ist dies möglich. In der Stadt Luzern wird dies auch gemacht. Es ist also nicht etwas Neues, was neu erfunden wird. Das wäre eine finanzielle Steuerung, was sich danach richtet, was die Stadt direkt betrifft. Nämlich man geht mit Veränderungen um und steuert so entsprechend die Ressourcen und Stellen dazu. Das ist etwas, was der Sprechende als sehr sinnvoll erachtet. Im Sinne einer Regelung, wie es ein Ingenieur macht, der der Realität verpflichtet ist und das System an den richtigen Ort hinsteuert.

Roger Erni kommt zuerst zur Vorgeschichte, welche niemand erwähnt hat. Michael Portmann hat am 18. Juni 2020 das Postulat Nr. 301/20 eingereicht, welches einen neuen gemeinsamen Fokus verlangte. Dieses wurde überwiesen, worin es um die Sicht in der Finanzpolitik ging. Dies ist nun der Folgevorstoss. Der Stadtrat hat dies besprochen und ist aus folgenden Gründen zur Ablehnung gekommen. Der Einwohnerrat steuert über Globalbudget und Leistungen. Der Stadtrat steuert operativ mit den Abteilungsleitenden zusammen. Der Pensenplan wird vom Stadtrat gesteuert, welchen er auch nicht zur Hand herausgeben möchte. Eines der wichtigsten Themen für die Budgetierung 2022 sind die Stellenanträge. Das wird scheinbar so lange diskutiert, wie fast kein anderes Geschäft im Stadtrat. Das ist operativ und muss zusammen mit den Abteilungsleitenden gespürt werden. Wenn der Sprechende nun auf Zahlen, Daten und Fakten eingeht, welche allenfalls erwünscht sind und Sinn machen, ist es einfach so, dass dies in die Industrie gehört, wo man dies auch messen kann. Noch viel schwieriger ist das in der Schule. Man kann nicht die Schüler fragen, wie der Lehrer ist. Das geht einfach nicht. Man

kann auch nicht die Sozialklientel fragen, wie die Verwaltung arbeitet. Dort geht es um Empathie und Kundennähe. Wer muss dies beurteilen, nämlich der Abteilungsleitende im Mitarbeitergespräch und der Stadtrat. Man kann nicht auf Fälle bezogen neue Stellen machen. Das geht in der Verwaltung und der Schule nicht. Das Soziale, die Gesundheit und die Schule machen 60 % der Gesamtausgaben aus. Wenn man für 40 % ein unglaubliches Konstrukt aufzubauen versucht, was man eigentlich schon hat, ist dies nicht nötig. Hat jemand die Messgrößen und Indikatoren gezählt, welche jetzt mit HRM2 zur Pflicht wurden? Natürlich kann der eine oder andere noch gewählt werden. Es sind weit über 100 Messgrößen und Indikatoren. Damit versucht man nun eine Reihe aufzubauen. Nach 5-6 Jahren sieht man, wo man noch etwas drehen muss. Seit dem April 2020 gibt es in der Verwaltung einen Stellenstopp. Dem Stadtrat muss jeder Antrag vorgelegt und er muss vom Stadtrat bewilligt werden. Es waren seither ca. 20 Anträge. Wie viele dieser Stellen wurden dann wirklich gestrichen? Dem Stadtrat wurden jedes Mal Zahlen, Daten und Fakten zu dieser Stelle um die Ohren gehauen. Der Antrag kann aufgrund einer Schwangerschaft, Krankheit, Kündigung etc. erfolgen. Wenn dies überwiesen wird, wird der Stadtrat dies selbstverständlich beantworten. Die KFG kann dies dann auch diskutieren. Die Entscheidung über die Stellen ist operative Arbeit. Der Sprechende möchte sich von der Aussage distanzieren, dass dies ein hysterischer Anflug war. Es wird bereits sehr viel gemacht. Wenn man dieses Wort umdrehen möchte, dann hat dies wahrscheinlich mit dem Druck zu tun ein Budget zu haben. Zweitens hat der Einwohnerrat die Verwaltung mit der Finanzstrategie 2020-24 und dem Finanzhaushaltsreglement schon etwas in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt. Wenn man dies so herausgelesen hat, kann dies damit zusammenhängen. Die SVP-Fraktion sagte, dass der Stadtrat einen anderen Weg begehen möchte, als mittels eines Tools. Der Stadtrat dankt für die Unterstützung. Der Stadtrat hält das Instrument für unangebracht und sieht darin keinen Mehrwert.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Portmann: Einführung eines Ressourcen- und Controlling-Instruments in der Stadt Kriens (Nr. 012/20)

Das Postulat wird mit 18:10 Stimmen nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja

Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Wendelspiess Ursula	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

21. Beantwortung Interpellation Koch: «Trockengelegter Dorfbrunnen» tröpfelt vor sich hin!
Nr. 304/20

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

22. Postulat Koch: Schlittelpiste Krienseregg-Kriens – Umsetzung der verbindlichen Zonenbestimmungen
Nr. 016/20

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

23. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Tomas Kobi bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 11. März 2021 statt.

Gerne beendet er die heutige Sitzung mit einem Zitat von Eckhart Tolle: *«Zeit ist überhaupt nicht kostbar, denn sie ist eine Illusion. Was dir so kostbar erscheint, ist nicht die Zeit, sondern der einzige Punkt, der ausserhalb der Zeit liegt: das Jetzt. Das allerdings ist kostbar. Je mehr du dich auf die Zeit konzentrierst, auf Vergangenheit und Zukunft, desto mehr verpasst du das Jetzt, das Kostbarste, was es gibt.»*

In diesem Sinne wünscht er, dass man das Jetzt nicht verpasst.

Die Sitzung schliesst um 19:20 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



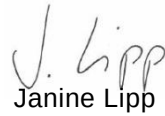
Tomas Kobi

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp